

Thema:
Radikal – Von Revolution
und Umbruch

Die Unruhen in Baden im April 1848.



Rheinübergang der Freischärler.



Gagern's Tod.



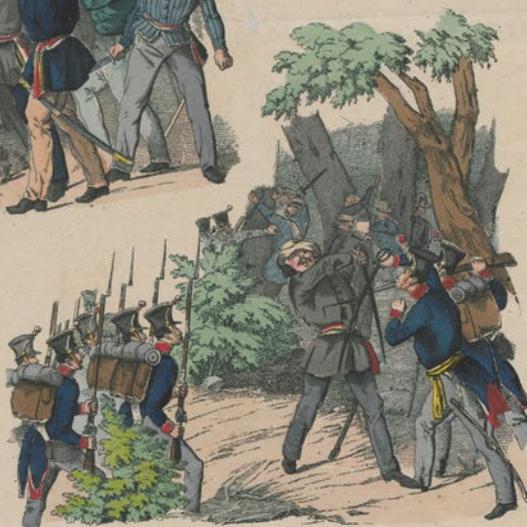
Erstürmung von Freiburg im Breisgau.



Auf der Brücke von Mannheim.

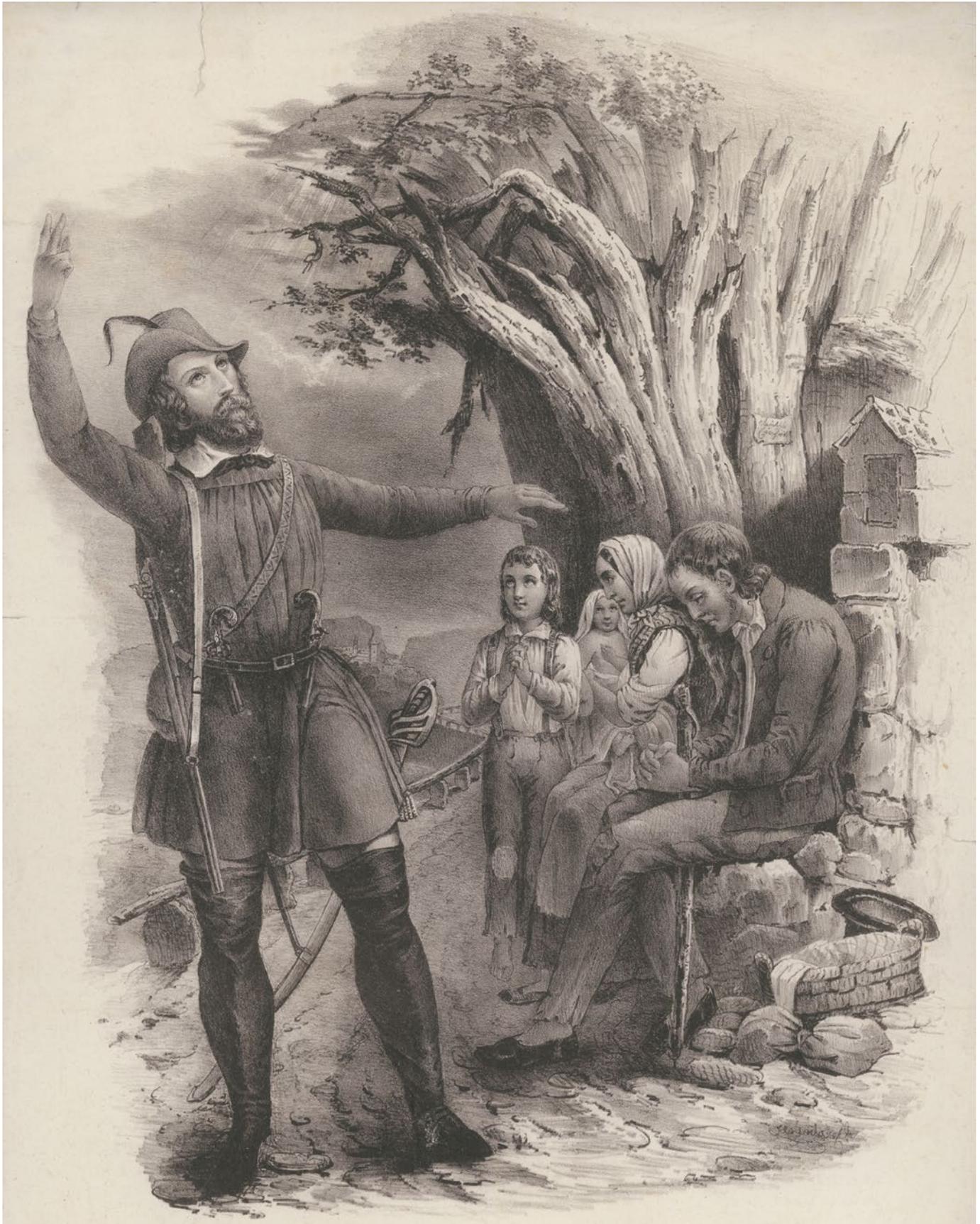


Herwegh's Flucht.



Letzter Verzweiflungskampf der Aufständischen.

Vürnberg, bei P. C. Feiler.



D. Friedrich Hecker

Ihr sollt glücklich werden so wahr mir Gott helfe.

Editorial



Im Frühjahr 1848 – genau vor 175 Jahren – gäbe es wie in ganz Europa auch im Großherzogtum Baden: Enttäuscht vom Frankfurter Vorparlament zur Vorbereitung der Wahl der Nationalversammlung zog es die radikaldemokratischen Revolutionäre Friedrich Hecker und Gustav Struve in ihre badische Heimat. Gemeinsam mit Gleichgesinnten begannen sie am 13. April 1848 von Konstanz aus einen bewaffneten Aufstand. Dieser *Heckerzug* scheiterte jedoch wegen zu geringer Beteiligung und wurde bereits weit vor Erreichen des Ziels – die Residenz Karlsruhe – durch Truppen des Deutschen Bundes bei Kandern gestoppt. In den Jahren 1848/49 wurde der ganze Deutsche Bund ausgehend von Baden von der Revolution erfasst, was in der verfassungsgebenden Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche mündete. Letztlich konnte sich die demokratische Bewegung jedoch nicht durchsetzen und wurde militärisch besiegt. Die Hoffnungen Heckers, Struves und vieler anderer auf demokratische Veränderungen wurden nicht erfüllt. Dies veranlasste einige der radikaldemokratischen Revolutionäre zum Verlassen der Heimat, so wanderte beispielsweise Friedrich Hecker mit seiner Familie nach Amerika aus.

Anlässlich der Ereignisse im Großherzogtum Baden und im Deutschen Bund vor 175 Jahren wurde für diese *Archivnachrichten* das Thema *Radikal. Von Revolution und Umbruch* ausgewählt. Im einführenden Beitrag wird dabei die Frage gestellt, was bzw. wer in der Deutschen Revolution 1848/49 radikal war. Weitere Beiträge gehen auf einzelne Aspekte der Revolution ein. Zeiten des Aufstands und Umbruchs waren immer Zeiten radikaler Ideen. So blicken die Autorinnen und Autoren auch auf andere politische und soziale Auseinandersetzungen, sowie auf radikale Lebensentwürfe und -einstellungen, Radikalität in Religion und Kunst und auf Radikalisierung in der Gegenwart.

Deutlich wird bei diesen ganz unterschiedlichen Themen und vorgestellten Personen, dass die Frage, was radikal ist, nicht pauschal beantwortet werden kann. Was früher als radikal angesehen wurde, ist es heute vielleicht nicht mehr, oder umgekehrt, was wir heute als radikal empfinden, wurde früher anders bewertet. Radikalität ist also immer abhängig vom jeweiligen zeithistorischen Kontext und dessen Normvorstellungen – und notwendig, wenn wir an die Menschen 2013/14 auf dem Majdan und aktuell an die Protestierenden im Iran denken.

Nach dem Themenschwerpunkt finden Sie den Jahresbericht des Landesarchivs für das Jahr 2022. In diesem erhalten Sie einen Überblick über die Arbeitsergebnisse und Entwicklungen im Bereich der Fachaufgaben, Projekte sowie Highlights der Standorte. Daran anschließend berichten wir über Veränderungen, neue Angebote und Projekte, neu erschlossene und digitalisierte Bestände, neu übernommenes Archivgut und die Neugestaltung des Foyers im Hauptstaatsarchiv Stuttgart. Als Quellen für den Unterricht werden Dokumente zum Stuttgarter Tumult 1948 präsentiert. Die gewalttätigen Ausschreitungen in der Stuttgarter Innenstadt, die als *Stuttgarter Tumult* bezeichnet werden, sind die Kulmination der sozialen Proteste gegen die Währungsreform und weisen damit interessante Vergleichsmöglichkeiten zur Deutschen Revolution 100 Jahre zuvor auf.

Eine interessante Lektüre sowie einen guten Start in den Frühling mit den *Archivnachrichten* wünscht Ihnen

V. Schweizer

* Dr. Verena Schweizer
Redaktion der Archivnachrichten

1 Das idealisierende Porträt zeigt Friedrich Hecker in Freischärleruniform, die rechte Hand schwörend erhoben, die linke segnend über eine arme Familie gelegt. Diese zeitgenössische Zeichnung verdeutlicht die Hoffnung der armen Bevölkerung in die Revolutionäre.

Inhalt

* Thema: Radikal – Von Revolution und Umbruch

- 8 Radikalität und Revolution**
Akteure zwischen Parlament, Barrikade und bewaffnetem Aufstand 1848/49
– Frank Engehausen
- 14 »Beschlagnahme aller Volkslieder«**
Was vor 215 Jahren als Extremismus gilt
– Kai Naumann
- 16 Ein revolutionärer Funke im Württemberg des Vormärz**
Die Verschwörung des Ernst Ludwig Koseritz
– Johannes Renz
- 18 Demokratie – Erleben – Erinnern**
Der Salmen – zentraler Ort der Demokratieggeschichte
– Wolfgang Reinbold
- 20 »Ich sterbe für die gerechte Sache!«**
Der Revolutionär Konrad Heilig und die Bundesarchiv-Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in Rastatt
– Elisabeth Thalhofer
- 22 »... weil es im Laufe der Revolution geschehen ist«**
Das Geschworenenurteil gegen Gustav Struve und Karl Blind im März 1849
– Annika Ludwig
- 24 Radikal im Glauben**
Separatisten und andere pietistische Sekten in Württemberg
– Peter Müller
- 26 Zwischen Duldung und Landesverweis**
Der russische Politiker und Ökonom Peter Struve als Redakteur in Stuttgart (1902–1904)
– Albrecht Ernst
- 28 »Gegen die Auswüchse der Demokratie«**
Die Organisation Consul und die Ermordung Matthias Erzbergers
– Annette Riek
- 30 Wenn das Archiv schweigt**
Radikales Theater im Stuttgart der Zwanzigerjahre im Spiegel der Akten
– Peter Müller
- 32 Vom schwierigen Umgang mit der Demokratie**
Die Gründung der Radikal-Sozialen Freiheitspartei in Württemberg-Hohenzollern
– Franz-Josef Ziwes
- 34 Zwischen Gedanke und Tat**
Radikalität in der Klientel des Landesgewerbeamts
– Carl-Jochen Müller
- 36 »Kommt alle in die Freiau!«**
Auseinandersetzung um eine Freiburger Arbeitersiedlung
– Jochen Rees
- 38 Radikalenabwehr im öffentlichen Dienst**
Geheimdienstliche Überprüfungen aufgrund des »Radikalenerlasses« in Baden-Württemberg
– Mirjam Schnorr
- 40 Neuer Radikalismus von rechts?**
Radikalisierung findet in den sozialen Medien statt
– Anton Maegerle, Gebhard Schultz

* Archiv aktuell

- 42 Rückblick auf das Jahr 2022**
Jahresbericht des Landesarchivs Baden-Württemberg
– Inka Friesen
- 51 Freier Zugang für alle**
Neuaufstellung der Publikationsreihen des Landesarchivs
– Verena Schweizer
- 52 Die Lücken werden geschlossen**
Start der Erschließung der Entnazifizierungsunterlagen des französischen Diplomatischen Archivs im Staatsarchiv Freiburg
– Alexander Gerhardt
- 53 160 Jahre deutsch-thailändische Freundschaft**
Prinzessin Maha Chakri Sirindhorn besucht das Hauptstaatsarchiv Stuttgart
– Albrecht Ernst
- 54 Den Frühling begrüßen mit der Landeskunde-App »Landauf, LandApp«**
Die LEO-BW-Mitmach-App für Lieblingsorte im Ländle
– Johanna Hähner, Eva Rincke

- 55 Ausbildung im gehobenen Archivdienst erfolgreich abgeschlossen**
Verabschiedung von acht Archivinspektoren anwärterinnen und -anwärtern im Hauptstaatsarchiv Stuttgart
– Wolfgang Mährle
- 56 „Mit spitzer Feder“**
Neue Angebote für jung und jung Gebliebene im Grundbuch-zentralarchiv
– Michael Aumüller

* Quellen griffbereit

- 57 Zentrale Quellen zur Badischen Revolution 1848/49 online**
Mikroverfilmte Archivalien aus dem Generallandesarchiv Karlsruhe und dem Staatsarchiv Freiburg digitalisiert
– Fabian Beller, Michael Bock
- 58 Parlamentsgeschichte in Bildern**
Fotosammlung des Landtags von Baden-Württemberg erschlossen
– Sophia Scholz

* Kulturgut gesichert

- 59 Ein württembergisches Schloss nach badischem Vorbild in schlesischen Wäldern**
Plansammlung zum Schloss Karlsruhe in Schlesien für das Hauptstaatsarchiv Stuttgart gesichert
– Thomas Fritz

* Archive geöffnet

- 60 Ein Raum als Einladung ins Archiv**
Das Hauptstaatsarchiv öffnet sein neues Foyer mit Präsentationen aus dem Audiovisuellen Archiv
– Wolfgang Krauth, Maren Volk

* Junges Archiv

- 61 Zwischen Lehrerfortbildung und Kinderkulturwoche**
Erfahrungen aus dem FSJ-Kultur
– Jonathan Nehrenheim

* Geschichte Original

- 62 Der »Stuttgarter Tumult« 1948**
Sozialer Protest zwischen Währungsreform und Weststaatsgründung
– Michael Hoffmann, Stadtarchiv Stuttgart



Radikal – Von Revolution und Umbruch





Cover:
Die Unruhen in Baden im April 1848,
zeitgenössische Lithografie

Vorlage:
LABW, StAF T 100/1

Diese Seite:
Räumung des Dreisam-Ecks
in Freiburg i.Br. wegen
Hausbesetzung, 7./8. Juni 1980.

Aufnahme: Marlis Decker
Vorlage: LABW, StAF 140 Nr. 08598

1848 gingen im Deutschen Bund Menschen für Freiheit, Gleichberechtigung und Menschenrechte auf die Straße. Von manchen wurden sie damals als radikale Revolutionäre betrachtet, anderen war die demokratische Bewegung in ihren Forderungen nicht radikal genug. Radikalität ist immer eine Perspektivfrage und zeigt sich erst in der Abgrenzung von Normen bzw. dem was als „normal“ betrachtet wurde. Und Radikalität zeigt sich in ganz vielfältiger Form: In Revolutions- und Umbruchszeiten genauso wie im Kontext von Religion und Kunst oder von Politik und Gesellschaft.

Radikalität und Revolution

Akteure zwischen Parlament, Barrikade und bewaffnetem Aufstand 1848/49

Die Begriffe Radikalität und Revolution haben eine große Schnittmenge, möchte man meinen, ebenso, dass in Revolutionen die Stunde der Radikalen schlägt. So einfach ist es indes nicht, wenn man die Revolutionen in Deutschland genauer betrachtet. Sowohl 1918/19 als auch in der Revolution von 1848/49, deren 175. Jubiläum in diesem Jahr gefeiert wird, gaben nicht die Radikalen den Ton an, sondern lag das Heft des politischen Handelns in den Händen der Gemäßigten, die sich selbst gar nicht als Revolutionäre, sondern als Reformer verstanden: 1918/19 in den Händen der Mehrheitssozialdemokraten, die in der letzten Phase des Ersten Weltkriegs nicht auf einen Umsturz hingearbeitet hatten, sondern – vom Zusammenbruch der überkommenen politischen Autoritäten überrascht – als Sachwalter eines geordneten Übergangs zur parlamentarischen Demokratie agierten und dabei zugleich Revolutionsprävention leisteten, indem sie den Versuchen eines weitergehenden sozialistischen Gesellschaftsumbaus auch mit machstaatlichen Mitteln entgegentraten.

Antiradikale Ebenbilder von Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann und anderen Mehrheitssozialdemokraten in revolutionären Ämtern

und Würden waren in den Jahren 1848/49 Heinrich von Gagern, Friedrich Daniel Bassermann und ihre politischen Gesinnungsgenossen, die zeitgenössisch als Liberale oder Konstitutionelle bezeichnet wurden. Sie traten in politische Verantwortung, als die Nachricht von der französischen Februarrevolution die monarchischen Ordnungen in den deutschen Einzelstaaten ebenso erschütterte wie den in Frankfurt residierenden Bundestag als höchstes Organ des Staatenbundes, der 1815 auf dem Wiener Kongress geschaffen worden war. Die Liberalen wurden rasch anstelle der verdrängten Repräsentanten der vormärzlichen Repression Minister, zum Beispiel in Darmstadt, Karlsruhe, Stuttgart und nach einigem Hin und Her auch in Berlin. Sie zogen als neue Gesandte oder als Mitglieder einer hastig eingesetzten Verfassungsreformkommission in den Bundestag ein, und sie prägten auch das von der National- und Freiheitsbewegung selbst initiierte Projekt eines deutschen Nationalparlaments.

In der Frankfurter Paulskirche hatten die Liberalen ein klares numerisches Übergewicht und nutzten dieses konsequent, um sich die Schlüsselpositionen im Parlament und in der von diesem im Sommer eingesetzten Übergangsregierung – der Provisorischen Zentralgewalt – zu sichern: Im Parlamentspräsidium, im Vorsitz der wichtigen Ausschüsse und in den neu geschaffenen Reichsministerien wurden alle Posten mit Liberalen besetzt. Auch die schließlich im März 1849 fertiggestellte und wegen der Weigerung des preußischen Königs, deutscher Kaiser zu werden, nie in Kraft getretene Paulskirchenverfassung war im Wesentlichen ein Produkt der Anschauungen des Liberalismus – unbeschadet einiger Teilzustände wie dem allgemeinen Männerwahlrecht, die man in den schwierigen politischen Konstellationen im Frühjahr 1849 an die Radikalen machen zu müssen glaubte.

In der Nationalversammlung blieben den Radikalen nur die harten Oppositionsbänke.

✳ Literaturhinweise

Frank Engehausen: Werkstatt der Demokratie. Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49. Frankfurt / New York 2023.

- 1 Revolutionäre auf dem Karlsruher Marktplatz im Mai 1849, vermutlich 1849.

Vorlage: LABW, GLAK
J-G K 10

- 2 Badische Gefangene nach der Niederschlagung der Revolution durch preußische Truppen, 1849.

Vorlage: LABW, GLAK
J-G A 1



1



2

Deutsche Parlaments-Galleriewache.



Lith. Anst. v. Ed. Gut. May in Frankfurt/M.

Kommt einer gerillten
 Der muthig gestrillten
 Mit Hecker am Rhein
 Der darf nicht herein
 Der darf nicht herein.

Kommt einer die Quere
 Der freundlich nur wäre
 Dem Hecker am Rhein
 Auch der darf nicht rein
 Auch der darf nicht rein.



4

3 »Deutsche Parlaments-Galerie Wache«: Die beiden Schriftführer der Nationalversammlung Karl Möring (1810–1870) und Friedrich Siegmund Jucho (1805–1884) bewachen bewaffnet den Eingang zur Besuchergalerie der Paulskirche. Karikatur von H B, 1848.

Vorlage: LABW, GLAK
J-S Karikaturen Nr. 217

4 »Der Demokratenvertilger«: Friedrich Ludwig Jahn (1778–1852) als Scharfrichter vor einer Guillotine. Karikatur von Ludwig von Elliot, ca. 1848/49.

Vorlage: LABW, GLAK
J-S Karikaturen Nr. 33

Sie formierten sich dort in zwei eng miteinander verbundenen Fraktionen, die die Namen der Frankfurter Gaststätten trugen, in denen sie ihre Versammlungen abhielten: im Deutschen Hof die partiell konzessionsbereiten Demokraten, die die eigene Minderheitsposition im Parlament wenigstens vorerst akzeptierten, unter der Führung von Robert Blum und nach dessen Tod in der Wiener Gegenrevolution im November 1848 von Carl Vogt; im Donnersberg die kompromisslosen Demokraten, unter ihnen mehrere südwestdeutsche Radikale, die die Nationalversammlung als Bühne zur politischen Aufklärung des Volkes nutzen wollten und auf die Chance zu direkten revolutionären Aktionen warteten. Einfluss auf das Parlament gewannen beide Gruppen erst in dessen Endphase. Die Liberalen zogen sich nach dem Scheitern ihres Erbkaiserplans enttäuscht zurück und überließen ihnen das Feld, bis das nach Stuttgart übergesiedelte *Rumpfparlament* am 18. Juni 1849 mit Waffengewalt aufgelöst wurde.

Spielten die Radikalen auch in der Nationalversammlung, die sich berufen wähnte, die politische Neuordnung Deutschlands in die Hand zu nehmen, nur eine Nebenrolle, so war ihre Bedeutung auf anderen Schauplätzen und Ebenen der politischen Auseinandersetzung doch enorm: Sehr zum Leidwesen der Liberalen war die 1848/49 aufblühende Presselandschaft weitgehend demokratisch geprägt. Zum Eindruck einer Meinungsführerschaft

der Radikalen in der Öffentlichkeit trugen auch ihre Erfolge bei der Gründung von Vereinen bei, die mit der Massenrekrutierung von Mitgliedern und deren politischer Schulung durch Veranstaltungen oder die mit der Einrichtungen von Lesestuben die demokratische Basis weit ausdehnten: mit regionalen Unterschieden und einem Stadt-Land-Gefälle, aber insgesamt doch deutlich über die Anhängerschaft hinaus, auf die man in der Anfangsphase der Revolution hatte zählen können.

Der Verbreitung demokratischen Gedankenguts tat es offenkundig keinen Abbruch, dass alle direkten revolutionären Aktionen der Radikalen scheiterten, sieht man einmal von den Barrikadenkämpfen in Berlin und in Wien im März 1848 ab, die zwar allgemein für die Sicherung politischer Partizipationsansprüche des Volkes gegenüber den monarchischen Autoritäten große Bedeutung hatten, allerdings keinen klaren politischen Programmen folgten. Die Aufstände der badischen Demokraten beim *Heckerzug* im April und beim *Struve-Putsch* im September 1848, die ad hoc die Republik errichten wollten, scheiterten ebenso eklatant wie im September 1848 der Frankfurter Aufstand, der auf die Zerschlagung der liberalen Vorherrschaft in der Nationalversammlung zielte. Auf verlorenem Posten standen die Radikalen auch im Mai und im Juni 1849, als sie auf verschiedenen Schauplätzen, unter denen der Südwesten erneut der wichtigste war, versuchten,

- 5 »Das Guckkasten-Lied vom großen Hecker«: Satirische Darstellung des »Heckerzugs« im April 1848, in der Bildmitte ist Friedrich Heckers (1811–1881) zu sehen, ca. 1848.

Vorlage: LABW, GLAK J-S
Karikaturen Nr. 239

- 6 Gruppenbild von Mitgliedern der Paulskirchenfraktionen Donnersberg und Deutscher Hof. Mit dem Lorbeerkrantz in der Hand ist Robert Blum abgebildet. Links von ihm stehen in der Bildmitte Ludwig Simon und Carl Vogt.

Vorlage: Historisches
Museum der Pfalz - Speyer,
Peter Haag-Kirchner,
HM_0_02764

eine Kampagne zur Durchsetzung der Paulskirchenverfassung gegen die renitenten Fürsten zu einem revolutionären Kampf um die deutsche Republik auszuweiten.

Erfolgschancen hatten die Radikalen – wenn man dies in rückschauender Besserwisseri sagen darf – dabei nicht. Sie überschätzten die Bereitschaft der meisten ihrer Gesinnungsgenossen, für die Idee der Republik tatsächlich Leib und Leben zu riskieren. Manche ihrer Führer desavouierten sich selbst, indem sie den Kampf für die Republik unter falschen Fahnen zu führen versuchten. Vor allem waren die machtpolitischen Ressourcen so ungleich verteilt, dass die Radikalen im bewaffneten Kampf mit den Kräften der Reaktion, die sich im Übrigen einer weitreichenden stillschweigenden Zustimmung der Liberalen sicher sein konnten, keine Aussicht auf Erfolg hatten.

Dass das Bild der Radikalen der Revolution von 1848/49 heute weitaus positiver ist, als es über viele Jahrzehnte hinweg und noch bis ins 20. Jahrhundert hinein gewesen war, lässt sich ein Stück weit damit erklären, dass politisches Scheitern in bestimmten Konstellationen

Attraktionskraft zu entfalten vermag: Die Verlierer der Geschichte zeigen die ungenutzten Potenziale in historischen Umbruchsituationen auf und können in einem anderen Licht erscheinen, wenn die weiteren politischen Entwicklungen ihnen in mittel- oder langfristiger Perspektive Recht geben.

Dies gilt in nur eingeschränkter Weise für die Radikalen von 1918/19, die sich mit ihrer Generalkritik am Kurs der Mehrheitssozialdemokratie zwar bestätigt sehen konnten, als die Weimarer Republik nach 14 Jahren unterging, deren Haltung aber vor der Geschichte nicht Bestand hatte, da die Erfahrungen mit den realen Erscheinungsformen des Sozialismus in der ersten und vor allem in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sie in ein ungünstiges Licht rückten. Es gilt aber sicherlich für die Radikalen von 1848/49, die – wofür es allerdings vieler Jahrzehnte bedurfte – von Verlierern zu Gewinnern der Geschichte wurden, als die von ihnen vertretenen politischen Positionen die Grundlagen moderner demokratischer Ordnungen zu bilden begannen. * **Frank Engehausen**, Professor an der Universität Heidelberg

5



Das Guckkasten-Lied vom großen Hecker.

(Nach bekannter Melodei zu singen.)

2.
„Peter“, sprach er, „du regiere
„Gonstanz und den Bodensee,
„Ich zieh' aus und commandire
„Unser tapfre Arimée;
„Mit Polacken und Franzosen
„Wird der Herwegh zu mir stoßen,
„Und der stirbt lebendig eh'r,
„Als daß er ein Hundesott wär.“



3.
Pflasterer und Schieferdecker,
„Alles, niedrig und hoch,
„Alles jauchzte unserm Hecker,
„Als er aus zum Kampfe zog.
„Handwerksburschen, Literaten,
„Tailleurs, Bauern, Advokaten,
„Alles folgte rasch dem Zug,
„Als er seine Trommel schlug.“



4.
Rumbidibum, so hört' man's schlagen,
Rumbidibum Dumdumdumbum;
Und bei Straß' lies Weishaar sagen
Kings im ganzen Land herum:
„Thut euch schnell zusammenraffen,
„Gebt mir Mannschafft, Pferde, Waffen,
„Oder ich bring' Alles um;
„Rumbidibum Dumdumdumbum.“



5.
Durch die Baar that man jetzt wandern,
Und hernach in's Wiesenthal,
Und daselbst stieß man bei Kändern
Auf Soldaten ohne Zahl.
Eder Gagern, wackre Hessen,
Wollt ihr euch mit Hecker messen?
Gagern, du kommst nicht zurück,
Bivat hoch die Republik!

6.
Gagern wollt' parlamentiren,
Doch das ist nicht Hecker's Art;
„Ich, sprach er, „soll retiriren,
„Ich mit meinem rothen Bart!“ —
„Ach! nun hört' man Schüsse knallen,
General Gagern sah man fallen —
Und der tapfre Hinkeldey
Sag zu Pferde auch dabei.“



7.
Und als Gagern war gefallen,
Fing man leider auf dem Rhein,
Zur Befürmeris uns Allen,
Unfern edeln Struwel ein;
Man that ihn in Eisen legen,
Aber von des Hecker's wegen
Ließ der Oberamtmann Sthey
Den Gefangnen wieder frei.

1.
Seht, da steht der große Hecker,
Eine Feder auf dem Hut,
Seht, da steht der Volkserwecker,
Lechzend nach Tyrannenblut!
Wassertriefeln, dicke Sohlen,
Säbeln trägt er und Pistolen,
Und zum Peter sagte er:
„Peter sei du Statthalter!“



8.
Kaiser, Weishaar, Struwel, Peter,
Alle trieb man allbereits
Gleichsam als wie Uebelthäter
In die schöne, freie Schweiz.
Doch der Peter, der kam wieder,
Legt die Statthalterschaft nieder,
„Denn, sprach er, ich werde alt,
„Und verlier' sonst mein' Gehalt.“



9.
Hecker, sag, wo bist du, Hecker?
Legt die Hände in den Schooß?
Auf nun, du Tyrannenschrecker,
Jetzt geht es auf Freiburg los.
Badner, Hessen und Kaisauer
Stehen dorten auf der Lauer.
Doch wie kommen schon hinein,
Denn neutral will Freiburg sein.



10.
All die schönen Stadifanonen,
Großer Hecker, sie sind dein;
Und man ladet blaue Bohnen
Rebt Kartätschen schnell hinein.
Langsdorf will recognosciren,
Läßt sich auf den Münster führen,
Und guckt durch ein Perspektiv,
Ob es gut geht oder schief.



11.
Oben her vom Gintersthal,
Hinter Wald und Hecken vor,
Kam im Sturm mit einem Male,
Siegel's wildes, tapfres Corps.
Aber uns're Hessenschützen
Ließen ihre Büchsen blitzen,
Und das Corps zog sich zurück,
Aus war's mit der Republik!



12.
Denn hinein zu allen Thoren
Stürmte jetzt das Militär,
Und die Freischaar war verloren
Trog der tapfern Gegenwehr;
Alle, die sich bliesen ließen,
That das Militär erschießen;
Alle Führer gingen durch,
Und erobert war Freiburg.



13.
Doch nun kamen Herwegh's Schaaren,
Er und seine Frau kam nach,
Kamen in der Chais gefahren
Auf dem Weg nach Offenbach.
Doch zu ihrem großen Aerger
Sah man dort die Württemberger;
Miller, dieser grobe Schwab,
Kam von einem Berg herab.



14.
Hecker's Geist und Schimmelfennig
Machten da den Schwaben warm:
Herwegh sah's, er fuhr einpämmig,
Und es fuhr ihn in den Darm.
Unter seinem Spritzenleder
Forcht' er sich vor'm Donnerwetter;
Heiß fiel es dem Herwegh bei,
Daß der Hinweg besser sei.

15.
„Ach, Madamchen, that er sagen,
„Aus ist's mit der Republik!
„Soll ich Narr mein Leben wagen?
„Nein! für jetzt nur schnell zurück!
„Laß für meinen Kopf uns sorgen,
„Komm' ich heut nicht, komm' ich morgen;
„Ach, wie kneipt's mich in den Leib,
„Wende um, mein liebes Weib!“



16.
Und Madam hieß ihn vertreiben
Sich in ihren treuen Schooß,
Denn er konnt' kein Pulver riechen,
Und es ging erschrecklich los;
Schimmelfennig ward erschossen,
Manche Sense ward zerbrochen,
Und erschossen mancher Mann,
Die ich nichtmal nennen kann.



17.
Also ist's in Baden gungen;
Was nicht fiel und nicht entfloß,
Ward vom Militär gefangen,
Liegt zu Bruchsal auf dem Stroß! —
Ich, ein Spielmann bei den Hessen,
Der kann Baden nicht vergessen,
Der den Felzbug mitgemacht,
Habe dieses Lied erdacht.

»Beschlagnahme aller Volkslieder«

Was vor 215 Jahren als Extremismus gilt

Nro. 25.

1808.

273

Königlich : Württembergisches Staats- und Regierungs-Blatt.

Samstag, 4. Jun.

Königl. Württembergische Censur-Ordnung.

Friedrich, von Gottes Gnaden, König von Württemberg &c. &c. &c.

Unsern Gruß zuvor, &c.

Wir haben Uns veranlaßt gesehen, das Censur-Wesen in Unsern gesammten Königl. Staaten nach gleichförmigen Grundsätzen einzurichten; und wollen in dieser Hinsicht Folgendes verordnet haben.

§. 1.

Es ist kein Buchdrucker berechtigt, irgend eine Schrift zu drucken, ehe er dieselbe der Censur-Behörde übergeben, und von dieser die Erlaubniß zum Druck erhalten hat. Die Behauptung des Verfassers oder Bestellers, daß die Schrift nicht zum Buchhandel bestimmt sei, kann hierinn keine Ausnahme begründen. Nur das Staats- und Regierungs-Blatt und officiële Aufsätze, welche von den hiezu befugten Königl. Behörden zum Druck übergeben werden, sind hievon ausgenommen.

§. 2.

Zu Besorgung der Censur-Geschäfte haben Wir in Unserer Residenzstadt Stuttgart ein eigenes Censur-Collegium angeordnet. An dieses sind alle nicht für eine besondere Censur-Behörde sich eignende Druckschriften einzusenden, welche alsdann unter die einzelnen Mitglieder nach Verschiedenheit der wissenschaftlichen Fächer oder auch nach einem zu beobachtenden Turnus zu vertheilen sind.

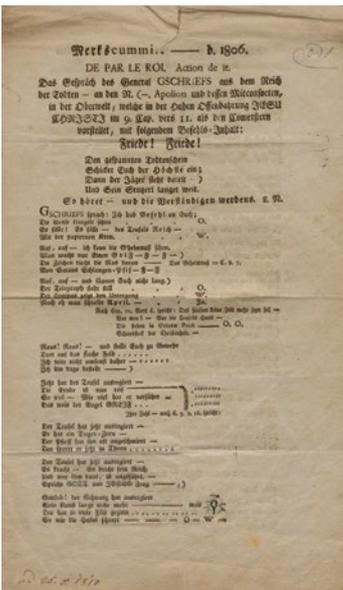
Sämtliche Mitglieder sehen übrigens mit einander in der Maasse in einer collegialistischen Verbindung, daß einzelne Anstände, welche ein Censor nicht für sich selbst zu erledigen sich getraut, collegialistisch in Ueberlegung zu ziehen, und nach der Stimmenmehrheit zu erörtern, oder zu höherer Entscheidung vorzulegen sind.

§. 3.

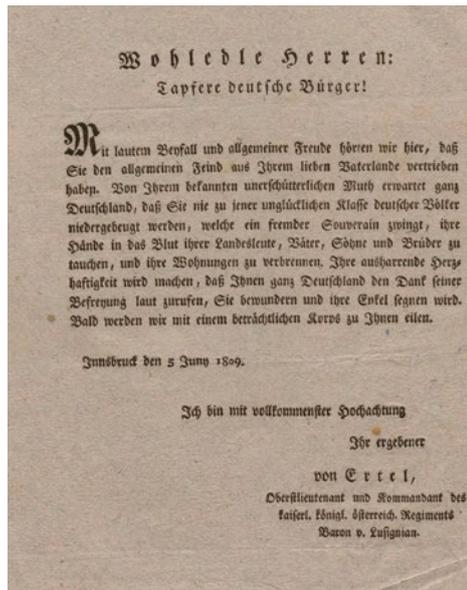
Neben dieser allgemeinen Censur-Behörde bestehen für einzelne Gattungen von Druckschriften auch in Zukunft noch besondere Censur-Aemter.

§. 4.

Die dem Censur-Collegium zunächst vorgesetzte Behörde ist das Königl. Cabinets-Ministerium. Bei diesem hat nicht nur das Censur-Collegium selbst in wichtigern zweifelhaf-



2



3

- 1 Titelseite der Zensurordnung von 1808.
Vorlage: Staatsbibliothek zu Berlin, Digitalisierte Sammlung, Public Domain
- 2 Beschlagnahmtes esoterisches Flugblatt, 1806.
Vorlage: LABW, StAL D 54 Bü 156
- 3 Beschlagnahmte Nachricht über die militärische Lage in Vorarlberg und im Salzburger Land.
Vorlage: LABW, StAL D 54 Bü 160

Mit der Verfassung von 1818 garantierte der junge König Wilhelm den Württembergern und Württembergern eine gewisse Pressefreiheit, die aber aufgrund des Bundesrechts (Karlsbader Beschlüsse) sehr eingeschränkt war. Wie es mit der Zensur weiterging, zeigen die Akten der Württembergischen Zensurkommission 1819–1848 (LABW, HStAS E 63/3): <http://www.landesarchiv-bw.de/plink/?f=1-5342&a=fb>.



Diakon Bahnmeier klingt verzweifelt: Ein fahrender Buch- und Flugblatthändler aus Öhringen hat ihn aufgesucht, und alles, wovon der Mann lebt, gehört eigentlich nicht in den Handel, wenn Bahnmeier sein Amt ernstnimmt. Als Bücherfiskal von Ludwigsburg hat er zu entscheiden, was in den Verkauf gelangt und was nicht. Sein Fazit: Nach dem Wortlaut der Vorgaben *glaube ich alle Volkslieder beschlagnahmen zu müssen*.

Das neu geschaffene Königreich Württemberg war misstrauisch gegen jede öffentliche Meinungsäußerung. Die 1808 veröffentlichte Zensurordnung stellte für Bahnmeier klar, welche Gefahrenquellen zu beachten waren: Verunglimpfung anderer Staaten, insbesondere der Staatsoberhäupter, der staatlichen Einrichtungen, der gesetzlichen Religionsgesellschaften, der Beamten, anderer gesellschaftlicher Gruppen, Einrichtungen oder Privatpersonen, *Erstickung des Gefühls für Sittlichkeit und Religion*. Insgesamt, so die Zensurordnung, sei alles zu vermeiden, was dazu geeignet sei, *eine dem obrigkeitlichen Ansehen und der Wirksamkeit der obrigkeitlichen Anordnungen nachtheilige Gemüthsstimmung zu erzeugen, oder das Publikum zu Maaßregeln aufzumuntern, welche der öffentlichen Ruhe und Ordnung gefährlich sind*.

Gestattet war das Veröffentlichende von Gedanken über *Gegenstände der Religion, der Moral und der Staats-Wissenschaften* in einem *gesetzten, bescheidenen und würdigen Tone*. Was anstößig war, betraf sich nicht nur am Inhalt, sondern auch an der Zielgruppe eines Druckwerks. Die Zensur hatte sich besonders kritisch mit

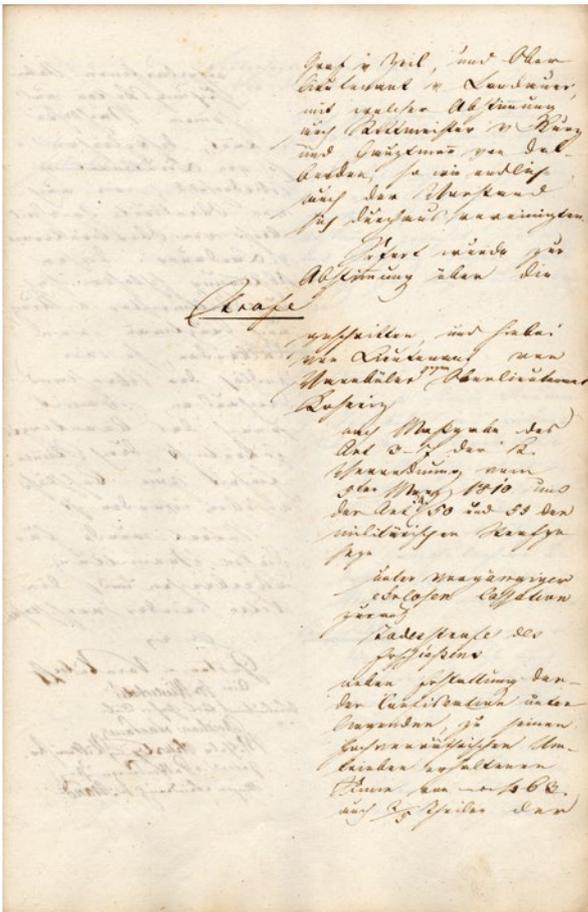
den Werken zu befassen, die für die Jugend oder ein größeres Publikum bestimmt waren, also vor allem Groschenheftchen und Flugblätter.

Ein Aktenbestand im Staatsarchiv Ludwigsburg ermöglicht tiefe Einblicke in das Geschäft. König Friedrich I. ließ sich persönlich unterrichten und zog auch Entscheidungen an sich. Nach unten übte sein Zensurkollegium erheblichen Druck auf Zensoren und Bücherfiskale aus, ihr Amt sehr ernst zu nehmen. Zu Bücherfiskalen bestimmt wurden Lehrer, Ärzte oder Geistliche, die einen Eid zu leisten hatten. Sie kassierten Gebühren von den Verlegern und Druckern. Drucken ohne Erlaubnis wurde mit einer Geldbuße geahndet. War auch noch Verbotenes in der Druckschrift enthalten, so wurde gleich das ganze Verlagsortiment konfisziert. Beschlagnahmt wurden nicht nur Bücher, sondern auch religiöse Schriften, Extrablätter mit besonderen Nachrichten aus Nah und Fern, aber auch Liedzettel satirischen oder frivolen Inhalts, also Inhalte, die heute zur Popkultur zählen würden. Ein uferloses Geschäft. Vermutlich halb im Scherz fragte ein Verlag auch an, ob Bibeldrucke denn ebenfalls zu zensieren seien.

Zurück zum Diakon Bahnmeier: Er wollte vom Zensurkollegium wissen, ob denn die Genehmigung des Zensors aus Reutlingen, die sein Buchhändler vorwies, für alle enthaltenen Flugschriften gelte. Immerhin gebe es viel zu beanstanden, teils *verliebter weichlicher Unsinn*, teils *roher Soldatengeist* und *Gleichgültigkeit gegen die Keuschheit des Sinns*. Seine Anfrage blieb in den Akten liegen, eine Antwort aus Reutlingen ist nicht überliefert. * Kai Naumann

Ein revolutionärer Funke im Württemberg des Vormärz

Die Verschwörung des Ernst Ludwig Koseritz



1

1 Plädoyer des Militär-gouvernements Ludwigsburg für die Todesstrafe gegen Koseritz vom 19. Dezember 1834.

Vorlage: LABW HSTAS
E 285 Bü 93

Ernst Ludwig Koseritz (1805–1838), Haupt einer Zivil- und Militärverschwörung in Württemberg in den Jahren 1831 bis 1833, war Oberleutnant und Aufseher auf der Festung Hohenasperg, wo zahlreiche politische Häftlinge einsaßen. Unter dem Eindruck der französischen Julirevolution und des polnischen Novemberaufstands in den Jahren 1830 und 1831 radikalisierte er sich und begann, Pläne für einen republikanischen Umsturz zu schmieden. Koseritz zog andere, meist gleichrangige junge Offiziere in sein Vertrauen. Die Gruppe traf sich in der Ludwigs-

burger Weinschenke *Räuberhöhle*. Als intellektuelle Köpfe sind vor allem der Buchhändler Friedrich Gottlob Franckh (1802–1845) und der Kaufmann Georg David Hardegg (1812–1879) hervorzuheben, die zuvor eine Zeit lang in Paris gelebt hatten und sich seit 1832 an den Ludwigsburger Treffen beteiligten. Weitere Kontaktpersonen waren u. a. Rudolf Lohbauer (1802–1873), Redner auf dem Hambacher Fest, Johan von Rauschenplat (1807–1868), militärischer Führer des berühmten Frankfurter Wachensturms, der Lehrer Friedrich Wilhelm Knoebel (1802–1871) und der Arzt August Breidenstein (1810–1835).

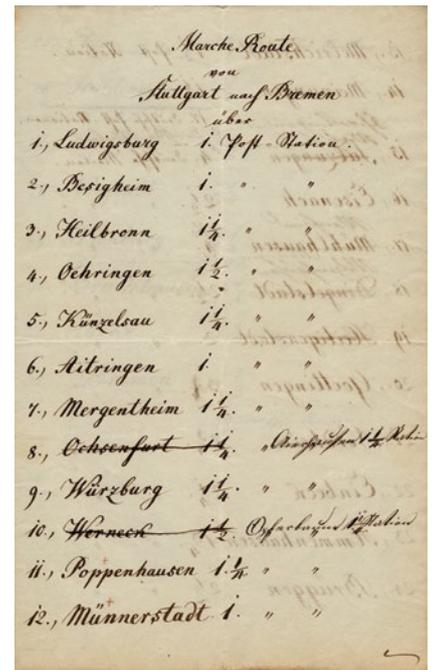
Koseritz selbst plante bereits für Anfang 1833 einen Militäraufstand. Hardegg, inzwischen Student an der Universität Tübingen, wollte aber auch die Bevölkerung für sein Vorhaben gewinnen, weshalb es zur Verteilung von Flugblättern unter der ländlichen Bevölkerung kam, deren Druck wiederum Franckh übernommen hatte. Die aufrührerischen Schriften wurden aber bald der Obrigkeit gemeldet, sodass es bereits Ende Januar und Anfang Februar zu ersten Verhaftungen kam, u. a. auch von Franckh und Hardegg. Hinsichtlich einer Militärverschwörung indes noch nichts bekannt. Koseritz traf sich am 3. März 1833 in Schluchtern bei Heilbronn mit dem Advokaten Franz Carl Gärth, einem Verschwörer aus Frankfurt, um ein *synchrones* Vorgehen am 3. April abzustimmen, agierte aber zögerlich, da er sich nicht sicher war, die notwendige Anzahl an Militärpersonen für sein Vorhaben zusammenzubekommen. Auch der allgemeine Rückhalt in der Bevölkerung erschien ihm zu gering. Letztendlich versammelte Koseritz am 5. April, zwei Tage nach dem Frankfurter Wachensturm, zwar noch 60 vertraute Unteroffiziere, um seinen *Militärputsch* in die Tat umzusetzen, brach jedoch die Aktion ab, sobald einen Tag später die Nachricht vom Scheitern des Umsturzes aus Frankfurt kam. Die Verschwörung wurde erst mit einiger zeitlicher Verzögerung aufgedeckt und die Beteiligten sukzessive ermittelt. Koseritz selbst kam schließlich im Juni 1833 in Haft.

- 2 Marschroute für die Eskortierung von Koseritz nach Bremen, April 1835.
Vorlage: LABW HStAS E 271 k Bü 95
- 3 Autograf auf einer Bitte des inhaftierten Oberleutnants Koseritz um Genehmigung eines Besuchs seiner Mutter und seiner Verlobten, 2. März 1835.
Vorlage: LABW, HStAS E 285 Bü 100
- 4 Meldung über den Tod von Koseritz in New Orleans, „Schwäbischer Merkur“ vom 16. September 1838.
Vorlage: LABW HStAS E 271 k Bü 95

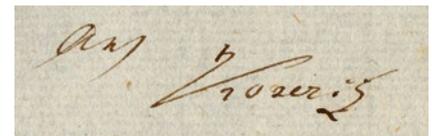
In den Akten des Hauptstaatsarchivs Stuttgart und des Staatsarchivs Ludwigsburg sind die Untersuchungs- und Prozessunterlagen gegen Ernst Ludwig Koseritz und seine Mitstreiter recht umfangreich überliefert. So hat sich auch ein Schreiben erhalten, in welchem Koseritz einen Besuch seiner Mutter und seiner Verlobten erbittet, was ihm jedoch nur im Beisein einer Aufsichtsperson gewährt wurde. Er und ein weiterer militärischer Rädelsführer wurden im März 1835 wegen Hochverrats zu *ehrloser Kassation* (Entlassung aus dem Militärdienst) und zum Tod durch Erschießen verurteilt. Das Urteil wurde zunächst auch vom König bestätigt und erst im letzten Moment in eine zwangsweise Auswanderung nach Amerika umgewandelt. Die zivilen Beteiligten erhielten teilweise langjährige Zuchthausstrafen, die aber ebenfalls später meist abgemildert wurden.

Auch die Eskortierung des Koseritz unter dem Decknamen *Erbe* nach Bremen zur anschließenden Verschiffung nach Amerika ist im Hauptstaatsarchiv gut dokumentiert. Dort sollte Koseritz anscheinend in Florida bei Kämpfen gegen die indigene Bevölkerung zum Einsatz kommen. Zuvor erkrankte er jedoch schwer und starb im Sommer 1838 in New Orleans. Biografisch interessant ist die Wandlung des Mitverschwörers Georg David Hardegg zum christlichen Mystiker während seiner Haftzeit. Er war später einer der Mitbegründer der *Tempelgesellschaft* und starb 1879 in Haifa.

* Johannes Renz

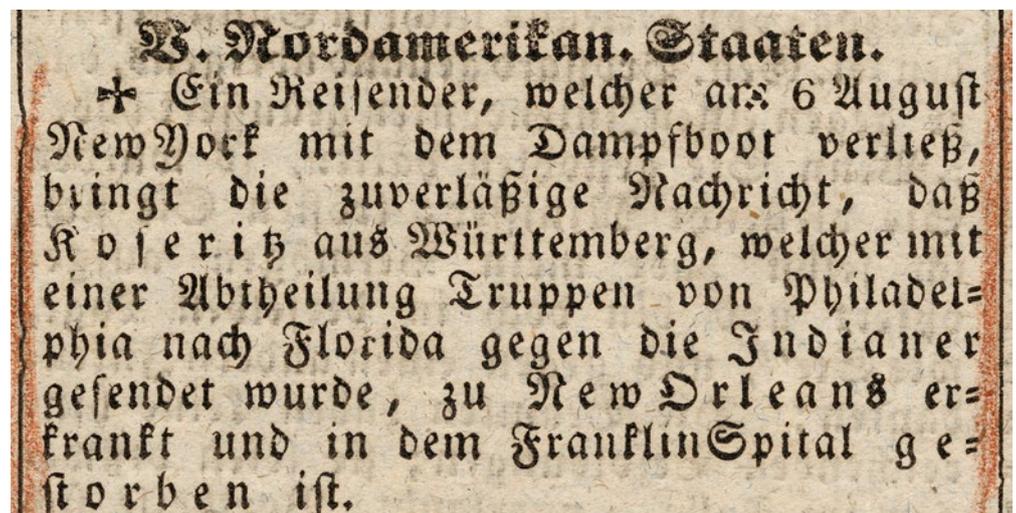


2



3

4





1

Demokratie – Erleben – Erinnern

Der Salmen – zentraler Ort der Demokratiegeschichte

Der Offenburger Salmen hat eine bewegte Geschichte zu erzählen, die das Gebäude in der Offenburger Innenstadt zu einem Denkmal von nationaler Bedeutung macht. Was genau ist hier geschehen? Ursprünglich als Straußwirtschaft, Poststation und Anwerbelokal für Soldaten gebaut, 1787 im Offenburger Ratsprotokoll erstmals erwähnt, später mit einem Veranstaltungssaal (1806) erweitert, erlangte der Salmen Mitte des 19. Jahrhunderts weit über Offenburg hinaus Bekanntheit. Am 12. September 1847 proklamierten die *Entschiedenen Freunde der Verfassung* um die späteren Revolutionäre

Gustav Struve und Friedrich Hecker im mit circa 900 Interessierten gefüllten Salmen-Saal die *13 Forderungen des Volkes*. Bürger aus allen Schichten, darunter auch Frauen, waren zu dieser Veranstaltung gekommen. Und sie verabschiedeten den ersten Grundrechtekatalog auf deutschem Boden.

Später, nachdem die Revolution von 1848 gescheitert war und eines ihrer zentralen Ziele, nämlich das der deutschen Einheit erreicht wurde, kaufte die jüdische Gemeinde Offenburgs das Gebäude und verwendete es ab 1875 als Synagoge. Die örtlichen Nationalsozialisten

- 1 Außenansicht des Salmen mit der von Moritz Götze gestalteten Litfaßsäule.

Aufnahme: Dimitri Dell

- 2 Blick in die Dauerausstellung zur Geschichte der jüdischen Mitbürger*innen Offenburgs ab den 1920er-Jahren bis heute.

Aufnahme: Dimitri Dell

- 3 Blick in die Dauerausstellung zur Geschichte der jüdischen Mitbürger*innen Offenburgs ab den 1920er-Jahren bis heute.

Aufnahme: Dimitri Dell

zerstörten den Betsaal Jahrzehnte später, am frühen Morgen des 10. November 1938 im Zuge der Reichspogromnacht. Darin liegt die eigentliche Bedeutung des Salmen: Er steht als einziges Gebäude in Deutschland für die Hoffnungen auf Demokratie und sozialen Ausgleich, für die Freiheitshoffnungen einer ganzen Generation, er steht gleichzeitig aber auch für deren totale Zerstörung nach der Katastrophe des Ersten Weltkriegs und dem Scheitern der Weimarer Republik.

Als Offenburg in den 1990er Jahren eine führende Rolle in Baden-Württemberg bei den Feierlichkeiten und der Aufarbeitung der Demokratiebewegung 1847–49 übernommen hatte (150 Jahre Badische Revolution) und 1997 ein Freiheitsfest organisierte, von dem noch heute in der Stadt und darüber hinaus geschwärmt wird, gelangte die Bedeutung des Salmen nach 150 Jahren erneut ins öffentliche Bewusstsein. Die Stadt kaufte das Haus und verwandelte es 2002 in einen Veranstaltungs- und Erinnerungs-ort. Seit Mai 2022, nach erneuten umfangreichen Umbaumaßnahmen ist der Salmen ein moderner Erlebnis- und Erinnerungsort, so weit wie möglich barrierefrei, Sitz des Offenburger Gemeinderats und seiner Ausschüsse sowie der Öffentlichkeit an fünf Tagen in der Woche zugänglich.

Der Ort bietet mehrere unterschiedliche Zugänge zum demokratiehistorischen Erbe: Schon im Eingangsbereich zum Innenhof steht eine Litfaßsäule, künstlerisch gestaltet von Moritz Götze, der sich auf Emaille-Platten mit der Geschichte der Demokratie- und Freiheitsbewegung sowie mit der jüdischen Geschichte in Deutschland auseinandersetzt. Ein 270°-Film lässt die Besucher*innen in die Geschichte des Salmen eintauchen – direkt am Ort des Geschehens und mittels einer 25-minütigen Zeitreise durch eine fiktive Geschichte. Zwei interaktive Dauerausstellungen vermitteln in zwei Ausstellungsräumen die Geschichte des Salmen und stellen sie in den Kontext unserer Gegenwart. Was macht die Forderungen und Ideen von 1847 noch heute so brisant? Wieso müssen demokratische Werte immer wieder aufs Neue verteidigt werden? Wie funktionieren denn die Mechanismen von Ausgrenzung, Verfolgung, Verschleppung und schließlich Völkermord? Hinzu kommt ein App-Rundgang, um das Wissen über den Salmen vertiefen zu können oder die Erinnerungs-orte in Offenburg zu erkunden. * **Wolfgang Reinbold**, Leiter Stadtgeschichte und Heimatpflege, Stadt Offenburg

2



3



»Ich sterbe für die gerechte Sache!«

Der Revolutionär Konrad Heilig und die Bundesarchiv-Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in Rastatt

- 1 Im Protokoll der 21. Sitzung der hohen Bundesversammlung vom 31. März 1848 wird die Bundesfestung Rastatt beauftragt, die neue Flagge „an demjenigen Punkte der Bundesfestung aufzurichten, von welchem sie nach allen Seiten am meisten sichtbar sey“ sowie ein Gutachten abzugeben, „wie die Bundesfarben an den Barrieren, Schilderhäusern, den Laffetten und sonstigem Artilleriemateriell der Bundesfestung passend mögten anzubringen seyn [...]“

Vorlage: Bundesarchiv DB 5/1/53

- 2 Flucht des badischen Kriegsministers Friedrich Hoffmann. Illustrierte Zeitung Bd. 12, Leipzig 1849, S. 393.

Vorlage: LABW, GLAK J-G R 6; siehe auch Bundesarchiv Zt I Illustrierte Zeitung

Ich sterbe für die gerechte Sache, Gott wird mich richten!, so hält Johann Georg Heilig die letzten Worte seines Sohnes Konrad fest. Geäußert haben soll dieser sie kurz bevor ihn die Gewehrku- geln preußischer Soldaten bei der standrecht- lichen Erschießung am 11. August 1849 trafen. Die Erinnerungen des Vaters zeugen nicht nur von der Trauer über den Verlust des Sohnes, sondern sie lassen auch erahnen, wie radikal Konrad Heilig für *die gerechte Sache* zu kämpfen bereit gewesen war.

Doch von vorne: Die Bundesfestung in Rastatt war 1842 als Verteidigungsanlage un- mittelbar an der deutsch-französischen Grenze errichtet worden. Nach den ersten schnellen Erfolgen der *Märzrevolution* 1848 erstrahlte sie in Schwarz-Rot-Gold. Weithin sollte der deutsche Dreifarb sichtbar sein und die neue Zeit in *Einigkeit und Recht und Freiheit* symbolisieren. Doch nur 14 Monate später war die alte Ordnung weitgehend wiederhergestellt und die Bundesfestung wurde zum letzten Bollwerk der Revolution: Am 12. Mai 1849 herrschte Chaos auf dem Ehren- hof des Rastatter Barockschlosses. Seit Tagen revoltierten die Soldaten der Bundesfestung mit dem Ruf *Wir sind das Volk, das seine Frei- heit fordert!* Sie verbündeten sich mit freiheit- lich gesinnten Bürgern und bekannten sich zu der von der Frankfurter Nationalversammlung beschlossenen gesamtdeutschen Verfassung, auf die sie die Vereidigung verlangten. Diese Forderung war radikal: sowohl in ihrem Kampf für einen deutschen Verfassungsstaat als auch in ihrem unbedingten Willen, der Verfas- sung mit den Grundrechten Geltung zu verschaffen. Schließlich waren die Grundrechte durch das erste vom Volk gewählte gesamt- deutsche Parlament ausgearbeitet worden.

Der mit zusätzlichen Truppen aus Karlsruhe herbeigeeilte badische Kriegsminister Friedrich Hoffmann schaffte es nicht, die Lage zu beruhigen. Sein Versuch, den Aufstand gewaltsam niederzuschlagen, scheiterte dra-

matisch: Der Unteroffizier Konrad Heilig warf sich vor die Mündung einer Kanone, die auf die Aufständischen zielte. Mit bloßen Händen verschloss er die Öffnung des Mündungsrohrs und beschwor die Kameraden, nicht auf ihres- gleichen zu schießen. Heilig hatte Erfolg, dem Kriegsminister blieb nur die eilige Flucht.

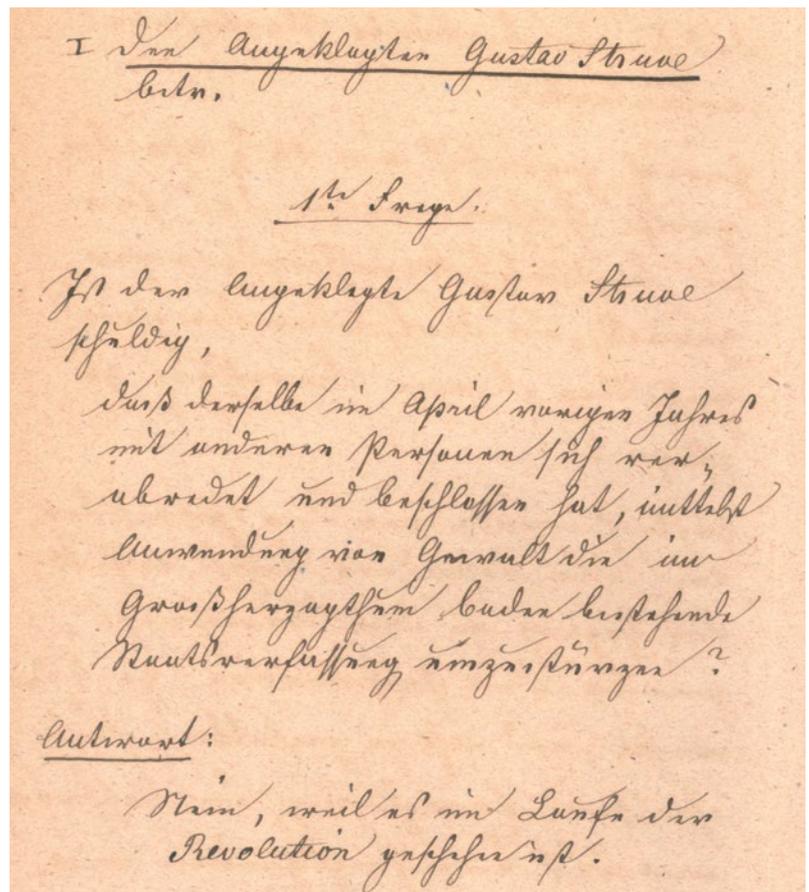
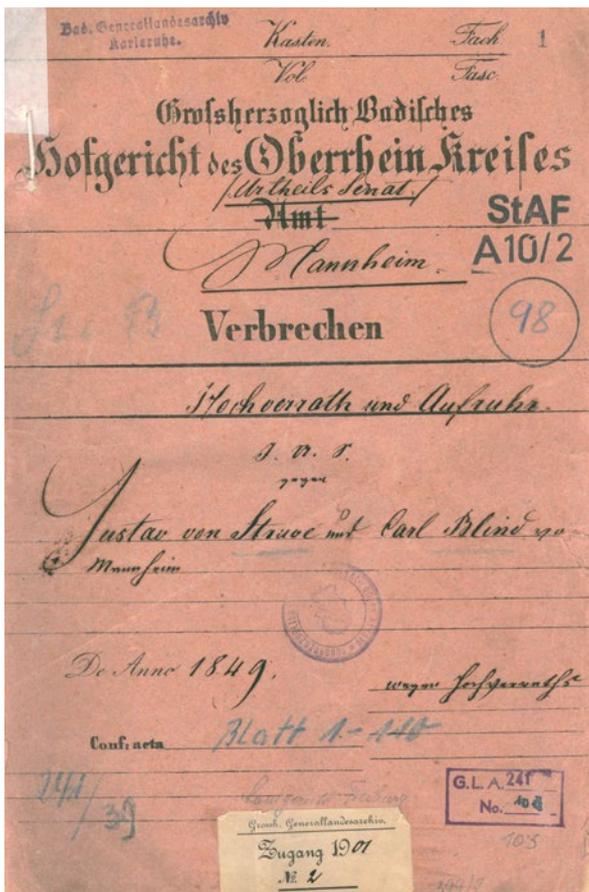
Von Rastatt aus griff der Aufstand auf ganz Baden über. Der Großherzog floh außer Landes und rief Truppen des Deutschen Bundes zur Hilfe. Diese marschierten unter Führung Preußens in Baden ein und drängten die zahlenmäßig unterlegenen Aufständischen in erbitterten Kämpfen immer weiter zurück. Die Festung Rastatt wurde zur letzten Bastion der Revolution – die Bundesfestung wurde zur *Freiheitsfestung*. Während der Belagerung Rastatts durch die Preußen diente das Schloss den Aufständischen als Hauptquartier. Nach fast einmonatiger Belagerung mussten sie am 23. Juli 1849 kapitulieren. Zahlreiche Revolutionäre wurden von einem preußischen Standgericht abgeurteilt, 19 in Rastatt hin- gerichtet. Einer von ihnen war Konrad Heilig.

Die revolutionäre Vergangenheit des Ra- statter Schlosses gab den Ausschlag, als Bundespräsident Gustav W. Heinemann nach dem geeigneten Standort suchte, um einen lebendigen Ort der Anschauung und Be- gegnung mit den Freiheitsbewegungen und den demokratischen Traditionen der deut- schen Geschichte zu schaffen. 1974 weihte er persönlich die *Erinnerungsstätte für die Frei- heitsbewegungen in der deutschen Geschichte* im Residenzschloss von Rastatt ein. Die Er- innerungsstätte wurde in die Obhut des Bundesarchivs gegeben. In seinen Beständen liegen zahlreiche Schrift- stücke, Flugblätter, Berichte und Korrespondenz aus der Revolu- tion 1848/49 – darunter auch Akten über die dramatischen Ereignisse in der Bundesfestung Rastatt. ✱ **Elisabeth Thalhfer**, Leiterin der Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte, Rastatt

Informationen zur Erinner- ungsstätte für die Freiheits- bewegungen in der deutschen Geschichte:

[https://www.bundesarchiv.de/ DE/Navigation/Meta/ Ueber-uns/Dienstorte/Rastatt/ rastatt.html](https://www.bundesarchiv.de/DE/Navigation/Meta/ Ueber-uns/Dienstorte/Rastatt/ rastatt.html)





»...weil es im Laufe der Revolution geschehen ist« Das Geschworenenurteil gegen Gustav Struve und Karl Blind im März 1849

Die Akten zu diesem Verfahren werden im Bestand LABW, StAF A 10/2 Hofgericht des Oberrheinkreises, Nr. 87-102, verwahrt: <https://www2.landesarchiv-bw.de/ofs21/olf/startbild.php?bestand=22819>



Nach dem Scheitern des zweiten badischen Aufstandes im September 1848, auch bekannt als *Struve-Putsch*, wurden Gustav Struve, seine Frau Amalie, sein Schwager Pedro Düsar und Karl Blind gefangen genommen. In Müllheim sollte ein Standgericht über Struve und Blind urteilen. Doch das Gericht erklärte sich für nicht zuständig, denn das Kriegsrecht – und damit die Grundlage für Standgerichte – war erst am 26. September verkündet worden, die Verhaftung der Revolutionäre erfolgte jedoch bereits am 25. September. Daher verwiesen die Richter das Verfahren an das laut einem

Gesetz vom 16. Mai 1848 für Hochverratsverfahren zuständige Hofgericht in Freiburg.

Das Schwurgericht bestand aus fünf Richtern und zwölf Geschworenen. Der Prozess begann am 20. März 1849 mit der Konstituierung der Geschworenenjury und der Verlesung der 54-seitigen Anklageschrift, die Struve und Blind des versuchten Hochverrats beschuldigte. Fast 100 Zeugen wurden in der Beweisaufnahme an den folgenden Tagen angehört. Nach den Plädoyers von Staatsanwaltschaft und Verteidigung am 28. und 29. März wurde am 30. März das Jury-Urteil verkündet und

- 1 Titelblatt aus der Akten-
serie zum Gerichtsverfahren
gegen Gustav Struve und
Karl Blind.
Vorlage: LABW StAF
A 10/2 Nr. 98
- 2 Auszug aus dem Protokoll
des letzten Verhandlungs-
tages am 30. März 1849:
Geschworenfrage zum
Aprilaufstand mit Antwort.
Vorlage: LABW StAF
A 10/2 Nr. 99
- 3 Auszug aus dem Protokoll
des letzten Verhandlungs-
tages am 30. März 1849:
Urteilsspruch des Gerichts.
Vorlage: LABW StAF
A 10/2 Nr. 99
- 4 Auszug aus dem Lied über
den »Struwel-Putsch« von
Johann Schmitt.
Vorlage: LABW StAF
T 100/1

anschließend das endgültige Urteil des Gerichts.

Die Geschworenen sollten 26 vom Gericht formulierte Fragen mit *Ja* oder *Nein* beantworten. Sechs Fragen betrafen Struves Beteiligung am Aprilaufstand 1848, von den übrigen 20 Fragen bezogen sich jeweils zehn auf Struves und Blinds Taten im Laufe des Septemberaufstandes. Die Geschworenen sollten also entscheiden, ob die Anklagepunkte, wie z. B. der Raub von öffentlichen Kassen, nachweislich vorgekommen waren.

Nach drei Stunden Beratung verkündete die Jury ihre Antworten: Die Fragen zu Struves Beteiligung am Heckerzug wurden allesamt von der Jury verneint, teilweise mit dem Zusatz *weil es im Laufe der Revolution geschehen ist*. Von den zehn Fragen zu Struve und dem Septemberaufstand wurden sechs verneint, etwa die Frage: *Ist der Angeklagte G. Struve schuldig, daß derselbe nachher zu dem Zweck [...] die Republik als Staatsform in Teutschland einzuführen, am 21. September vorigen Jahres mit einer Schaar von bewaffneten Personen in die Stadt Lörrach eingezogen [...] und die Republik als die sofort eingeführte Staatsform verkündet hat?* Bejaht wurden also nur vier Fragen: Die Geschworenen sahen es etwa als erwiesen an, dass er sich zusammen mit Karl Blind und anderen Personen im September 1848 zum Aufstand verabredet hatte. Von den zehn

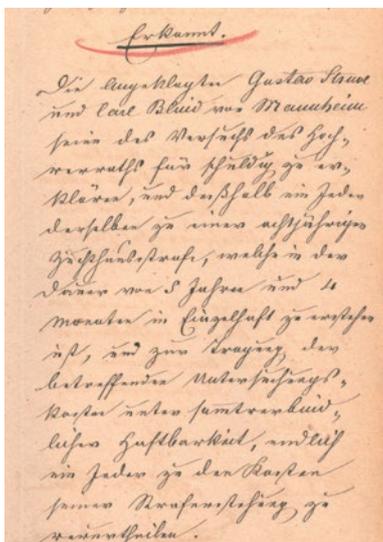
Fragen zu Karl Blinds Taten beim Septembereufstand wurden fünf bejaht und fünf verneint.

Einem Bericht der Neuen Freiburger Zeitung zufolge machte sich während der Verkündung der Antworten *auf den Gesichtern aller Anwesenden sichtliches Erstaunen* bemerkbar. Die Geschworenen hatten offenkundige und feststehende Tatsachen größtenteils verneint.

Nach kurzer Unterbrechung beantragte Staatsanwalt Eimer: *Es wolle der Gerichtshof die Angeklagten Gustav Struve und Karl Blind des Versuchs des Hochverraths für schuldig erklären und [...] zu einer achtjährigen Zuchthausstrafe verurtheilen*. Nach einer weiteren Unterbrechung wurde das Urteil vom Gericht verkündet: jeweils acht Jahre Zuchthausstrafe, davon fünf Jahre und vier Monate in Einzelhaft. Das Gericht sah den versuchten Hochverrat als erwiesen an und folgte damit dem Antrag der Staatsanwaltschaft; in der Begründung werden nur die vier Anklagepunkte erwähnt, die von den Geschworenen als erwiesen angesehen wurden, die übrigen Anklagepunkte wurden nicht berücksichtigt.

Struve und Blind wurden am 2. April 1849 nach Rastatt überstellt und bald in das Zuchthaus nach Bruchsal verlegt, wo sie zum Beginn des dritten badischen Aufstandes in der Nacht des 13./14. Mai 1849 von Revolutionären befreit wurden. ✱ **Annika Ludwig**

3

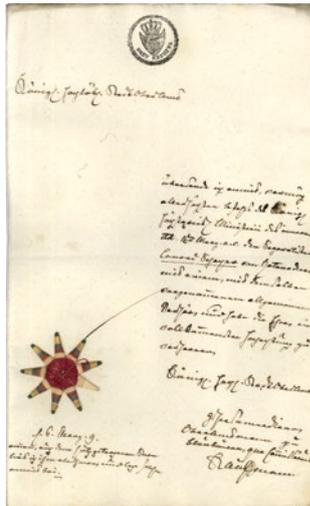


4



Radikal im Glauben

Separatisten und andere pietistische Sekten in Württemberg



1

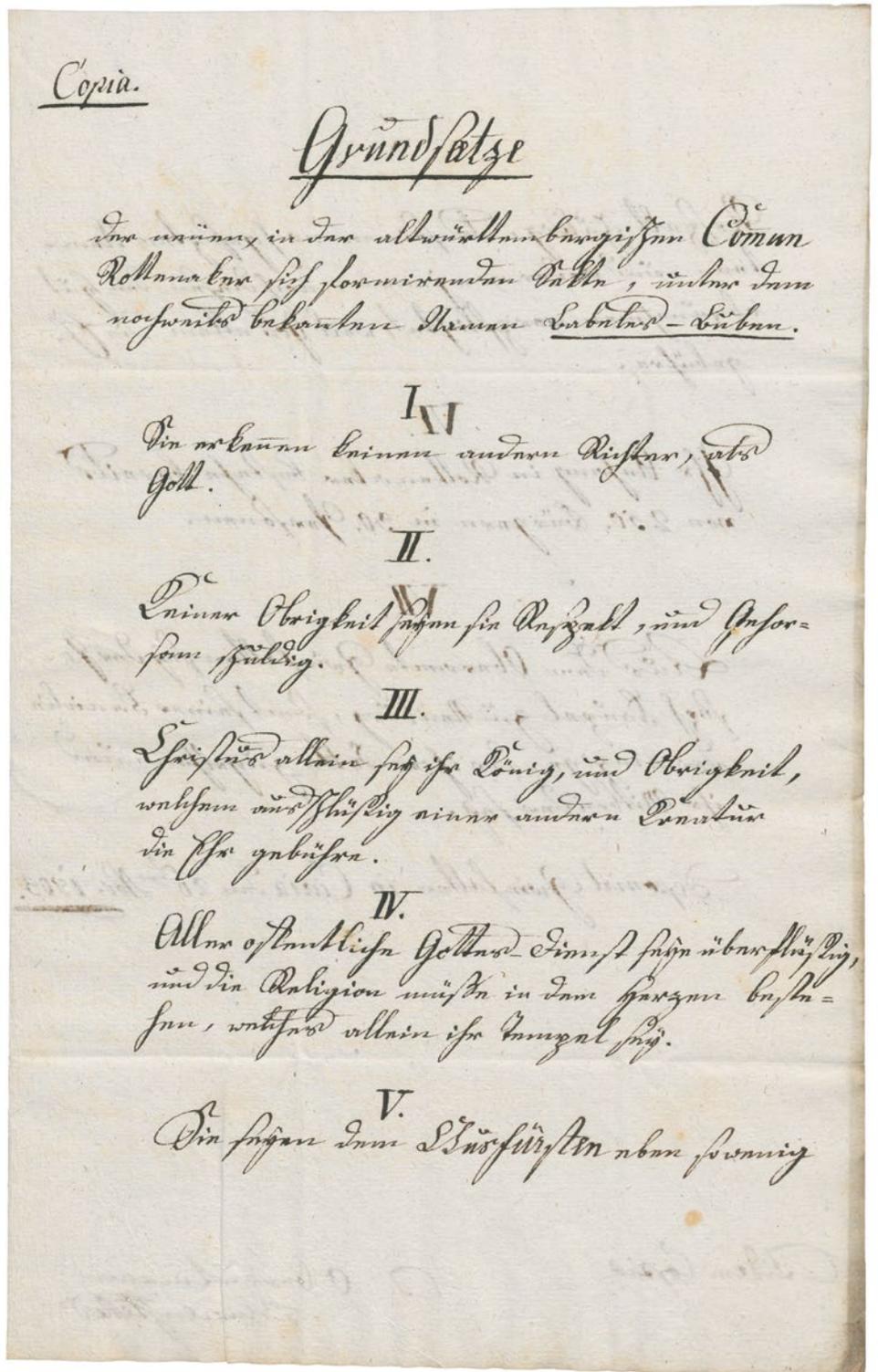
1 Abzeichen des Separatisten
Conrad Schacher, 1809.

Vorlage: LABW, StAL
D 41 Bü 5137

2 Grundsätze der
Separatisten in
Rottenacker, 1803.

Vorlage: LABW, StAL
D 7 a Bü 75

2



1 Abzeichen des Separatisten
Conrad Schacher, 1809.

Vorlage: LABW, StAL
D 41 Bü 5137

2 Grundsätze der
Separatisten in
Rottenacker, 1803.

Vorlage: LABW, StAL
D 7 a Bü 75

2



3

3 Gruppe von „Templern“ auf dem Kirschenhardthof, 1866.

Vorlage: Wikimedia

Am 3. November 1865 erschienen vor dem Bezirksrichter in Marbach der Schneider Daniel Mitsch vom Kirschenhardthof bei Erbstetten und Friederike Höfer aus Wolfsölden, um den Bund der Ehe einzugehen. Für die damalige Zeit war solch eine Zeremonie vor einem Gericht mehr als ungewöhnlich, denn Eheschließungen fanden im Normalfall in den Kirchen statt; die verpflichtende Zivilehe auf einem Standesamt, wie wir sie kennen, gab es damals noch gar nicht – sie wurde erst 1875 eingeführt. Dass in diesem Fall die Heirat vor einem Staatsbeamten vollzogen wurde, hing damit zusammen, dass die beiden der Tempelgesellschaft, einer radikalen Gruppierung innerhalb des Pietismus, angehörten und deswegen aus der Evangelischen Landeskirche ausgetreten waren. Die Möglichkeit, in diesen Fällen eine zivile Eheschließung vorzunehmen, war in Württemberg 1855 geschaffen worden.

Der scheinbar unbedeutende Vorfall zeigt, wie *radikale* religiöse Gesinnungen innerhalb

der pietistischen Bewegung die Staatsverwaltung beschäftigt haben. Die Templer, die kurze Zeit später in großer Zahl in das Heilige Land ausgewandert sind, waren dabei nur eine der Gruppierungen, die ihre Spuren in den Akten der württembergischen Behörden hinterlassen haben. Anfang des 19. Jahrhunderts – teilweise auch schon früher – hielten die *Separatisten* die Staatsgewalt mit ihren Aktivitäten in Atem. Diese *Radikalpietisten* glaubten, dass sich wahres Christentum nur außerhalb der Amtskirche verwirklichen ließ und nahmen deshalb nicht an Gottesdiensten und Abendmahlsfeiern teil. Problematischer wurde es für die Obrigkeit, wenn sie sich weigerten, Hebammen bei der Geburt beizuziehen, ihre Kinder zur Schule zu schicken oder Huldigungseide zu leisten, oder wenn sie sich dem Militärdienst zu entziehen versuchten. Als radikal im umstürzlerischen Sinne empfanden sich diese Pietisten nicht – diese Bezeichnung gab man ihnen erst Ende des 19. Jahrhunderts –, wohl aber als besonders konsequent in ihrem christlichen Glauben.

Nichtsdestoweniger sind die Akten der württembergischen Behörden zu Beginn des 19. Jahrhunderts voll von Querelen mit entschiedenen Pietisten, die sich von der Amtskirche *separiert* hatten. Wenn sie ihre Kinder nicht zur Schule schickten, griff man ein und verbrachte diese zwangsweise in Waisenhäuser. Renitente Erwachsene inhaftierte man auch schon einmal. Um einen Überblick über die Zahl solch religiöser Sektierer zu bekommen, wurden sie systematisch erfasst und Listen der Familien erstellt, die sich als Separatisten verstanden. Viele versuchten sich dem staatlichen Druck durch Auswanderung zu entziehen und gründeten in Amerika oder Russland pietistische Gemeinden.

Manches, auf das sich die Separatisten beriefen, zum Beispiel das Recht, aus Gewissensgründen den Wehrdienst zu verweigern, mutet sehr modern und zukunftsweisend an. Auch dass man ihnen die Möglichkeit einräumte, eine Zivilehe einzugehen, weist in eine Zeit voraus, in der die zivilrechtliche Gültigkeit einer Eheschließung nicht mehr von einer kirchlichen Zeremonie abhing. Andererseits erinnert ihr Widerstand gegen staatliche Verpflichtungen wie den Schulbesuch oder die Huldigung an Aktivitäten manch radikaler Gruppierung in der heutigen Zeit, die wie die *Reichsbürger* die Autorität des Staates generell in Zweifel ziehen. Auch die Reaktion des Staates mit Zwangsmaßnahmen und systematischer Überwachung sieht heute nicht viel anders aus. Wie immer lohnt sich also auch in diesem Fall ein Blick ins Archiv, um Traditionslinien *radikalen* Verhaltens zu studieren.

* Peter Müller

Zwischen Duldung und Landesverweis

Der russische Politiker und Ökonom Peter Struve als Redakteur in Stuttgart (1902–1904)

¹ Peter Struve (1870–1944).
Foto, um 1905.

Vorlage: Wikipedia.
(Runivers)

¹



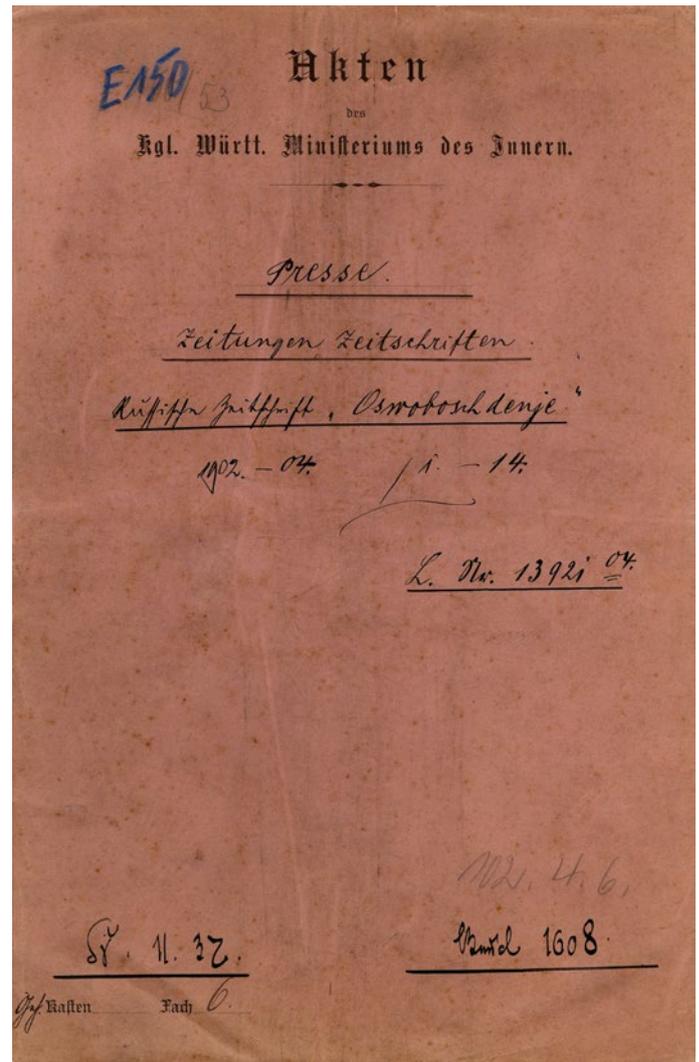
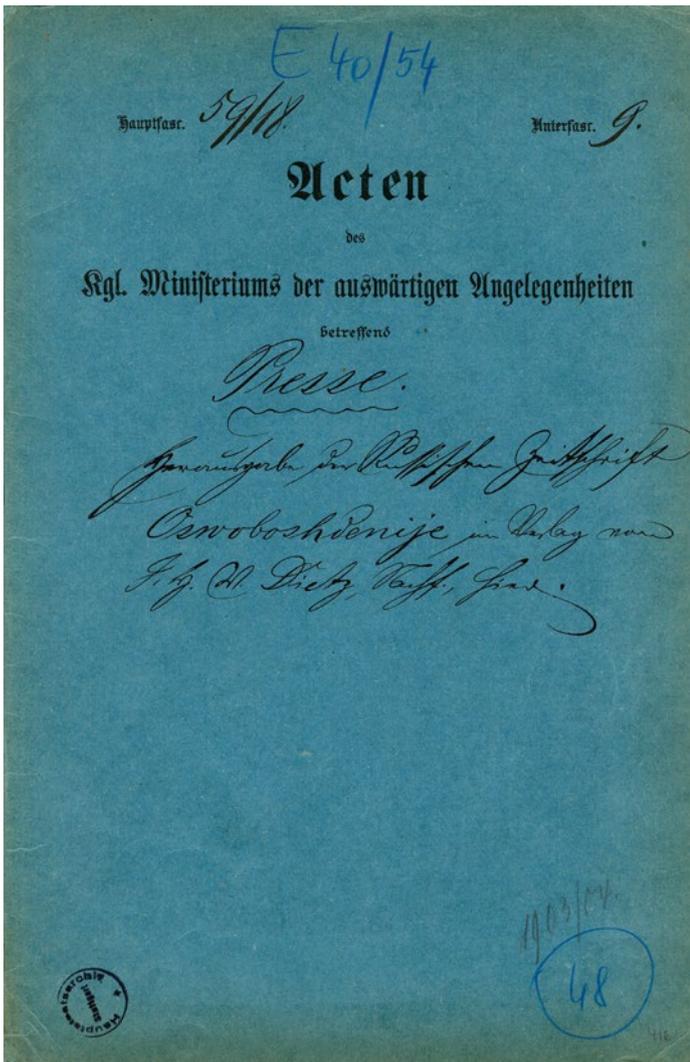
Im Herbst 1903 stieß die Staatsanwaltschaft Königsberg bei der Durchsuchung eines Hauses im ostpreußischen Memel auf Beweismaterial, das den Verdacht heimlicher Pressekontakte nach Russland erhärtete. Rasch geriet die russische Staatsangehörige Nina Struve geb. Herd (1868–1943) aus Stuttgart ins Fadenkreuz der Ermittler, hatte man doch einen von ihr verfassten Brief beschlagnahmt. Auf Betreiben der preußischen Strafverfolgungsbehörde wurde das Stuttgarter Stadtpolizeiamt in den Fall eingeschaltet. Am 9. Dezember 1903 begaben sich zwei Kriminalbeamte in den Stadtteil Gaisburg, um das dortige Domizil der Eheleute Struve überraschend zu inspizieren.

Verheiratet war die Tatverdächtige mit dem 1870 in Perm geborenen Publizisten Peter Struve. Sein dem deutsch-baltischen Adel entstammender Vater war Gouverneur im Zarenreich gewesen, aber 1879 für einige Jahre nach Stuttgart übersiedelt, wo der Sohn die Schule besuchte. In Sankt Petersburg studierte Peter Struve seit 1890 Rechtswissenschaften und beteiligte sich an marxistischen Treffen, bei denen er Lenin begegnete. 1896 reiste er zum Internationalen Sozialistenkongress nach London, redigierte fortan mehrere politische Zeitschriften und bemühte sich, als Vertreter des gemäßigten Flügels der russischen Marxisten gegenüber den Radikalen zu vermitteln. Nach einer Kundgebung in Sankt Petersburg wurde Struve im März 1901 verhaftet, konnte aber auf Umwegen nach Stuttgart entkommen.

Unterstützt von einem kleinen Redaktionsteam gründete Struve die linksliberale Halb-

monatsschrift *Oswoboshdenje (Befreiung)*, die erstmals im Juli 1902 bei dem sozialdemokratischen Verleger J. H. W. Dietz in Stuttgart erschien. Das Blatt, an dem auch Maxim Gorki und Anton Tschechow mitzuwirken versprochen, warb für durchgreifende politische Reformen in Russland. Unter *politischer Befreiung* verstanden Struve und seine Mitstreiter die Etablierung einer konstitutionellen, auf der Zustimmung des Volkes basierenden Regierung, die Abschaffung von Beamtenwillkür und polizeilicher Bevormundung, die Gleichheit vor dem Gesetz, Presse-, Versammlungs- und Religionsfreiheit. Die württembergischen Behörden betrachteten die Zeitung als *ungefährlich*; auch der Berliner Polizeipräsident konnte keinen *anarchistischen oder revolutionären Charakter* erkennen.

Der russischen Regierung hingegen war die in Stuttgart produzierte, illegal ins Land geschmuggelte und überaus einflussreiche Zeitung ein Dorn im Auge. Beharrlich observierten Agenten des zaristischen Geheimdienstes Struves Mietshaus, in dem sich auch die Redaktionsräume befanden. Tatsächlich brachte die polizeiliche Razzia am 9. Dezember 1903 ein von Nina Struve unter der Verwendung von Deckadressen organisiertes Netzwerk oppositioneller Kräfte ans Licht. Gefunden wurden nicht nur große Mengen russischsprachiger Druckschriften, sondern auch eine Vielzahl von Adressen, Umschlägen und Briefmarken der verschiedensten europäischen Staaten. Allerdings reichte das beschlagnahmte Material nicht aus, weitere Maßnahmen



2

3

2, 3 Herausgabe einer russischen Zeitschrift in Stuttgart. Aktendeckel des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten und des Ministeriums des Innern, 1902–1904.

Vortage: LABW, HStAS
E 40/54 Bü 48 und E 150
Bü 5483

zu ergreifen. Dass sich die Stuttgarter Polizei bei ihrer voreiligen, politisch unkoordinierten Aktion zum Handlanger ausländischer Interessen gemacht hatte, stieß bei deutschen Liberalen und Sozialdemokraten auf harsche Kritik.

Als der russische Innenminister Wjatscheslaw von Plehwe im Juni 1904 auf diplomatischem Weg vorstellig wurde, die Zeitschrift *Oswoboshdenje* von deutscher Seite vollständig zu unterdrücken oder wenigstens deren Herausgeber auszuweisen, blieb das württembergische Ministerium des Innern standhaft. In einer Geheimnote an das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten vom 27. Juli 1904 erklärte es, die Gesetzgebung biete keinerlei Handhabe zu einem Verbot des in

Stuttgart erscheinenden Blattes. Ebenso wenig könne gegen Peter Struve, der ein durchaus achtbarer Mann sei, ein Ausweisungsverfahren eingeleitet werden.

Zu diesem Zeitpunkt hatten Peter und Nina Struve bereits eine Villa in Paris gemietet, wohin sie im September 1904 die Redaktion der *Oswoboshdenje* verlegten. Nach der Revolution von 1905 und der Proklamation der Pressefreiheit kehrte Struve nach Russland zurück und war Mitbegründer der Konstitutionell-Demokratischen Partei, die er in der Zweiten Staatsduma vertrat. Er blieb publizistisch tätig, musste als Gegner der Bolschewisten aber 1920 emigrieren. Struve starb 1944 in Paris.

* Albrecht Ernst

MORD!

Am Freitag, den 26. August 1921 Vormittags gegen 11 Uhr wurden auf der Kniebischstraße zwischen Griesbach und Alexanderschanze die Reichstagsabgeordneten Erzberger, seit 19. VIII. 1921 zur Kur im Bad Griesbach, und Dieß, seit 24. VIII. 1921 vorübergehend in Peterstal, überfallen. Dieß erhielt einen Schulterschuß. Erzberger ist durch mehrere Schüsse getötet.

Die Tat ist begangen durch zwei junge Männer.

Verdächtig sind die nachbeschriebenen beiden Personen, die vor der Tat in Griesbach aufhielten.

Beschreibung.

1) **Der Größere:** 25 bis 30 Jahre alt, blond, stehendes oder zurückgestrichenes Haar, kleiner Schnurrbart, finstere Gesichtsausdruck, Kneifer, Sportsanzug, der teils als schwarzgrau, teils als rotfarben bezeichnet wird. Die Gewebeart wird als home spun bezeichnet. Sportsstrümpfe. Ohne Hut. Am linken Ohr oben graues Geköpflester.

2) **Der Kleinere:** dunklere Haare, beigefarbener oder rotbrauner Sportsanzug (home spun) Sportsstrümpfe. Ohne Hut. Einer der beiden soll einen Umhang an der Seite an einem Lederrücken oder am Gürtel des Sportroches getragen haben.

Am Tatort wurden gefunden:

Eine unabhgeschossene Patrone (9 mm), auf dem Hülsenboden gezeichnet „9. 18. S“, ferret vier Hülsen (9 mm), davon zwei gezeichnet „6. 18. S“, eine „9. 18. S“, eine „8. 18. R. M. S.“; fünf Hülsen (7,65 mm), gezeichnet „R. M. * S.“

Belohnungen.

I. Das badische Justizministerium hat am 26. August 1921 auf Ermittlung der Täter eine Belohnung von

== 20,000 Mark ==

ausgesetzt.

II. Die Reichsregierung hat am 27. August 1921 mit Rücksicht darauf, daß bei der Ermordung des Abgeordneten Erzberger die Möglichkeit eines politischen Mordes gegeben ist, eine Belohnung von

== 100,000 Mark ==

auf die Ermittlung der Täter oder der Anstifter ausgesetzt. Für die Verteilung der Belohnung ist die badische Landespolizei zuständig.

Sachdienliche Angaben werden an die badische Staatsanwaltschaft Offenburg oder an die nächste Gendarmerie oder Polizei erbeten.

Badische Staatsanwaltschaft Offenburg.

»Gegen die Auswüchse der Demokratie« Die Organisation Consul und die Ermordung Matthias Erzbergers

1 Fahndungsplakat nach den Mördern von Matthias Erzberger.

Vorlage: LABW, StAF F 179/4 Nr. 41

2 Matthias Erzberger, Weimar 1919.

Aufnahme: Diethart Kerbs

Vorlage: Bundesarchiv, Bild 146-1989-072-16 / CC BY-SA 3.0 DE

Dass ich schon Monate vor meiner Tat in einem Zustand ständiger Erbitterung und Verbissenheit verbracht habe, die durch die hoffnungslose, politische Zerrissenheit und Ohnmacht Deutschlands ausgelöst wurde. Die Tat, von der hier die Rede ist, ist der Mord an Matthias Erzberger. Durchgeführt wurde sie von Heinrich Schulz und Heinrich Tillessen, der hier, 25 Jahre später, seinen geistigen Zustand vor dem Mord in einem Verhör schildert. Beide Männer waren Mitglieder der Organisation Consul, einer Geheimorganisation, die aus dem Freikorps Marine-Brigade-Ehrhardt hervorgegangen war, und deren Ziel es war, die Demokratie der Weimarer Republik gewaltsam zu zerstören.

Die Organisation Consul fasste nationalgesinnte Männer zusammen. Die Auffassung in den Kreisen der Organisation Consul richtete sich gegen Auswüchse der Demokratie. [...] Insbesondere wurde in unseren Kreisen bekämpft Erzberger, als Führer der linken Seite des Katholizismus.

Matthias Erzberger hatte 1918 als Leiter der Waffenstillstandskommission den Waffenstillstand von Compiègne mitunterzeichnet und damit den Hass rechter, nationalistischer Kreise auf sich gezogen. Im August 1921 machte er mit seiner Familie einen Erholungsurlaub im Schwarzwald. Dorthin fuhren auch Tillessen und Schulz, die zuvor vom Leiter der militärischen Abteilung der Organisation Consul den Auftrag zur Ermordung Erzbergers erhalten hatten. Am 26. August machte Erzberger gemeinsam mit seinem Parteifreund Carl Diez einen Spaziergang oberhalb von Griesbach, bei dem die Attentäter die Politiker abfingen und mehrfach auf sie schossen. Nachdem Erzberger eine Böschung hinuntergefallen war, töteten sie ihn aus nächster Nähe.

Die Staatsanwaltschaft Offenburg führte umfangreiche Ermittlungen durch und kam schnell auf die Spur der beiden Täter sowie auf die hinter dem Mord stehende Organisation.

Tillessen und Schulz konnten jedoch ins Ausland fliehen und einer Verurteilung entgehen. Trotz der Aufdeckung der Strukturen der Organisation Consul im Zuge der Ermittlungen und der Verhaftung führender Mitglieder, konnte sie sich schnell reorganisieren und weitere Mordanschläge verüben, so jenen auf Walther Rathenau 1922. Die Absicht dahinter war, einen linken Aufstand zu provozieren, welcher dann von der Organisation Consul gemeinsam mit der Reichswehr hätte bekämpft werden sollen, mit dem letztendlichen Ziel, die Reichsregierung und die Republik zu stürzen. Dieser Plan ging jedoch nicht auf; eine linke Revolte kam nicht. Stattdessen wurde 1922 ein Republikenschutzgesetz erlassen und die Organisation Consul und weitere rechtsradikale Gruppen verboten. Spätere Versuche, die zerschlagene Organisation wiederaufzubauen, hatten keinen großen Erfolg.

Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten konnten Tillessen und Schulz aufgrund einer Straffreiheitsverordnung unbehelligt nach Deutschland zurückkehren. Erst nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurden die beiden Mörder verhaftet und angeklagt. Zunächst freigesprochen, wurde Tillessen nach einer Intervention der Französischen Militärregierung 1947 wegen Mordes zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Heinrich Schulz wurde 1950 wegen Totschlags zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. Bei beiden wurde die Strafe 1952 zur Bewährung ausgesetzt. ✱ **Annette Riek**

2



Die Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft Offenburg gegen Heinrich Schulz und Heinrich Tillessen sind online einsehbar. LABW, StAF F 179/4: <http://www.landesarchiv-bw.de/plink/?f=5-10053&a=fb>





Wenn das Archiv schweigt

Radikales Theater im Stuttgart der Zwanzigerjahre im Spiegel der Akten

Die Zwanzigerjahre des vorigen Jahrhunderts waren für die Theater in Deutschland eine Zeit des radikalen Aufbruchs. An den Opernhäusern gab es eine Fülle an Uraufführungen von Musiktheaterstücken, die nicht nur wegen ihrer Musik Aufsehen erregten, sondern nicht selten auch gewagte Inhalte präsentierten. Im Schauspiel versuchte man sich ebenfalls an neuen Ausdrucksformen und Inhalten.

Auch am Stuttgarter Landestheater wurde unter dem Generalintendanten Albert Kehm eine ganze Reihe solch moderner Stücke auf die Bühne gebracht. Die Experimentierfreude

war groß; zahlreiche Ur- und Erstaufführungen standen auf dem Spielplan. Werke bekannter zeitgenössischer Komponisten wie Walter Braunfels, Paul Hindemith, Ernst Krenek, Franz Schreker, Igor Strawinsky oder Kurt Weill wurden aufgeführt, aber auch Musiktheaterstücke heute vergessener Künstler wie etwa Robert Peterka aus Brünn. 1922 hat Oskar Schlemmers experimentelles *Triadisches Ballett*, sogar Theatergeschichte geschrieben; auch die Uraufführung der beiDa es auch an Bühnenbild- und Kostümentwürfen mangelt, ist man im Wesentlichen auf die spärlich

- 1 Inszenierungsfoto aus der Erstaufführung der deutschen Fassung von Arrigo Boitos selten gespielter Oper »Nerone« (1928). Dass die Szene mit dem römischen Gruß, der hier fotografisch dokumentiert wurde, als versteckte Kritik an den Nationalsozialisten und ihrem »Deutschen Gruß« gedacht war, ist zumindest denkbar.

Vorlage: LABW, StAL
E 18 III Bü 312

- 2 Inszenierungsfoto aus Bert Brechts Stück »Das Leben Eduards II. von England« (1929), in dessen Mittelpunkt eine homosexuelle Beziehung steht. Der gewagte Inhalt wurde hier in klassischen Kostümen auf die Bühne gebracht.

Vorlage: LABW, StAL
E 18 III Bü 164

- 3 Inszenierungsfoto aus Ossip Dymows Theaterstück »Schatten über Harlem« (1930). Die laszive Szene mit einem Schwarzen und einer Tänzerin in einem Nachtclub wurde von rechtsnationalen Kreisen besonders heftig kritisiert.

Vorlage: LABW, StAL
E 18 III Bü 348

überlieferten Inszenierungsfotos angewiesen, wenn man sich einen optischen Eindruck von der jeweiligen Inszenierung verschaffen möchte. Sieht man einmal von *Schatten über Harlem* ab, sind aber leider gerade von den besonders spektakulären Aufführungen keine Aufnahmen überliefert. Ob sie nach 1933 bewusst *entsorgt* wurden oder ob man in den zwanziger Jahren auf eine fotografische Dokumentation (noch) keinen allzu großen Wert legte, lässt sich heute nicht mehr feststellen. Es fällt allerdings auf, dass aus der Zeit des Nationalsozialismus eine vergleichsweise dichte fotografische Überlieferung existiert.

Lohnend kann ein Blick in die Aufführungsakten sein, in denen es um den Rechteerwerb an den jeweiligen Stücken geht. Hie und da finden sich dort Korrespondenzen, die erahnen lassen, wie man im Theater mit den ihrerseits radikalen Protesten rechtsnationaler Kreise gegen solch moderne Aufführungen umzuge-

hen versuchte. So wagte man es beispielsweise nicht, die erfolgreiche Oper *Jonny spielt auf* von Ernst Krenek mit einem schwarzen Künstler als Hauptfigur auf die Bühne zu bringen. Eine Aufführung von Kreneks Kurzoper *Die Zwingburg* kam nicht zustande, weil man Proteste wegen der revolutionären Tendenz des Stücks befürchtete. Und auch die 1932 ins Auge gefasste Aufführung von Alban Bergs Oper *Wozzeck* wurde abgeblasen. Dass die Kritik häufig rassistisch oder antisemitisch motiviert war, lässt sich an der dichten Überlieferung zu *Schatten über Harlem* ablesen, die auch Publikumszuschriften enthält. 1933 war es mit der *Moderne* am Stuttgarter Theater erst einmal vorbei. Allerdings glaubte die neue nationalsozialistisch orientierte Intendanz ihrerseits, die künstlerische Ausrichtung des Theaters radikal zu erneuern, indem sie es der nationalen Sache dienstbar machte und von vermeintlich „entarteten“ Kunstwerken befreite. ✱ **Peter Müller**



HAUTE COMMISSION ALLIÉE EN ALLEMAGNE

22

COMMISSARIAT POUR LE LAND
WURTEMBERG-HOHENZOLLERN

Tubingen, le 13 MARS 1950 19.....

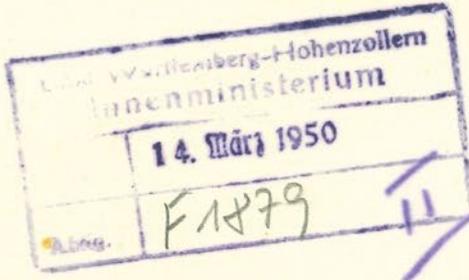
AFFAIRES POLITIQUES

No. 7969/AP/INT/RB/IK

Le Commissaire pour le Land
Wurtemberg-Hohenzollern

à

Monsieur le Président d'Etat
du Wurtemberg - Hohenzollern
(Ministère de l'Intérieur)
Abteilung II



Beaufehant,
TUBINGEN.

OBJET: Création du parti politique "Frei-Soziale Partei".

En confirmation de l'entretien téléphonique du 7.3.1950 tenu entre un fonctionnaire de mon Commissariat et un représentant de vos services, j'ai l'honneur de vous faire connaître que j'autorise le parti politique "Frei soziale Partei" dont le Président provisoire est Monsieur SCHNECKENBURGER résidant à SCHWENNINGEN, Mützenbühl-Str.23 à exercer son activité dans la province du Wurtemberg-Hohenzollern.

Les responsables de ce parti devront se conformer à la législation en vigueur relative à la constitution des partis politiques.

Je vous prie de vouloir bien notifier cette décision aux autorités allemandes compétentes.



J. H. ...

Imprimerie Nationale (Tubingen). — 939 J. 10-9572 (Me)

Ms. 3.50
17.11
D. ...

Ref.: 3166/5
Eing.: 16/3.50

Vom schwierigen Umgang mit der Demokratie

Die Gründung der Radikal-Sozialen Freiheitspartei in Württemberg-Hohenzollern

¹ Der französische Landeskommissar der Alliierten Hohen Kommission in Deutschland, Oberst Guillaume Widmer, erlaubt der »Frei-Sozialen Partei«, der früheren »Radikal-Sozialen Partei«, sich politisch in Württemberg-Hohenzollern zu betätigen (13. März 1950).

Vorlage: LABW, StAS
Wü 40 T 12 Nr. 166

Die Bildung politischer Parteien nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches wurde durch die Militärregierung in der französischen Besatzungszone für längere Zeit bewusst hinausgezögert. Während im amerikanischen Einflussbereich bereits im August 1945 Parteien eine Zulassung beantragen konnten, wollten die misstrauischen Franzosen zunächst sogenannte Antifa-Ausschüsse als politische Säuberungsinstrumente wirken lassen, ehe mit der Zulassung von Gewerkschaften ein sozialer Ordnungs- und später mit der Neugründung von Parteien ein politischer Gestaltungsfaktor geschaffen werden sollte. Erst Mitte Dezember 1945 ermöglichte eine Verordnung die *Gründung politischer Parteien demokratischer und antinationalsozialistischer Richtung im französischen Besatzungsgebiet*. Es sollte allerdings noch bis zum 18. März 1946 dauern, bis Militärgouverneur Guillaume Widmer die Gründung von SPD, CDU und KPD in Württemberg-Hohenzollern genehmigte. Die DVP, die spätere FDP, musste sogar noch bis Juli 1946 warten, waren die Besatzungsbehörden doch anfangs nicht davon zu überzeugen, dass die Parteivertreter ein hinreichend antinationalsozialistisches Verhalten an den Tag gelegt hätten.

Drei Jahre später erhielt eine fünfte politische Kraft im Lande, die *Sammlung zur Tat*, die Approbation auf Landesebene, obwohl die Militärregierung der Neugründung von Parteien im Vorfeld der Bundestagswahl eigentlich ablehnend gegenüberstand. Dieser befremdlichen Blockadehaltung, die sich auch die Landesregierung Württemberg-Hohenzollerns zu eigen machte, fiel die *Radikal-Soziale Freiheitspartei*

zum Opfer. Deren Vertreter hatten bereits im April 1949 die Zulassung bei französischen Dienststellen beantragt. Weil dort der Antrag *verloren ging*, legte die Geschäftsführung im Juli ein neues Gesuch vor, diesmal durch persönliche Aushändigung im Innenministerium. Aber selbst die deutschen Behörden waren – vielleicht auch wegen des *radikalen* Parteinamens – nicht geneigt, das legitime Ansuchen zu unterstützen. Im Gegenteil: Das Kabinett der Landesregierung beauftragte im September 1949 das Innenministerium, der Militärregierung zu erklären, *daß nach Inkrafttreten des Besatzungsstatuts keine Möglichkeit mehr bestehen werde, die Bildung von Parteien, die dem Art. 9 des Grundgesetzes Genüge tun, zu verhindern*. Daher sei der Militärregierung zu empfehlen, den Antrag der Partei, *deren Programm auf dem Gebiet des Geldwesens wissenschaftlich längst widerlegt sei und deren Zulassung nur geeignet wäre, Verwirrung zu stiften, bis zum Inkrafttreten des Besatzungsstatuts auf sich beruhen zu lassen*. Innenminister Viktor Renner (SPD) ergänzte in seiner amtlichen Stellungnahme ausdrücklich, dass eine Zulassung der Partei *nicht erwünscht* sei. Erst nach massiven Protesten und dem Hinweis auf die bereits längst erfolgten Genehmigungen in Südbaden und Rheinland-Pfalz kamen Militär- und Landesregierung im Februar 1950 zu der gemeinsamen Überzeugung, dass man *diese Partei wohl zulassen müsse*. Am 13. März 1950 schließlich ermächtigte der französische Landeskommissar die inzwischen in *Frei-Soziale Partei* umbenannte Gruppierung, sich politisch in Württemberg-Hohenzollern zu betätigen. ✱ **Franz-Josef Ziwes**

Zwischen Gedanke und Tat Radikalität in der Klientel des Landesgewerbeamts



1

Die Betreuung von Erfindern war nur eines von vielen Wirkungsfeldern des Landesgewerbeamts Baden-Württemberg, neben Finanzierungshilfen für Klein- und Mittelbetriebe und für die wirtschaftsnahe Forschung, Unterstützungsmaßnahmen für die berufliche Aus- und Fortbildung, Ausstellungen und der Sammlung vorbildlicher Designobjekte in der Tradition des einstigen weltberühmten Stuttgarter Landesgewerbemuseums. Daneben hatte das Landesgewerbeamt hoheitliche Aufgaben, so im Eich- und Beschusswesen. Der nun erschlossene Bestand LABW, StAL EL 500 III im Staatsarchiv Ludwigsburg gehört mit seinen 120 Metern und über 2.500 Archivalieneinheiten mithin zu den wichtigsten Überlieferungsressourcen der Wirtschafts- und Kulturgeschichte Baden-Württembergs.

<http://www.Landesarchiv-bw.de/plink/?f=2-3194>



Radikalität des Denkens führt nicht selten zur Radikalität des Handelns. Und wer sich mit Erkenntnissen begnadet weiß, die geeignet sind, Natur und Leben von Grund auf umzuschaffen, wird damit nicht hinterm Berg halten wollen. Anerkennung seiner Ideen (und beiläufig auch seiner Person) ist ihm ein Grundbedürfnis. Die im Umgang mit innovativen Köpfen erprobten Mitarbeiter des Landesgewerbeamts Baden-Württemberg wussten davon gleich mehrere Lieder zu singen. Einmal feierlich-pathetisch: *Immer wieder ist ein Erlebnis, wenn man liest, wie unsere schwäbischen Erfinder mit tiefem Ernst und auch mit großem Wagemut die Dinge angefasst und mit einer beispiellosen Zähigkeit durchgesetzt haben.* (LABW, StAL EL 500 III Bü 2399). Ein andermal, eher herabgestimmt: *Eines ist sicher: daß Erfinder aus Beruf zur schlimmsten Sorte Mensch gehören, die einem außer Zeit nichts kosten, dafür aber auch nichts bringen.* (LABW, StAL EL 500 III Bü 214). Zu dieser Kategorie gehörte Walter Menzl, Betreiber des in Überlingen ansässigen *Freien*

Philosophischen Instituts und Autor einer *Totalschau des Universums*, rhetorisch sehr gewandt und temperamentvoll in seiner Darlegung, so die Beurteilung durch die behördlichen Menschenkenner, an die er sich im November 1955 mit der Hoffnung gewandt hatte, Verständnis für die von ihm entdeckte Umwandlung statischer in dynamische Energie zu finden. Vergebens. In Stuttgart diagnostizierte man lediglich fehlerhaftes Denken bei einem *an sich hochgebildeten Menschen*. Dem, enttäuscht über die ausbleibende Nachfrage nach seinem Ideensortiment, gelang es gut drei Jahre später tatsächlich, in der Öffentlichkeit von sich reden zu machen, mittels einer ganz speziellen temperamentvollen Darlegung. In der Münchner Alten Pinakothek bewährte Menzl seine eigene dynamische Energie durch ein Säureattentat auf Rubens' *Höllenstein der Verdammten* (das übrigens radikaler in den Bildbestand eingriff als die zweckverwandten Kartoffelpüree-Performances heutiger Idealisten). Der Erfolg: Sensation in den Medien, kurzfristig ... und längerfristig drei Jahre Gefängnis nebst Leistung von 800.000 DM Schadensersatz. Der gedanklichen Radikalität des Weltneuschöpfers tat das keinen Abbruch, Titel späterer Veröffentlichungen wie *Niemand stirbt wirklich* und *Jeder lebt ewig* sprechen für sich. Zu haben ist ewiges Leben bekanntermaßen aber nur in der Literatur. Und da stehen Menzls Chancen nicht einmal schlecht, gab seine Münchner Aktion doch die Blaupause ab für den Beginn von Robert Menasses Roman *Selige Zeiten, brüchige Welt*. ✱ **Carl-Jochen Müller**

1 »Energieumwandler Menzel im Licht gewonnener Aufmerksamkeit«, 1959.

Vorlage: Keystone Press / Alamy Stock Foto

2 »... absolut bewies, daß mein Prinzip richtig ist« - Menzls aktennotorische Radikalität.

Vorlagen: LABW, StAL
EL 500 III Bü 214

1

Nr. 5010-M 413/1 Ham/Mu

Den 10. Dezember 1955

Betreff: Erfindungsvorschlag Menzel, Walter;
Überlingen a.B.

Aktenvermerk über eine Besprechung im LGA am 5.12.1955

Anwesend: Herr Menzel
Herr Rogowski
Dr. Eppler
Dipl.-Ing. Hammler

Herr Menzel ist von Haus aus Philosoph, rhetorisch sehr gewandt und temperamentvoll in seiner Darlegung. Er glaubt, durch einen mechanischen Kunstgriff statische Energie in dynamische umwandeln zu können. Herr Rogowski wohnte der Besprechung als technischer Vertrauensmann eines Geldgebers bei. Dr. Eppler von der T.H. Stuttgart war als Sachverständiger geladen.

Die Besprechung ergab, daß Herr Menzel sich von der Fehlerhaftigkeit seines Denkens nicht überzeugen ließ, wenn die hierzu herangezogenen Argumente der technischen Mechanik entlehnt waren. Da Herr Menzel andererseits die Richtigkeit seiner Gedankengänge auch nicht nachweisen konnte, verlief die Besprechung zunächst ohne Ergebnis für den Erfinder. Da dieser an sich hochgebildete Mensch mit diesem Besprechungsergebnis nicht abgefunden werden kann, wurde vereinbart, eine neue Besprechung einzuberufen, sowie das zurzeit angeblich im Bau befindliche Versuchsmodell, das die Richtigkeit seiner Überlegungen beweisen soll, fertiggestellt ist. Herr Menzel wird die Fertigstellung dieses Modells rechtzeitig bekanntgeben.

WV. 1.2.1956 *mh*

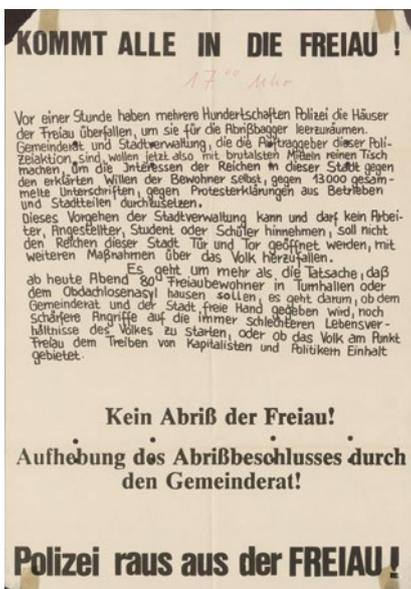
Wieder vorgelegt
Am 1.2.56

1) Herr Menzel hat sich nicht gemeldet. Es ist nichts zu tun.
2) Z. d. A.

Ham
10.12.55

Ham
3.2.56

» Kommt alle in die Freiau!« Auseinandersetzung um eine Freiburger Arbeitersiedlung



1

Wer sich heute mit dem Auto vom Freiburger Hauptbahnhof in Richtung Schwarzwald aufmacht, schwenkt nach Überqueren der Dreisam in einem leichten Bogen auf die B 31 ein. Dabei dürfte den wenigsten Autofahrern bekannt sein, dass sich Mitte der 1970er Jahre genau an dieser Abzweigung eine der ersten Auseinandersetzungen um besetzten Wohnraum in Freiburg abgespielt hat.

Dort befand sich die ehemalige Arbeitersiedlung Freiau, die nach dem Krieg 1870/71 in Holzbauweise durch eine Firma aus dem Raum Straßburg als Reparationsleistung an der Bahnlinie unweit der Dreisam und des Freiburger Hauptbahnhofs errichtet worden war. Sie bestand aus zehn Häuserreihen mit je fünf Häusern, welche bereits seit mehreren Jahren im Besitz der Stadt Freiburg waren.

Um Platz für die Anbindung des innerstädtischen Straßenverkehrs an den Autobahnzubringer Freiburg-Mitte zu schaffen, wurde das Gelände der Freiau benötigt. Dafür mussten fünf der zehn Häuserreihen weichen. Bereits im August 1974 waren die ersten beiden Reihen sowie zwei benachbarte Gebäude unter Polizeischutz abgerissen worden. Den Mieterinnen und Mietern war zuvor gekündigt und Ersatzwohnungen angeboten worden. Nicht alle nahmen das Angebot an und es folgte eine juristische und politische Auseinandersetzung zwischen den Bewohnern und der Stadt Freiburg. Es bildete sich ein Mieterrat, welcher den Protest und den Widerstand gegen den Abriss der Gebäude zu koordinieren versuchte.

Schon damals war die Wohnungslage in Freiburg stark angespannt und bezahlbarer Wohnraum knapp. Einige der Wohnungen in der Freiau waren über das Studentenwerk der Universität Freiburg günstig an Studierende vermietet worden. Auch sie erhielten eine fristgerechte Kündigung. Mehrere Bewohnerinnen und Bewohner weigerten

sich aus den Häusern auszuziehen und wurden so von Mietern zu Hausbesetzern. Im Juni 1975 begannen von Seiten der Polizei die Vorbereitungen für eine Zwangsräumung der noch zum Abriss vorgesehenen drei Häuserreihen.

Nach den bisherigen Aktivitäten der Bewohner muß damit gerechnet werden, daß sie der Zwangsräumung erheblichen Widerstand entgegensetzen werden [...]. Massiver Kräfteeinsatz ist nach bisherigen Erkenntnissen das mildeste Mittel, um den polizeilichen Zweck [...] zu erreichen.

Etwa 800 zusätzliche Einsatzkräfte aus ganz Baden-Württemberg wurden für den bis dahin größten Polizeieinsatz in der Geschichte der Stadt Freiburg angefordert. Am 13. August 1975 gegen 9.15 Uhr zogen die Polizeikräfte vor der Freiau auf und begannen mit der Räumung. Zu diesem Zeitpunkt waren in den Häusern etwa 200 Personen anwesend. Es kam zu kleineren Auseinandersetzungen, bei denen einige Polizeibeamte und Hausbesetzer leicht verletzt wurden. Auch wurden die Einsatzkräfte mit Farbbeuteln beworfen, doch war der Widerstand gegen die Aktion weit weniger massiv, als von der Polizei befürchtet. Bereits um 10.06 Uhr erfolgte die Meldung für das Einsatz-Tagebuch: *Häuser alle geräumt.*

Unmittelbar nach der Räumung wurde mit dem Abriss der Gebäude begonnen. Bis auf einen kleinen Demonstrationzug von ca. 250 Personen durch die Freiburger Innenstadt blieb die Lage um die Freiau ruhig. Es fehlte auch an einer breiten Unterstützung seitens der Bevölkerung. Erst einige Jahre später eskalierte der Konflikt zwischen Polizei und Hausbesetzerszene in den gewalttätigen Auseinandersetzungen um die besetzten Häuser Dreisameck und Schwarzwaldhof. Die noch erhaltenen Gebäude der Freiau stehen mittlerweile unter Denkmalschutz. ✱ **Jochen Rees**

1 Plakat »Kommt alle in die Freiau!«

Vorlage: LABW, StAF
F 75/3 Nr. 597

2 Lagerbericht der LPD Freiburg vom 13.08.1975.

Vorlage: LABW, StAF
F 75/3 Nr. 597

3 Luftbild der Freiau.

Vorlage: LABW, StAF
F 75/3 Nr. 597

Polizei
Funkspruch - Fernspruch - Fernschrift

Lfd. Nr. _____

Absender: <u>LPD Freiburg</u>	Aufgenommen	Befördert
angenommen durch <u>Ve.</u>	von _____	an <u>T 1315-14</u>
am <u>13. AUG 1975</u> um <u>1855</u>	durch _____	am <u>13. AUG 1975</u> um <u>1930</u>
3629 13. AUG. 1975 13. AUG. 1975		

I. Ad

01 Stuttgart	IM
--------------	----

nachrichtlich:

02 Stuttgart	LKA
03 Stuttgart	LPD I
04 Stuttgart	LPD II
05 Karlsruhe	LPD
06 Tübingen	LPD
07 Mannheim	WSPD
08 Göppingen	BPD
09 Stuttgart	LfV
10 Karlsruhe	PP
11 Mannheim	PP
12 Lehr	BFA
13 Freiburg	LPD - Abt. II -
14	An die Polizeidienststellen gemäß Polizeiverteiler 2.0

Betreff: Räumung besetzter Häuser in der Freiau in Freiburg;
hier: Lagebericht 18.00 Uhr und Infoaustausch

Bezug: Für IM BW und PD Freiburg vorausgegangener FS - Verkehr und fernmündliche Unterrichtung

Am 13.8.1975 wurden von der PD Freiburg mit eigenen und unterstellten Kräften ab 09.15 Uhr eine Reihe von widerrechtlich besetzten Wohnhäusern geräumt. Die Maßnahme wurde vom Amt für öffentliche Ordnung Freiburg angeordnet, weil die Häuser abgerissen werden mußten, um die Grundstücke für den Weiterbau des BAB-Zubringers Freiburg-Mitte freizumachen.

LPP (abw.) ./.
II

2



3

Stuttgart, 2. Februar 1980

Demonstration gegen Berufsverbote



11.30 Uhr
Treffpunkt
Lautenschlager-
straße beim
Hauptbahnhof

13.30 Uhr
Kundgebung
Schillerplatz

1

Bekanntmachung

Betr.: Radikalenerlaß

Die Bevölkerung wird noch einmal darauf hingewiesen, daß die ehem. Mitgliedschaft in NSDAP, SA, SD, SS und im NS-Rechtswahrerbund einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst nicht entgegensteht.



Der Landesbeauftragte für
das Gefinnungswesen.

2

Radikalenabwehr im öffentlichen Dienst

Geheimdienstliche Überprüfungen aufgrund des »Radikalenerlasses« in Baden-Württemberg



3

Im Jahr 1978 berichtete das Landesamt für Verfassungsschutz dem Innenministerium Baden-Württemberg auf dessen Anfrage hin, dass ein angehender Lehrer während seines Studiums Mitglied der Kommunistischen Hochschulgruppe gewesen sei. Außerdem habe er als Unterzeichner einer Resolution öffentlich die Freilassung inhaftierter Mitglieder des Kommunistischen Bundes Westdeutschland gefordert. Die geheimdienstlichen Erkenntnisse gab das Innenministerium an das Oberschulamt weiter, das über eine Anstellung des Bewerbers im öffentlichen Dienst zu entscheiden hatte. Seine Stelle durfte der Lehramtsanwärter dann aber trotz dieser Erkenntnisse antreten.

Insgesamt überprüfte das Landesamt für Verfassungsschutz in Baden-Württemberg seit Beginn der 1970er bis in die 1990er Jahre hinein in annähernd 700.000 Fällen – teilweise mehrfach – die *Verfassungstreue* angehender Beschäftigter im Staatsdienst. Betroffen hiervon waren meist junge Menschen, die sich, in der Mehrzahl als Studienreferendare, um eine Position im Staatsdienst beworben hatten. Überprüft wurden aber auch Personen, die bereits beschäftigt waren, sei es als Widerrufs- und Probebeamte oder als angestellte Wissenschaftler, Sozialarbeiter oder Ärzte. Bis zu 2.000 von ihnen wurden als *Erkenntnisfälle* behandelt; hier lagen also Hinweise des Geheimdienstes auf ein *verfassungsfeindliches* Verhalten vor. Für circa 300 Personen endete das Verfahren mit einer Ablehnung ihrer

Bewerbung oder der Entlassung aus dem öffentlichen Dienst.

Grundlage für das Verfahren war der *Radikalenerlass* von 1972, genauer gesagt, dessen ein Jahr später im Südwesten ergangene Variante, die als *Schiess-Erlass* – benannt nach dem zuständigen Innenminister Karl Schiess – über zwei Jahrzehnte in Kraft blieb. Die Erlasse waren vor dem Hintergrund der 68er-Bewegung, dem Erstarken *radikaler* politischer Kräfte, allen voran der *Neuen Linken*, sowie der Debatte um die im Grundgesetz verankerten Leitsätze des Parteienprivilegs und der Treuepflicht des Beamten ergangen. Sie sollten dazu dienen, *Radikale*, respektive *Verfassungsfeinde*, aus dem öffentlichen Dienst fernzuhalten.

Der Verfassungsschutz spielte bei der *Radikalen-Abwehr* eine entscheidende Rolle: Er sammelte ohnehin Erkenntnisse über *verfassungsfeindliche* Aktivitäten und konnte diese nun im Zuge der Überprüfung der jeweiligen Kandidatin oder des jeweiligen Kandidaten über das Innenministerium an die beschäftigenden Behörden weitergeben lassen. Die geheimdienstlichen Erkenntnisse bildeten damit das Fundament der Verfassungstreueprüfungen. Das Verfahren belastete die damit befassten Ämter enorm. Nachvollziehen lässt sich der bürokratische Aufwand nicht zuletzt anhand der im Staatsarchiv Ludwigsburg verwahrten und in Teilen noch der Geheimhaltung unterliegenden Akten des Landesamts für Verfassungsschutz über die politische Betätigung von Beamten(bewerbern) des öffentlichen Dienstes, die im Rahmen eines Forschungsprojekts erstmals in Teilen ausgewertet werden konnten. Die gesellschaftlichen Folgen dieser Praxis waren enorm. Kritisiert wurde vor allem, dass von Staats wegen mehrere Hunderttausend Personen unter Generalverdacht gestellt und – ohne nennenswerte *Erfolge* – einer geheimdienstlichen Überprüfung unterzogen wurden. Wie man *Verfassungsfeinde* vom öffentlichen Dienst fernhalten kann, ohne allzu stark in die Persönlichkeitsrechte der Beschäftigten einzugreifen, das bleibt aber in Zeiten neuer, nicht zuletzt rechtsradikaler Bestrebungen auch heute eine schwierige Herausforderung.

✱ **Mirjam Schnorr**

1 Aufruf zu einer Demonstration gegen den „Radikalenerlass“, 1980.

Vorlage: LABW, StAL
EL 248 Bü 222

2 Plakat der Jungsozialisten zum „Radikalenerlass“ aus dem Wahlkampf zur Landtagswahl 1976.

Vorlage: LABW, HStAS
J 153 Nr. 339

3 Das III. Kabinett Filbinger (1972-1976) vor der Villa Reitzenstein in Stuttgart (vierter von links: Innenminister Karl Schiess), 1972.

Aufnahme: Burghard Hüdig
Vorlage: LABW, HStAS
Q 2/50 Nr. 5976

Neuer Radikalismus von rechts?

Radikalisierung findet in den sozialen Medien statt

Radikal. Der Begriff ist in der internationalen Rechtsextremismusforschung relativ weit verbreitet (*radical right*). In der Bundesrepublik Deutschland wird eher der Begriff rechtsextrem benutzt. Verfassungsschutzbehörden verwenden die Bezeichnung radikal im Sinne von: gerade noch im Rahmen der Verfassung. Doch deren zugrundeliegende Extremismustheorie wird von vielen Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftlern kritisch gesehen. Bei neueren Varianten der Radikalisierung reichen die alten Begrifflichkeiten vielleicht gar nicht mehr aus. Der Inlandsgeheimdienst – federführend war das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg – führte 2021 den Phänomenbereich *verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates* ein. Die Wissenschaftler Caroline Amlinger und Oliver Nachtwey (beide: Universität Basel) haben den Begriff *libertäre Autoritarismus* eingeführt: *Libertäre Autoritäre sehen sich durch den Staat in der Ausübung ihrer unveräußerlichen Freiheiten eingeschränkt. Viele von ihnen betrachten sich als Opfer vermeintlicher progressiver Usurpatoren („linksliberale Kosmopoliten“), die sich des Staates, der Universitäten und der Medien bemächtigt haben.*

Neu ist: Die Radikalisierung findet nicht mehr im Wirtshaushinterzimmer statt, sondern im Internet, in den sozialen Medien und verläuft in vielen Fällen rasant: Vom sympathischen Vegankoch zum antisemitischen Hassredner. Vom Schwindeldoktor zum Schwurbelpromi. „Flüchtlingsflut“, „Coronaregime“, Ukrainekrieg – die Themen wechseln, die Protestler bleiben personenidentisch. Die Schwurpler und ihre Sympathisanten sind oft keine klassischen Rechtsextremisten, sie gehören häufig auch dem Bildungsbürgertum an. Doch die Übergänge sind fließend, da bekannte Rechtsextremistinnen und -extremisten sich nicht nur in die Proteste einreihen, sondern diese selbst anmelden und organisieren. So entsteht eine hoch gefährliche Melange aus überzeugten Rechtsextremisten und Bildungsbürgern, die sich von

der offenen Gesellschaft abgewandt haben.

Und nicht alles ist originär neu: Bezeichnend ist der häufige Rückgriff auf die NS-Geschichte: der Vergleich mit dem jüdischen Opfer Anne Frank, der dem Judenstern nachgeahmte Ungeimpften-Stern. Oftmals ist auch die Agitation antisemitisch grundiert: So wird über „Flüchtlingsströme“ schwadroniert, hinter denen sich eine mächtige wirtschaftliche und politische Elite verbergen sollen, die sich Corona und die „LGBT-Ideologie“ ausgedacht habe. Ziel dieser vermeintlichen Elite sei der „Great Reset“, der „große Austausch“, die „Umvolkung“. Genannt wird in diesem Kontext gern der US-amerikanische Investor George Soros, dessen Elternhaus dem ungarischen Judentum entstammt.

Ich bin Nationalsozialist, schrieb der Berliner Vegankoch Attila Hildmann in seinem Telegram-Kanal und gab kund: Im Vergleich mit Angela Merkel sei Adolf Hitler *ein Segen* gewesen. So entpuppt sich der vermeintlich neue Radikale als Nazi. Verteidigt wird Hildmann vom rechtsextremen Szeneanwalt Wolfram Nahrath. Der war mal letzter „Führer“ der 1994 vom Bundesinnenminister wegen Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus verbotenen Wiking-Jugend. Der nach Tansania geflüchtete Schwurbeldoktor Bodo Schiffmann kommentiert in seinem Telegram-Kanal einen Artikel der Zeitschrift Stern über Hildmann: *Das ist der Stil der deutschen Medien: Vorverurteilung von Menschen, die ihre gesamte Karriere für die Grundrechte und die Demokratie geopfert haben. Die Wahrheit kommt und dann stehen solche „Reporter“ auf einmal im Rampenlicht. Attila hat sicher mehr Wahrheit verbreitet in den letzten Jahren als der Stern.* Die Umsturzpläne des im Dezember 2022 aufgedeckten „Reichsbürger“-Netzwerkes, dem auch Corona-Leugner und Migranten-Hasser angehören, zeigen: Der Rechtsextremismus ist die größte Gefährdung unserer Demokratie.

✱ Anton Maegerle, Gebhard Schultz

Die Dokumentationsstelle Rechtsextremismus wurde 2020 vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst im Generallandesarchiv Karlsruhe eingerichtet. Kern und Ausgangspunkt der Dokumentationsstelle ist das umfangreiche Archiv des Journalisten Anton Maegerle, der seit den 1980er Jahren zum Thema Rechtsextremismus arbeitet. Die Sammlung gilt als größte ihrer Art in Deutschland und wird von der Dokumentationsstelle erschlossen. Gleichzeitig führt die Dokumentationsstelle die Recherchetätigkeit des Journalisten fort.

<https://www.landesarchiv-bw.de/de/themen/-dokumentationsstelle-rechtsextremismus/73098>





Rückblick auf das Jahr 2022

Jahresbericht des Landesarchivs Baden-Württemberg



Gruppenbild der Delegation der Projektgruppe Themenportal Wiedergutmachung mit israelischen Kolleginnen und Kollegen der Gedenkstätte Yad Vashem auf dem Mount Herzl in Israel.

Aufnahme: BMF, Kai Wambach



Podiumsdiskussion zum Themenportal Wiedergutmachung.

Aufnahme: BMF, Woito

Kooperationen und Projekte

Das Landesarchiv Baden-Württemberg ist nicht nur Dienstleister für Landtag, Regierung, Verwaltung und Justiz. Es agiert darüber hinaus als landeskundliches Kompetenzzentrum und Einrichtung der Forschungsinfrastruktur. In allen drei Bereichen konnte das Landesarchiv auch 2022 wieder viele Vorhaben erfolgreich abschließen, laufende Projekte voranbringen und neue Kooperationen eingehen. Eine Übersicht über wichtige Aktivitäten und zentrale Arbeitsergebnisse finden Sie in unserem Jahresbericht 2022.



Wiedergutmachung von NS-Unrecht

Mit einem Festakt wurde am 1. Juni auf dem Petersberg bei Bonn das Themenportal *Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts* als Teil des Archivportals-D freigeschaltet. In den nächsten Jahren soll ein gemeinsamer Zugang zu allen wichtigen Unterlagen der Entschädigung von NS-Opfern geschaffen werden, die in den Archiven des Bundes, der Länder und von Kommunen archiviert sind. Sowohl für Opferfamilien als auch für Wissenschaft und Forschung bietet das Portal Informationen und Hintergründe an. Damit möchte es Familiengeschichten und dieses Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte greifbar machen.

Das Landesarchiv hat mit einem Pilotprojekt im Staatsarchiv Ludwigsburg vorbereitende Arbeiten geleistet und gemeinsam mit dem Bundesfinanzministerium und dem Bundesarchiv Verantwortung für das Gesamtprojekt übernommen – vor allem in technologischer Hinsicht für die Umsetzung innerhalb des Archivportals-D und bei der bundesweiten Abstimmung des Gesamtvorhabens. Schon jetzt sind einschlägige Bestände des Landesarchivs im Themenportal zu finden.

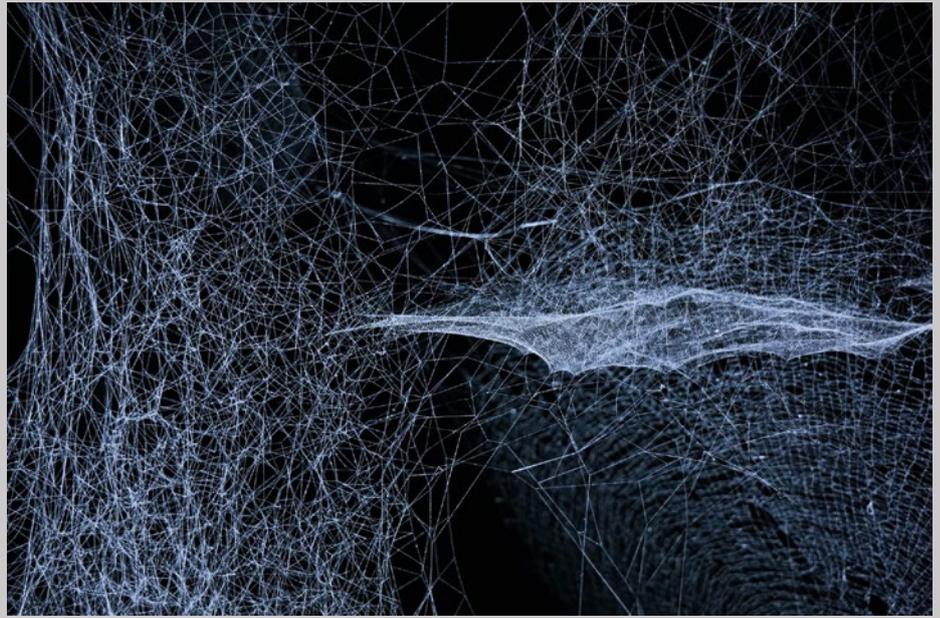
Delegation des Nationalarchivs von Namibia besucht Landesarchiv

Das Nationalarchiv von Namibia und das Landesarchiv Baden-Württemberg haben ihr Austauschprogramm 2022 fortgesetzt. Im Juli besuchten Sarah Negumbo, Direktorin des Namibia Library and Archive Service, Muningandu Ndivanga, geschäftsführende Direktorin des Nationalarchivs und Ndamian Nghishidimbwa Hangula, Archivar im Bereich Restaurierung und Konservierung, vier Standorte des Landesarchivs. Im Mittelpunkt standen neben dem Kennenlernen verschiedener Arbeitsabläufe und dem fachlichen Austausch mit den deutschen Kolleginnen und Kollegen praxisorientierte Workshops in der Restaurierung historischer Dokumente und Karten.

Ziel der Zusammenarbeit ist es, historische Quellen im Nationalarchiv von Namibia langfristig und professionell zu sichern und für die Forschung bereitzustellen. Das Austauschprogramm ist Teil der Namibia-Initiative des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg.

AFIS Next Generation: ein neues Fachinformationssystem für das Landesarchiv

Das Landesarchiv und FIZ Karlsruhe – Leibniz-Institut für Informationsinfrastruktur



Vorlage: Pixabay

haben im vergangenen Jahr ein zukunftsweisendes Projekt begonnen: *AFIS Next Generation*. Im Zuge der als öffentlich-öffentliche Partnerschaft vereinbarten Kooperation soll in den nächsten Jahren ein modernes und innovatives archivisches Fachinformationssystem (AFIS) für die Online-Präsentation und Online-Nutzung von Archivgut und Digitalisaten entstehen. Gleichzeitig werden die internen Arbeitsprozesse des Landesarchivs aus verschiedenen bestehenden Software-Lösungen zusammengeführt und dadurch deutlich optimiert. Mehrere abteilungsübergreifende Arbeitsgruppen planen seither die ersten Module und bringen die Umsetzung auf den Weg. Im Fokus stehen zunächst die landesarchivinternen Workflows von der Erschließung über die Magazinorganisation bis hin zur Verwaltung von digitalisiertem wie auch originär digitalem Archivgut. Anschließend werden das Online-Findmittelsystem, der Digitalisate-Viewer, die Bestellverwaltung und andere Teile des umfangreichen Online-Angebots grundlegend überarbeitet und funktional weiterentwickelt.

FDMLab@LABW: Projekt um ein Jahr verlängert

Das Landesarchiv betreibt seit 2020 im Zuge des Projekts *FDMLab@LABW* (Forschungsdatenlabor am Landesarchiv Baden-Württemberg) den Aufbau eines Kompetenzzentrums für Forschungsdatenmanagement und den Einsatz künstlicher Intelligenz (KI).

Damit soll die Datengrundlage für digitale Forschungsmethoden optimiert werden. 2022 hat das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg die Projektförderung um zwölf Monate verlängert. Dadurch ist es möglich, die in der ersten Projektphase evaluierten Technologien, Werkzeuge und Workflows nachhaltig in den Archivalltag zu integrieren und so bei internen Fachaufgaben und Vorhaben substantiell Unterstützung zu leisten. Die Projektergebnisse konnten bei zahlreichen Fortbildungen und Präsentationen (zum Beispiel beim Stuttgarter Wissenschaftsfestival) sowohl der archivischen Fachcommunity als auch der interessierten Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Landesarchiv gehört zur Nationalen Forschungsdateninfrastruktur

Die gute Nachricht kam Anfang November: Nach erfolgreicher Begutachtung durch ein von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) bestelltes Expertengremium wird das Konsortium NFDI4Memory (<https://4memory.de/>) und damit auch das Landesarchiv als Mittragsteller Teil der Nationalen Forschungsdateninfrastruktur (NFDI). In der NFDI werden Datenbestände von Wissenschaft und Forschung für das gesamte deutsche Wissenschaftssystem systematisch erschlossen, vernetzt und nachhaltig nutzbar gemacht. NFDI4Memory ist das Konsortium für die Geschichts-



Abschlussstagung des Dokumentationsprojekts Zwangsunterbringung.

Aufnahme: LABW

wissenschaften sowie weitere historisch arbeitende Geisteswissenschaften. Es verbindet historische Forschung, Gedächtniseinrichtungen wie Archive, Bibliotheken und Museen und Informationsinfrastruktureinrichtungen. Im Rahmen des auf fünf Jahre (2023–2028) ausgelegten Arbeitsprogramms von 4Memory verantwortet das Landesarchiv gemeinsam mit FIZ Karlsruhe insbesondere den Ausbau und die Vernetzung von Schlüsseldiensten in einem übergreifenden Data Space. Dieser soll auf Basis der FAIR-Kriterien (*findable / auffindbar, accessible / zugänglich, interoperable / interoperabel, reusable / nachnutzbar*) bisher verteilte Datenbestände und Werkzeuge zusammenbringen. Einen zentralen Kern des Angebots bilden die in der Deutschen Digitalen Bibliothek und dem Archivportal-D vorhandenen Daten, die über die NFDI zusammen mit Forschungsdaten aus anderen Entstehungskontexten übergreifend zugänglich gemacht werden sollen.

Dokumentationsprojekt Zwangsunterbringung endet mit Tagung

Nach dreijähriger Laufzeit ist das Dokumentationsprojekt Zwangsunterbringung im April 2022 erfolgreich zu Ende gegangen. Im Fokus standen Menschen, die in ihrer Kindheit zwischen 1949 und 1975 in Heimen der Behindertenhilfe und in Psychiatrien untergebracht waren. Viele von ihnen mussten dort leidvolle und traumatisierende Erfahrungen machen. Ziel des Projekts war es, Betroffene bei der Aufarbeitung dieser Erfahrungen zu unterstützen und die wissenschaftliche Aufarbeitung voranzubringen.

Ende März zog das Dokumentationsprojekt mit einer großen Abschlussstagung im Hauptstaatsarchiv Stuttgart Bilanz. Interessierte konnten die Veranstaltung auch online als Stream verfolgen. Die Beiträge wurden sowohl akustisch als auch

über Gebärdensprachdolmetscherinnen und -dolmetscher vermittelt. Zu den wichtigsten Projektergebnissen zählen das Themenmodul *Heimkindheiten* im Landeskunde-Portal *LEO-BW*, eine virtuelle Ausstellungsführung in Deutscher Gebärdensprache, ein Rechercheratgeber sowie das Verzeichnis der einschlägigen Heime. Im Mai begann im Anschluss ein Projekt zur Aufarbeitung der Kinderverschickung in Baden-Württemberg. Zwei Rechercheworkshops und ein zur Kommentierung veröffentlichtes Verzeichnis der sogenannten Erholungsheime, in die Kinder verschickt wurden, sollen ebenfalls eigenständige Recherchen auf diesem Feld unterstützen.

Projekt SachthematISChe Zugänge im Archivportal-D am Beispiel Weimarer Republik erfolgreich abgeschlossen

Im Frühjahr 2022 konnte das Projekt gemein-

sam mit den Partnern FIZ Karlsruhe und dem Bundesarchiv abgeschlossen werden. Zentrales Ergebnis ist das Themenportal *Weimarer Republik* innerhalb des Archivportals-D, in dem Nutzerinnen und Nutzer Archivalien übergreifend anhand thematischer Schlagwörter recherchieren können. Für Archive wurde das *Schlagworttool* geschaffen: Damit lassen sich neue Archivalien ins Themenportal einpflegen. Im Zuge des Projekts wurde das Archivportal-D zudem grundlegend modernisiert und in der Nutzerführung verbessert. Das Projekt legt den Grundstein für weitere Themenportale wie beispielsweise für den Themenkomplex *Wiedergutmachung nationalsozialistischer Unrechts*.



Startseite des Themenportals Weimarer Republik im Archivportal-D

Vorlage: LABW

Aus unserem Aufgabenkatalog

Überlieferungsbildung

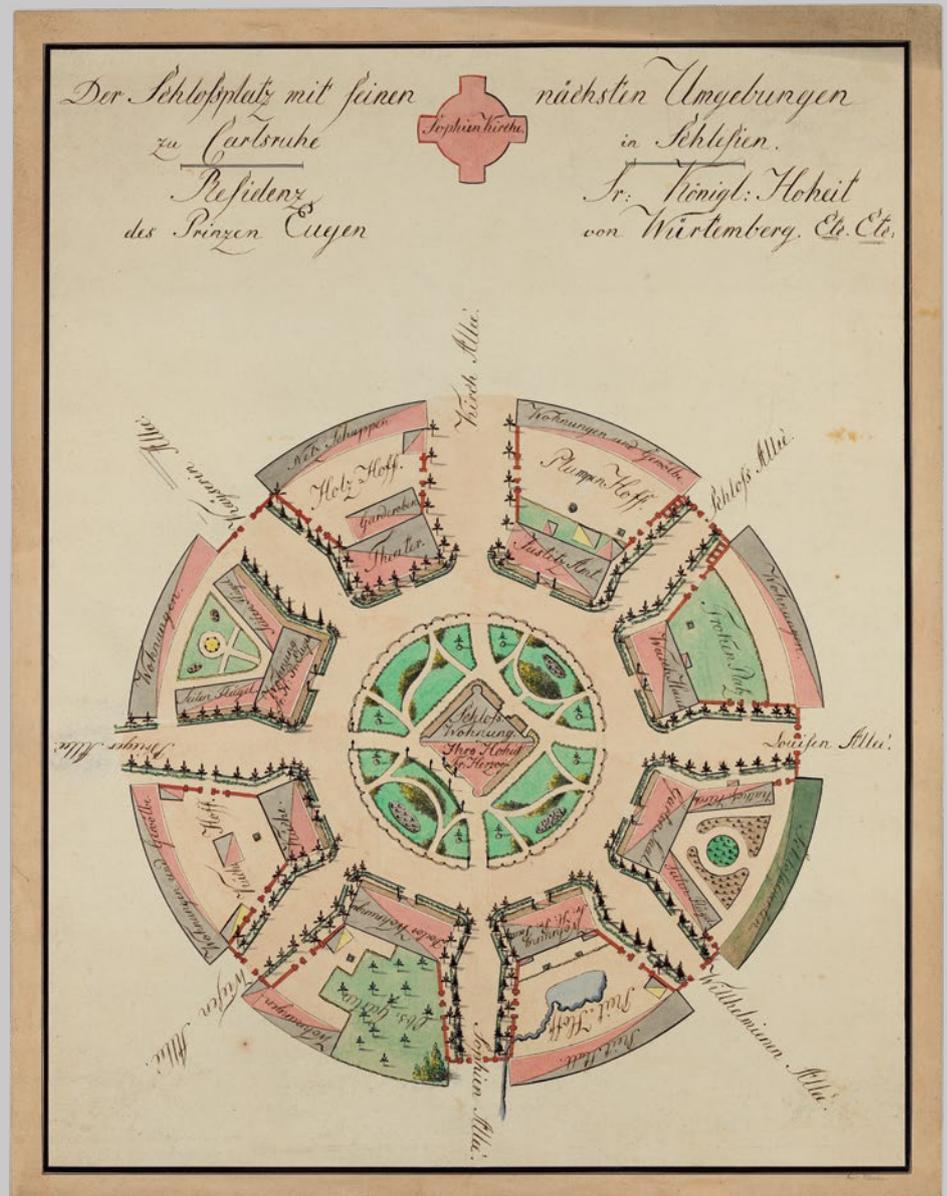
Immer mehr Stellen des Landes haben in den letzten Jahren die elektronische Akte (E-Akte) eingeführt. Da die Aufbewahrungszeiten meist zwischen wenigen Monaten (E-Ermittlungsakten) und fünf Jahren (Sachakten) liegen, drängt die Zeit für die Entwicklung praktikabler Übernahmelösungen. Elektronische Personalakten hat das Landesarchiv bereits zwei Mal übernommen. Im letzten Jahr waren erstmals auch elektronische Justizakten an der Reihe. Für die E-Akte der Landesverwaltung hat das Landesarchiv eine Software entwickelt, die künftige Anbietungen und Übernahmen erheblich erleichtern wird. Darüber hinaus bereitet sich das Landesarchiv auf die Folgen der E-Akten-Einführung in Bezug auf anstehende Übernahmen analoger Unterlagen vor. Schon jetzt ist die Zahl der angebotenen Papierakten sprunghaft und erheblich gestiegen. Einige Behörden haben damit begonnen, einen anstehenden Umzug mit einer sofortigen Anbietung sämtlicher noch vorhandener Papierakten zu verbinden. Einen Anfang hat im Herbst 2022 das Statistische Landesamt gemacht, mehrere Ministerien stehen ebenfalls in den Startlöchern. In den nächsten Jahren sind Anbietungen in bisher unbekanntem Dimensionen zu erwarten.

Innerhalb der nestor-AG Archivstandards wurde ein erster Standardentwurf zur Archivierung von Studierendendaten zur öffentlichen Kommentierung ins Internet gestellt. Dieser Standard wird dafür sorgen, dass viele Hochschularchive ihre bis ins Mittelalter zurückreichende Überlieferung der Hochschulmatrikel auch in digitaler Form fortführen können.

Nicht zuletzt konnte das Landesarchiv eine umfangreiche Plansammlung zur einstigen württembergischen Residenz im oberschlesischen Carlsruhe für das Hauptstaatsarchiv Stuttgart erwerben. Die rund 200 Pläne, Bauzeichnungen und schriftlichen Dokumente stammen aus dem Nachlass von Herzog Ferdinand Eugen von Württemberg (1925–2020). Der Ankauf erfolgte mit finanzieller Förderung durch die Stiftung Kulturgut des Landes Baden-Württemberg und die Kulturstiftung der Länder.

Erschließung und Digitalisierung

Im Bereich der Erschließung konnten weitere Fortschritte erzielt werden. So hat zum Beispiel das Staatsarchiv Freiburg auch 2022



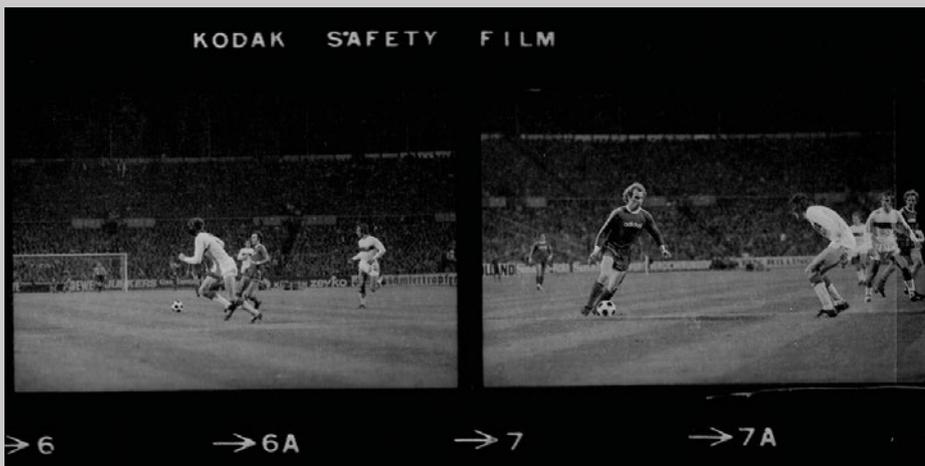
Achtstrahliges Wegenetz mit Schloss Carlsruhe als Mittelpunkt, um 1850.

Vorlage: LABW, HStAS N 230 Nr. 9

wieder deutlich mehr Unterlagen elektronisch verzeichnet als Zugänge ins Haus kamen. Besondere Beachtung verdient dabei die Bearbeitung von etwa 80 laufenden Metern Unterlagen des ins Regierungspräsidium Freiburg eingegliederten Landesamts für Geologie, Rohstoffe und Bergbau. Die abgebende Stelle hatte die fachlich komplexen Unterlagen mit größter Sachkenntnis und Tiefe erfasst. Daher war es dem Archiv möglich, diese Informationen schnell elektronisch zu verarbeiten und als Findmittel den Nutzenden bereitzustellen.

Die seit Jahren intensiven Bemühungen zur Online-Bereitstellung von Findbüchern und zur Digitalisierung von Archivgut haben auch 2022 Früchte getragen. Die Zahl

der online verfügbaren Digitalisate ist von knapp 17 Millionen (2021) auf rund 19 Millionen gestiegen. Neben den hierfür in beträchtlichem Umfang eingesetzten Haushaltsmitteln spielen in diesem Arbeitsbereich zusätzliche Dritt- und Sondermittel nach wie vor eine wichtige Rolle. So konnte mithilfe des DDB-Programms *Neustart Kultur* die Digitalisierung bedeutender Teile der Fotoarchive Willy Prager im Staatsarchiv Freiburg, Burghard Hüdig im Hauptstaatsarchiv Stuttgart sowie des Fotoateliers Wehnert im Archivverbund Main-Tauber durchgeführt werden. Im Hauptstaatsarchiv endete darüber hinaus die DFG-geförderte Digitalisierung eines zentralen Bestands des altwürttembergischen Landtagsarchivs mit



Franz Beckenbauer und Uli Hoeneß vom FC Bayern München beim Fußballspiel gegen den VfB Stuttgart am 11. September 1974.

Aufnahme: Burghard Hüdig

Vorlage: LABW, HStAS Q 2/50 Nr. 6666

den Verhandlungsprotokollen der württembergischen Landstände (den *Tomi Actorum Provincialium Wirtembergicorum*, LABW, HStAS L 5). Mit Eigenmitteln hat das Staatsarchiv Ludwigsburg die für die württembergische Eisenbahngeschichte bedeutende Fotosammlung Harald Knauer (LABW, StAL PL 734) digitalisiert. Im Generallandesarchiv Karlsruhe startete 2022 ein vier Bundesländer übergreifendes und von der DFG gefördertes Projekt zur Erschließung und Digitalisierung spätmittelalterlicher Urkunden der Kurpfalz mit dem Ziel einer Datenpräsentation im Archivportal-D.

Mit einem letzten Projekt im Staatsarchiv Freiburg ist im Landesarchiv zugleich die DFG-Förderung zur Digitalisierung von Papierfindmitteln zu Ende gegangen. Seit 2006 konnten auf diese Weise mit zusätzlichem Personal oder im Rahmen von Ausschreibungen gut 670.000 Erschließungsdatensätze im Umfang von circa 9.000 laufenden Metern bearbeitet und im Internet zur Recherche bereitgestellt werden.

Nutzung

Die Nutzung im Landesarchiv war auch in diesem Jahr noch durch die Corona-Pandemie geprägt. Zwar waren die Lesesäle durchgängig geöffnet, aber um die nötigen Abstände zu gewährleisten, blieben die Sitzplatzanzahl reduziert und eine Terminreservierung verpflichtend. Um diese zu erleichtern, wurde im März ein Anmeldesystem für den Lesesaalbesuch im Online-Findmittelsystem des Landesarchivs freigeschaltet. Nutzerinnen und Nutzer haben die Möglichkeit, bei der Archivalienbestellung über ihr Konto gleich ihren Terminwunsch

anzugeben. Über standardisierte Antwortnachrichten können dann Termine einfach bestätigt, geändert oder abgesagt werden. Umgekehrt können auch Nutzerinnen und Nutzer über ihr Konto die eigenen Termine verwalten und ändern. Dieser neue Service der Terminbuchung wird auch nach Ende der Corona-Einschränkungen beibehalten.

Sowohl die schriftlichen Anfragen als auch die Anrufe bei der Telefonhotline des Landesarchivs blieben 2022 auf konstant hohem Niveau. Deutlich zugenommen hat die Menge abgegebener digitaler Reproduktionen: Sie stieg von mehr als 308.000 im Jahr 2021 auf über 374.000 im Berichtsjahr. Einen starken Zuwachs im Vergleich zum Vorjahr, aber noch längst nicht das Vor-Corona-Niveau hat 2022 die Anzahl der Nutzungen im Lesesaal erreicht (von 4.637 auf 6.327 Nutzertage). Bewährt hat sich, Beratungsseminare und Lesekurse teilweise vor Ort und teilweise als Online-Veranstaltungen anzubieten, um so unterschiedliche Personengruppen zu erreichen.



Nutzerberatung im Lesesaal des Staatsarchivs Ludwigsburg.

Aufnahme: Thomas Bernhardt

Vorlage: BW Bildung und Wissen

Das Landeskunde-Portal LEO-BW

Das landeskundliche Informationssystem LEO-BW hat 2022 an seine bisherigen Erfolge angeknüpft und verzeichnet weiterhin sehr erfreuliche Zugriffszahlen. Insgesamt haben Nutzerinnen und Nutzer 45 Millionen Portalseiten aus dem vielfältigen Angebot zum Land und seiner Geschichte aufgerufen. Zusammen mit LEO-BW-Partnern gelang 2022 die Erweiterung um zusätzliche Präsentationen und Inhalte. Zu nennen sind neben einem umfangreichen Themenmodul zum Dreißigjährigen Krieg insbesondere die Präsentationen zum 70-jährigen Jubiläum des Bundeslandes und zum *Tod im Winterberg-Tunnel*. Letztere begleitet und erweitert das gleichnamige Ausstellungsprojekt des Generallandesarchivs Karlsruhe digital. Aus dem Landesarchiv stammt überdies ein neues Modul zum Thema *Heimlichkeiten*. Fortgesetzt wurden auch die Arbeiten zur technischen und funktionalen Optimierung von LEO-BW, dessen Partnernetzwerk aus inzwischen 46 Einrichtungen besteht.

Bestandserhaltung

Das Institut für Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut (IFE) lud im Mai zu einer internationalen Konferenz zum Thema Bestandserhaltung ein, die mit dem Abschied der langjährigen Leiterin der Restaurierung Dr. Anna Haberditzl verbunden war. An zwei Tagen ging es um die Geschichte und die Zukunft der Restaurierung und Bestandserhaltung. Die über 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem Landesarchiv, dem Landesrestaurierungsprogramm, der Akademie der Bildenden Künste Stuttgart und dem übrigen deutschsprachigen Raum diskutierten rege über den zukünftigen Umgang mit Archivalien und deren Erhaltung.

Die gemeinsame Notfallübung des Landesarchivs wurde 2022 durch das Grundbuchzentralarchiv Kornwestheim und die Firma Schempp Bestandserhaltung GmbH organisiert. Sie hat auf eindrucksvolle Art und Weise gezeigt, worauf sich Mitarbeitende und Hilfskräfte im Falle einer Bergung von Archivgut aus überfluteten Räumen einstellen müssen. Die 28 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus allen Archivstandorten des Landesarchivs bargen aussortierte Unterlagen, die wahlweise für einen Tag, eine Woche und vier Wochen in Wasser versenkt worden waren. Anschließend dokumentierten sie die Funde analog und mit Barcodescannern und verpackten das Material fachgerecht, um einen Weitertransport zur Gefrieranlage zu simulieren.

Kommunikation und Bildung

Als im Februar 2022 Russland die Ukraine überfiel, waren auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Landesarchiv fassungslos. Schnell entstand die Idee, eine Ausgabe der Archivnachrichten zum Thema *Ukraine – Geschichte und Kultur* zu erstellen, um die wechselvolle Geschichte der Ukraine und deren reiche Kultur zu zeigen. So wurden in der Ausgabe Nr. 65 unter anderem zahlreiche Fotoserien zur Ukraine in unterschiedlichen Zeiten aus den Beständen des Landesarchivs präsentiert.

Rechtzeitig zum 70. Jahrestag der Gründung des Landes Baden-Württemberg am 25. April 1952 hat die Landeszentrale für politische Bildung einen umfangreichen Band mit Fotos aus 70 Jahren Landesgeschichte veröffentlicht, an dessen Herausgabe und Erstellung das Landesarchiv beteiligt war. Viele Aufnahmen stammen aus den umfangreichen Fotobeständen des Landesarchivs. Begleitend dazu entstand im Landeskunde-Portal LEO-BW eine multimediale Online-Präsentation mit Fotos und Filmmaterial. Zusammen mit der Landeszentrale hat das Landesarchiv in den vier Wochen vor dem Landesgeburtstag darüber hinaus eine Instagram-Kampagne realisiert, um auf den Jubiläumsband und die Online-Präsentation aufmerksam zu machen.

Aufgrund der Corona-Pandemie fand die 23. Karlsruher Tagung für Archivpädagogik wie schon im Jahr zuvor als Online-Format statt. Zum Thema *Lebenslinien junger Menschen. Biografische Zugänge zur Geschichte* diskutierten rund 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer und nutzten die Gelegenheit, sich in Kleingruppen in virtuellen Räumen intensiv auszutauschen.



Notfallübung des Landesarchivs im Grundbuchzentralarchiv Kornwestheim.

Aufnahme: LABW

Bereits zum zweiten Mal beteiligte sich das Landesarchiv am Kultur-Hackathon *Coding da Vinci*, der 2022 erstmals in Baden-Württemberg zu Gast war. Das Landesarchiv steuerte nicht nur Datensets aus den Beständen des Staatsarchivs Ludwigsburg und des Stadtarchivs Wertheim (Archiv-

verbund Main-Tauber) bei, sondern beriet mit seiner GND-Agentur LEO-BW-Regional andere Einrichtungen rund um das Thema Datenaufbereitung. Die Agentur ist die regionale Anlaufstelle vor allem für Archive und Museen aus Baden-Württemberg und unterstützt diese bei der Verwendung von Normdaten.

Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Die dauerhafte und systematische Dokumentation und Erforschung des Rechtsextremismus ist ein Beitrag zur aktiven Verteidigung der Demokratie: Mit diesem Statement unterstrich die damalige Wissenschaftsministerin Baden-Württembergs, Theresia Bauer, bei einer Pressekonferenz im Generallandesarchiv Karlsruhe Ende März die Bedeutung der Arbeit der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus. Der Jahreswechsel 2021/22 war eine wichtige Zäsur für die junge Einrichtung: Der Landtag von Baden-Württemberg hat im neuen Staatshaushaltsplan die Arbeit der Dokumentationsstelle mit einem Grundstock an Personalstellen und Sachmitteln langfristig abgesichert. Die finanziellen Grundlagen ermöglichen die perspektivische Weiterentwicklung der Einrichtung. Vertreterinnen und Vertreter der Landespolitik informierten sich im Laufe des Jahres vor Ort über die Arbeit der Dokumentationsstelle, darunter auch Muhterem Aras, die Präsidentin des Landtags von Baden-Württemberg.

Groß ist das Interesse an den nächsten Schritten: Die vom Land geplante Forschungsstelle Rechtsextremismus soll 2023 an einer Universität des Landes etabliert werden und in enger Kooperation mit der Karlsruher Dokumentationsstelle neue Wege bei der Erforschung des Rechtsextremismus gehen. Bereits jetzt arbeitet die Dokumentationsstelle in zahlreichen Gremien auf Landes- und Bundesebene mit und ist als Kooperationspartner beim Aufbau eines bundesweiten Portals zu *Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus* beteiligt, das im Koalitionsvertrag der Bundesregierung festgeschrieben ist.

Wolfgang Zimmermann (Leiter des Generallandesarchivs Karlsruhe), Theresia Bauer (Wissenschaftsministerin) und Gerald Maier (Präsident des Landesarchivs) präsentieren am 28. März 2022 die neue Ausgabe des Journals RECHTS.GESCHEHEN.

Aufnahme: Artis – Uli Deck





Das neue Leitungsteam am IFE:
Benjamin Zech und Svenja Brucker.

Aufnahme: LABW

Höhepunkte an unseren Standorten

Institut für Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut

Neues Leitungsteam mit Benjamin Zech und Svenja Brucker

Das Institut hat seit dem 1. August 2022 ein neues Leitungsteam. Nach jeweils über 30 Dienstjahren im Landesarchiv Baden-Württemberg sind die Leiterin der Konservierung, Restaurierung und Notfallvorsorge Dr. Anna Haberditzl und der Institutsleiter Udo Herkert in den Ruhestand gegangen. Neuer Außenstellenleiter ist Benjamin Zech, wissenschaftlicher Archivar und Konservator für Neue Medien. Die Stellvertretung hat die wissenschaftliche Restauratorin Svenja Brucker übernommen, die seit 2013 in der Einbandrestaurierung des Instituts tätig ist. Aktuelle Arbeitsschwerpunkte des Hauses sind die weitere Umstellung von der analogen auf die digitale Technik und der Ausbau der Informationsangebote über die Bestandserhaltung im Landesarchiv.

Grundbuchzentralarchiv Kornwestheim

Workshop zum 10-jährigen Archiv-Jubiläum

Am 1. März 2012 rollte der erste Lastwagen mit Grundbuchunterlagen auf das Kornwestheimer Salamander-Areal. Anlässlich seines 10-jährigen Bestehens veranstaltete das Grundbuchzentralarchiv Anfang Juli 2022 unter dem Titel *Grundbuchunterlagen in*

Archiven – Alltag zwischen Staub und Innovation einen Workshop. Zu der Veranstaltung vor Ort kamen Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Deutschland und Österreich. Mehr als 50 Personen verfolgten den live übertragenen Workshop zudem online. Am Vormittag ging es um den archivischen Umgang mit modernen Grundbuchunterlagen aus der Zeit nach 1900. Vorträge aus unterschiedlichen Bundesländern zeigten die jeweilige Praxis mit diesen Unterlagen, Herausforderungen und verschiedene Lösungsansätze. Am Nachmittag standen die verschiedenen Auswertungsmöglichkeiten vor allem der historischen Grundbuchunterlagen aus der Zeit vor 1900 im Mittelpunkt der Vorträge.

Ebenfalls im Juli fand im Grundbuchzentralarchiv die landesarchivweite Notfallübung statt.

Staatsarchiv Freiburg

Freiburg in Fotos von Willy Pragher

Im Juli wurde die vom Staatsarchiv Freiburg in Zusammenarbeit mit den Städtischen Museen erstellte Ausstellung *Typisch!? Freiburg und die Region in Fotos von Willy Pragher* im Haus der Grafischen Sammlung des Augustiner Museums Freiburg eröffnet. Die Bilderschau gab nicht nur Einblicke in die Lebenswirklichkeit der Stadt und ihres Umlands von den 1950ern bis in die 1980er Jahre und in das Schaffen des weit über die Grenzen Baden-Württembergs hinaus bekannten Fotografen Willy Pragher. Sie fokussierte vielmehr auch die Problematik

stereotyper Wahrnehmung im Medium Fotografie und konfrontierte die Betrachenden in jedem Bild mit den Fragen eigener klischeehafter Wahrnehmung und visuellen *Schubladendenkens*. Die Ausstellung, die – wie auch der Begleitband – regen Anklang fand, zog annähernd 4.000 Besucher an und war ein schönes Beispiel für eine gelungene institutionelle Kooperation.

Generallandesarchiv Karlsruhe

Der Tod im Winterberg-Tunnel.
Eine Tragödie im Ersten Weltkrieg

Dass das Landesarchiv auf aktuelle Forschungsfragen rasch und kompetent reagieren kann, zeigte sich bei der Wiederentdeckung des *Winterberg-Tunnels* in Nordfrankreich. In ihm waren während des Ersten Weltkriegs 100 bis 150 badische Soldaten auf tragische Weise verschüttet worden. Binnen eines Jahres hat das Generallandesarchiv Karlsruhe eine viel beachtete deutsch-französische Wanderausstellung erarbeitet, in der das Schicksal der Vermissten weitgehend geklärt werden konnte. Sie wurde am 18. Mai 2022 von Landtagspräsidentin Muhterem Aras und Wolfgang Schneiderhan, Präsident des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge, in Karlsruhe feierlich eröffnet. Nach Stationen in Konstanz und Brüssel ist sie 2023 unter anderem am Ort des Geschehens, der *Caverne du Dragon* (Aisne), und im *Historial* auf dem Hartmannsweilerkopf im Elsass zu sehen.



Turmspitze des Freiburger Münsters von innen, 20. Juni 1951.

Aufnahme: Willy Pragher
Vorlage: LABW, StAF W 134 Nr. 020117c

Staatsarchiv Ludwigsburg

Transformation der Wiedergutmachung

Ein Schwerpunkt der Aktivitäten im Staatsarchiv Ludwigsburg war 2022 das Projekt *Transformation der Wiedergutmachung*. Finanziert aus Mitteln des Bundesministeriums der Finanzen konnten im Verlauf des Jahres knapp 100.000 Scans von Wiedergutmachungsakten erstellt werden, die für Nachfahren von NS-Opfern, Forschungsprojekte und Gedenkstätten kostenfrei zur Verfügung stehen. Erste Projektergebnisse, unter anderem aus KI-gestützten Experimenten zur Erschließung von Wiedergutmachungsakten, stellten das Landesarchiv und Projektpartner FIZ Karlsruhe auf einer gemeinsamen Veranstaltung im April vor. Im Herbst fanden diverse kleinere Veranstaltungen statt, die den Blick auf ganz unterschiedliche Nutzungsvorhaben zu Unterlagen über NS-Opfer richteten. Zeitgleich starteten im Landesarchiv zwei neue Vermittlungsformate, um ein breiteres, auch jüngeres Publikum zur Beschäftigung mit dem Thema Wiedergutmachung einzuladen: die fünfteilige Podcast-Reihe *Sprechende Akten. NS-Opfer und ihr Ringen um Entschädigung* sowie eine Pop-Up-Ausstellung auf dem Ludwigsburger Arsenalplatz.



Hohenlohe-Zentralarchiv Neuenstein

Archiv für alle. Ein Wochenendworkshop im Hohenlohe-Zentralarchiv

Wenn man sich über einen Stapel Rechnungen freut, sind sie meist historisch und längst beglichen. So konnten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops ganz entspannt über umfangreiche Rechnungsserien der Grafschaft Hohenlohe beugen. Dabei gingen sie der Frage nach, wie die damaligen Angaben zum Wert von Eiern, Hühnern oder Kälbern zu verstehen und einzuordnen sind. Je nach Erfahrung im Lesen der Kurrentschrift konnte man sich allein oder in einer Gruppe auf die Suche begeben. So entstand schnell eine gute Zusammenarbeit auch über Gruppen hinweg, was einen unkomplizierten und geselligen Zugang zu den Quellen eröffnete. Und wer genug von Karpfen, Krebsen, Wein oder Erbsen hatte, konnte sich zu einem Plausch bei Kaffee, Tee und Brezeln zurückziehen und sich so für den nächsten Rechnungsband stärken. Archivarbeit mal ganz anders!

Staatsarchiv Sigmaringen

Austausch-Workshop zwischen den (General-)Staatsanwaltschaften und dem Landesarchiv



Sarah Hoyer, Sabine Hennig, Bernd Adrian (verdeckt) und Daniela Michel (v. l. n. r.) führen in den Workshop ein.

Aufnahme: LABW, StAS

Am 14. Juli 2022 fand im Staatsarchiv Sigmaringen der zweite Austausch-Workshop zwischen den (General-)Staatsanwaltschaften und dem Landesarchiv statt. Vertreterinnen und Vertreter beider Institutionen nutzten den Tag, um die jeweiligen Arbeitsabläufe aufeinander abzustimmen und die künftige Zusammenarbeit zu gestalten. Vor dem Hintergrund des Übergangs in die digitale Welt kamen unterschiedliche Aspekte aus dem Lebenszyklus einer Akte von der Entstehung in der Staatsanwaltschaft bis zur Übernahme in das Staatsarchiv zur Sprache. Danach standen gemeinsame Führungen sowohl durch die historischen Räumlichkeiten als auch durch die Archivräume des Staatsarchivs Sigmaringen auf dem Programm. Im Anschluss hatten die Teilnehmenden der Staatsanwaltschaften Gelegenheit, mit den Zuständigen aus den jeweiligen Sprengelarchiven ins Gespräch zu kommen, um individuelle Themen zu besprechen. Das erfolgreiche Austauschformat soll auf Wunsch aller Beteiligten unbedingt beibehalten werden.

Hauptstaatsarchiv Stuttgart

Ich kan yetzo nit mee ... Johannes Reuchlin unterwegs im Dienst Württembergs

Johannes Reuchlin (1455–1522), der in Stuttgart gestorben ist, gilt als einer der großen Gelehrten des Humanismus in Deutschland. 2022 jährte sich sein Todestag zum 500. Mal. Aus diesem Anlass erinnerte das Hauptstaatsarchiv Stuttgart gemeinsam mit der Württembergischen Landesbibliothek an das Leben und Wirken Reuchlins. Im Vordergrund stand dabei die bedeutende Tätigkeit Johannes Reuchlins im Dienst der Herrschaft Württemberg, denn als Diplomat und

Jurist war Reuchlin jahrzehntlang für Graf Eberhard im Bart unterwegs. Reuchlin wurde damit *mitten im Leben* gezeigt. Wertvolle Urkunden und Drucke, kostbare Handschriften und eigenhändige Aufzeichnungen aus seiner Feder vermittelten einen plastischen Eindruck seiner rastlosen Mobilität. Die Präsentation der Objekte wurde durch interaktive Angebote vertieft, Hörstationen und Karten machten Reuchlin und seine Welt um 1500 konkret erfahrbar. Aufgrund des großen überregionalen Zuspruchs und des intensiv nachgefragten Führungsprogramms wurde die Ausstellung schließlich sogar um zwei Monate verlängert.

Staatsarchiv Wertheim

Fotoarchiv Wehnert: einzigartige Glasplattensammlung online



Postfahrzeuge verschiedener Epochen vor dem Postgebäude in Wertheim.

Vorlage: LABW, StAWt S-N 70 G 1065

Anfang des Jahres 2022 war es endlich soweit: Über 6.500 Glasplatten aus dem Wehnert'schen Fotoarchiv kamen digitalisiert zurück an den Archivverbund Main-Tauber. Nach Gliederung und Korrekturlesen aller oft noch unvollständigen Beschreibungen wurden die Datensätze samt digitaler Abbildungen zur freien Nutzung online gestellt. Neben der Stadt Wertheim und Umgebung dokumentieren die Aufnahmen Feste und Feiern, aber auch Industrieprodukte und Handwerk, einzelne Personen und Personengruppen. Nach einem Aufruf in der örtlichen Tageszeitung meldeten sich interessierte Bürgerinnen und Bürger, um unbekannte Gebäude und Personen zu identifizieren. Damit ist ein Anfang gemacht, um die insgesamt etwa 200.000 Aufnahmen umfassende, einzigartige Fotosammlung aus der Zeit von 1880 bis 2014 der Allgemeinheit zugänglich zu machen. Als nächstes folgt die Digitalisierung der Negativfilmstreifen, die sicher weitere unbekannte Blickwinkel offenbaren werden.

Statistik

Das Landesarchiv in Zahlen

Das Wesentliche auf einen Blick (Stand zum 31.12.2022)

Gesamtumfang des Archivguts (in Metern)	171.611
Gesamtumfang Archivgut zzgl. Unterlagen im Grundbuchzentralarchiv (in Metern)	325.975
Digitales und digitalisiertes Archivgut (in Terabyte)	93,25
Archivalieneinheiten in DIMAG (=Digitales Magazin)	137.379
Archivierte Datensätze in DIMAG	294.403.593
Auslastung der Magazine (in %)	90,2%
Zu betreuende Registraturen	990
Erschlossenes Archivgut (Anteil des Gesamtumfangs)	89,6%
In Online-Findmitteln nachgewiesenes Archivgut (Anteil des Gesamtumfangs)	65,7%
Digitalisate von Archivgut im Internet	18.886.755
Digitalisate von Archivgut im Intranet	21.878.815
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	309

Grundbuchzentralarchiv (GBZA)

Gesamtumfang der Unterlagen zum 31.12.2022 (in Metern)	163.577
davon Archivgut	9.213
Erfasste Unterlagen (Anteil des Gesamtbestands)	98,82%

Unsere Leistungen im Jahr 2022

Nutzungen (Nutzertage)	6.327
Ausgehobene Archivalien	80.310
Anzahl der im GBZA bereitgestellten Einheiten für die amtliche Nutzung	215.178
Abgegebene Reproduktionen	374.692
Schriftliche Auskünfte	15.874
Nutzung der Online-Angebote	
Besuche auf der Webseite www.landearchiv-bw.de	203.851
Besuche im Online-Findmittelsystem	1.158.704
Einzelaufrufe von Digitalisaten im Online-Findmittelsystem (in Mio.)	5,22
Besuche im Landeskundeportal LEO-BW (in Mio.)	1,72
Neu hinzugekommenes Archivgut (in Metern)	1.419
Fachgerecht verpackte Archivalien (in Metern)	1.834
Erschlossenes Archivgut (in Metern)	2.648
Erfasste Unterlagen im GBZA (in Metern)	49
Restauriertes Archivgut (Anzahl Archivalieneinheiten)	2.322
Verfilmtes Archivgut (in Metern)	230,7
Ausstellungen	17
Besucherinnen und Besucher bei Ausstellungen	64.038
Veranstaltungen und Führungen (auch online)	559
Teilnehmende Personen bei Veranstaltungen und Führungen	10.310
davon Schülerinnen und Schüler bei Führungen	1.460

Dank

des Präsidenten Prof. Dr. Gerald Maier

2022 war ein bewegtes Jahr. Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat uns alle tief erschüttert. Auch wir im Landesarchiv waren fassungslos über diesen Krieg in Europa. Deshalb haben wir uns entschieden, der Ukraine, ihrer Geschichte und Kultur, kurzfristig eine eigene Ausgabe unserer Archivnachrichten zu widmen.

Mit Aufhebung der Corona-Maßnahmen kehrte wieder mehr Normalität und Planungssicherheit in unseren Arbeitsalltag zurück. Der persönliche Austausch, aber auch Veranstaltungen in Präsenz haben gegenüber den Vorjahren deutlich zugenommen. Besonders gefreut hat mich, dass die Lesesäle an unseren Archivstandorten 2022 das ganze Jahr über geöffnet waren und wir unsere Dienstleistungen vor Ort ohne Einschränkungen anbieten konnten.

Insgesamt hat das Landesarchiv Baden-Württemberg 2022 trotz vielfältiger Herausforderungen und Belastungen zahlreiche Vorhaben auf den Weg gebracht oder erfolgreich abgeschlossen. Mein Dank gilt dafür an erster Stelle allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landesarchivs und ihrem großen Engagement in den unterschiedlichen Arbeitsbereichen.

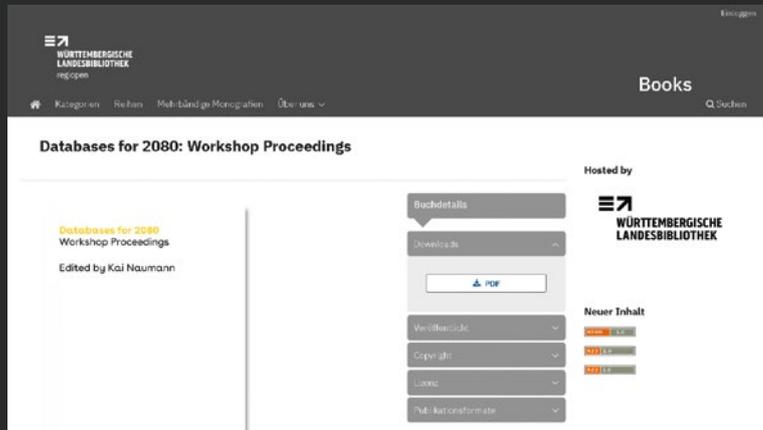
Viele Aktivitäten und Projekte des Landesarchivs sind nur im Zusammenspiel mit Partnern – sei es aus Politik, Verwaltung, Justiz, Kultur oder Wissenschaft – realisierbar. All unseren Partnern danke ich für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit und freue mich auf eine Fortsetzung in 2023. Als Landesoberbehörde gehört das Landesarchiv zum Geschäftsbereich des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg. Nicht zuletzt danke ich dem Ministerium für die uns 2022 entgegengebrachte Unterstützung.

Freier Zugang für alle

Neuaufstellung der Publikationsreihen des Landesarchivs

1 Der Tagungsband „Databases for 2080: Workshop Proceedings“ auf der Open-Access-Publikationsplattform „regiopen.books“ der Württembergischen Landesbibliothek.

Vorlage: LABW



Publikationsreihen des Landesarchivs auf der Open-Access-Publikationsplattform regiopen.books:
<https://books.wlb-stuttgart.de/omp/index.php/regiopen/catalog/seriesCatalog/>



Archivnachrichten auf der Open-Access-Publikationsplattform regiopen.journals:
<https://journals.wlb-stuttgart.de/ojs/index.php/an>



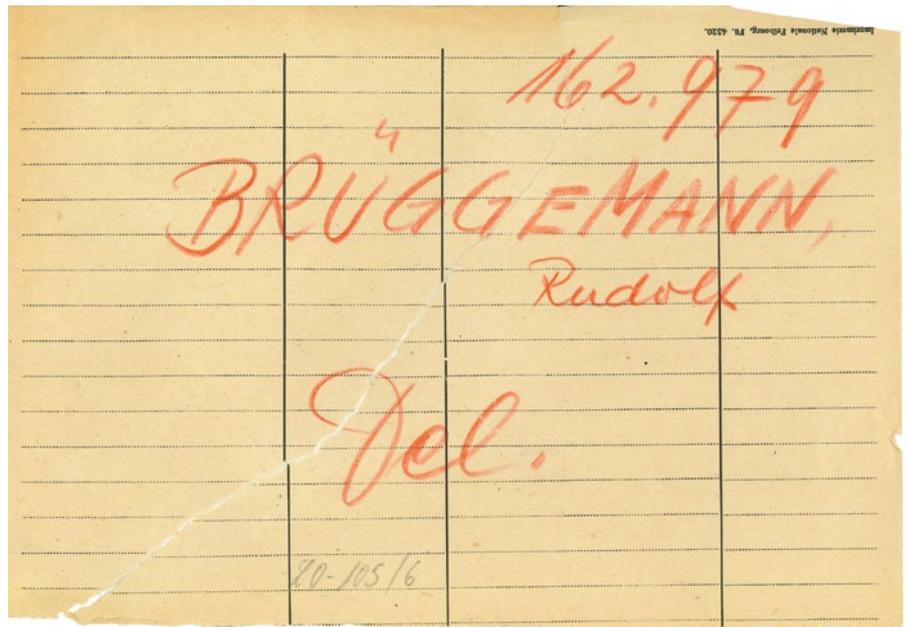
Das Landesarchiv hat entschieden, seine wissenschaftlichen Publikationen künftig Open Access, also im Internet frei zugänglich und nachnutzbar, zu publizieren. Ziel ist es, den kostenfreien Austausch von Informationen und Ideen sowie die Diskussion neuer Entwicklungen zu erleichtern. Damit reiht sich das Landesarchiv in den Kreis von Institutionen ein, die Informationen für Wissenschaft und Gesellschaft durch kostenfreie E-Publikationen in umfassender Weise und einfach zugänglich machen. Hintergrund ist, dass nicht nur Forschende, sondern auch immer häufiger Autorinnen und Autoren einen kostenfreien und nachnutzbaren Zugang zu ihren Beiträgen wünschen. Das Landesarchiv wird seine wissenschaftlichen Publikationsreihen zukünftig als E-Publikationen unter der Lizenz *Namensnennung 4.0 International (CC BY 4.0)* auf der neuen Open-Access-Publikationsplattform *regiopen.books* der Württembergischen Landesbibliothek veröffentlichen. Soweit rechtlich möglich werden hier auch nach und nach ältere Publikationen des Landesarchivs zugänglich gemacht.

Da bei einzelnen Publikationen neben der elektronischen Version der Wunsch nach einem gedruckten Band zu erwarten ist, werden ergänzend kleine Druckauflagen angeboten. Partner auf diesem Weg ist der Jan Thorbecke

Verlag, der für das Landesarchiv kein Unbekannter ist; bereits bei den Kreisbeschreibungen und bei mehreren Ausstellungsprojekten fand eine Zusammenarbeit statt. Der Thorbecke Verlag verfügt über einen ausgeprägten Schwerpunkt im Bereich der Geschichtswissenschaften und Landeskunde. Künftig werden dort alle gedruckten Publikationen des Landesarchivs erscheinen, auch die Ausstellungskataloge, die das Landesarchiv weiterhin selbst produzieren wird. Mit dieser Weiterentwicklung im Publikationsbereich endet die über hundertjährige und erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem Verlag W. Kohlhammer GmbH. Die erst in den letzten Jahren im Verlag Kohlhammer erschienen Bände des Landesarchivs werden bis Herbst 2023 über den Verlag bzw. den Buchhandel zu beziehen sein.

Im Zuge der Neuaufstellung des Publikationsbereichs werden auch die *Archivnachrichten* im Angebot der Württembergischen Landesbibliothek eine neue Heimat finden: Sie werden über die Publikationsplattform *regiopen.journals* zugänglich sein. Neben dauerhaft zitierfähigen Links werden die Beiträge aus den Archivnachrichten dort erfasst und recherchierbar gemacht. Ein neuer Service, der allen Leserinnen und Lesern zugutekommt.

✱ Verena Schweizer



Die Lücken werden geschlossen

Start der Erschließung der Entnazifizierungsunterlagen des französischen Diplomatischen Archivs im Staatsarchiv Freiburg

1 Die Akte Nr. 162979 aus dem französischen Bestand und dem neuen Online-Findmittel D 180/18: Die umfangreiche Akte von Rudolf Brüggemann umfasst 235 Digitalisate.

Vorlage: LABW, StAF D 180/18 Nr. 592

2 Die Akte Nr. 162979 aus dem Bestand D 180/2: Zu Rudolf Brüggemann lagerte im Staatsarchiv Freiburg bis jetzt nur eine Seite.

Vorlage: LABW, StAF D 180/2 Nr. 162979

In den Archivnachrichten (64/2022) wurde bereits über eine deutsch-französische Kooperation berichtet, durch die dem Staatsarchiv Freiburg insgesamt mehr als 1,6 Millionen Seiten an digitalisierten Entnazifizierungsunterlagen zur Verfügung gestellt werden. Am 14. Oktober 2021 erfolgte eine erste Übergabe von Digitalisaten bei einer Pressekonferenz im französischen Generalkonsulat Stuttgart. Innerhalb des Jahres 2022 kamen sieben weitere Lieferungen hinzu, welche auf den Servern des Landesarchivs Baden-Württemberg lagern und schon weit mehr als 10 Terabyte an Speicher belegen. Es wird davon ausgegangen, dass ca. 35 bis 40 Terabyte an Speicher benötigt werden, um die gesamten Dateien (im hochauflösenden

TIFF-Format und im niedrigauflösenden JPG-Format) zu sichern.

Am 1. Juli 2022 begann die Erschließung der Digitalisate im Staatsarchiv Freiburg. Das Erschließungskonzept sieht vor, dass ein neues Online-Findmittel erstellt (Bestand LABW, StAF D 180/18) und die Digitalisate online gestellt werden. Dabei wird die vorhandene Ordnung des französischen Bestandes weitgehend beibehalten. Die französischen Unterlagen sind alphabetisch in einem Carton-System in insgesamt 912 Kartons aufbewahrt und werden in Freiburg mit dem Programm *scopeArchiv* in den deutschen digitalen Bestand überführt.

Jeder Karton enthält Unterlagen zu ca. 100 Einzelfällen, welche tiefer erschlossen werden. Umfangreichere Personenakten (ab ca. 20 Seiten) werden als Einzelakten erfasst. Das heißt, es werden Vor- und Nachname, das Geburtsdatum und die französische Carton-Signatur aufgenommen sowie Verweise auf die im Bestand LABW, StAF D 180/2 verwahrten Spruchkammerakten gesetzt. Die übrigen, sehr dünnen Akten werden als Sammelakten verzeichnet. Aufgrund der großen Datenmenge und der begrenzten finanziellen und personellen Ressourcen ist es nicht möglich, für jede Akte einen eigenen Eintrag zu erstellen. Neben einer rechtlichen Prüfung zu den Schutzfristen zur Veröffentlichung von personenbezogenen Daten wird auch noch ein ausführliches Vorwort verfasst werden. Dieses Vorwort wird dann auf die Geschichte des Bestandes eingehen und Hinweise zur Nutzung liefern. Ab voraussichtlich 2025 werden die Daten und die Digitalisate der 912 Kartons im Online-Findmittel-system hinterlegt sein. ✱ **Alexander Gerhardt**

160 Jahre deutsch- thailändische Freundschaft

Prinzessin Maha Chakri Sirindhorn besucht das Hauptstaatsarchiv Stuttgart

1 Dr. Albrecht Ernst zeigt
Prinzessin Maha Chakri
Sirindhorn den Staats-
vertrag von 1862.

Aufnahme: LABW, HStAS

Am 7. Februar 1862 schlossen die Staaten des Deutschen Zollvereins mit dem Königreich Siam einen Freundschafts-, Schifffahrts- und Handelsvertrag. Das von dem preußischen Gesandten Friedrich Albrecht Graf zu Eulenburg ausgehandelte Dokument garantierte Deutschen und Thailändern gegenseitigen Schutz. Es regelte einen ungehinderten Handel und Schiffsverkehr, die Errichtung von Konsulaten, Niederlassungs- und Religionsfreiheit. Der Austausch der Ratifikationsurkunden fand am 23. Mai 1864 in Bangkok statt. Das Exemplar des Königreichs Württemberg wird im Hauptstaatsarchiv Stuttgart (LABW, HStAS E 100 Nr. 270) aufbewahrt. Ein mit rotem, floralem Damaststoff ausgekleidetes Holzkästchen birgt das in blauem Samt gebundene Vertragsdokument, das in einer Metallkapsel die vergoldeten Siegel der Könige Mongkut und Pinklao trägt.

Das 160-jährige Jubiläum diplomatischer Beziehungen zwischen Thailand und Deutschland war Anlass für einen royalen Besuch in Stuttgart, den die Berliner Botschaft und das Hauptstaatsarchiv minutiös vorbereitet hatten.

Am 12. September 2022 war es so weit: Prinzessin Maha Chakri Sirindhorn, die Schwester des thailändischen Königs Rama X., entstieg einem Konvoi schwarzer Luxuslimousinen. Begleitet wurde die 67-Jährige von Dr. Nadhavathna Krishnamra, dem thailändischen Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, und einem vielköpfigen Gefolge.

Nach der Begrüßung vor dem Archivgebäude bekamen die illustren Gäste spannende Dokumente einer gemeinsamen Geschichte im Lesesaal zu sehen. Neben dem konstitutiven Freundschaftsvertrag von 1862 wurden ausgewählte Schriftstücke präsentiert, die den einstigen Warenaustausch, die konsularischen Beziehungen sowie die biografischen und kulturellen Verflechtungen zwischen Württemberg und Siam beleuchten. Auf den Hinweis, dass König Chulalongkorn 1907 zu den ersten Kunden des von einem Hohenloher Juden gegründeten *KaDeWe* gehörte, erwiderte die Prinzessin schlagfertig, das Berliner Nobelkaufhaus befinde sich heute weitgehend in thailändischem Besitz. Auf Sirindhorns Interesse stießen auch Fotos, die ihre Eltern, König Bhumibol und Königin Sirikit, beim vielfach bewunderten Besuch in der baden-württembergischen Landeshauptstadt im August 1960 zeigen. Getreu dem elterlichen Vermächtnis engagiert sich die Prinzessin für wissenschaftliche, soziale, kulturelle und ökologische Projekte, wofür ihr die thailändische Bevölkerung hohen Respekt zollt.

Beim Rundgang durch die Magazine des Hauptstaatsarchivs ließ sich die historisch bewanderte Besucherin von Schätzen der südwestdeutschen Landesgeschichte aus mehr als sechs Jahrhunderten beeindruckt. Zur Erinnerung an den mehrstündigen Aufenthalt schrieb sich Prinzessin Maha Chakri Sirindhorn in das Gästebuch ein und erhielt als Geschenk ein fotografisches Faksimile des Freundschaftsvertrages von 1862. ✱ **Albrecht Ernst**



Den Frühling begrüßen mit der Landeskunde-App »Landauf, LandApp« Die LEO-BW-Mitmach-App für Lieblingsorte im Ländle

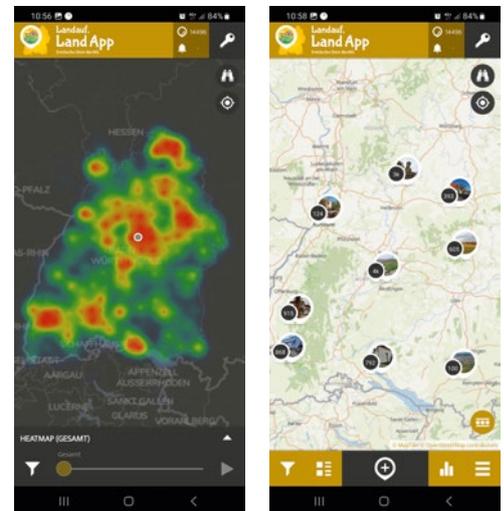
1,2 Die Heatmap zeigt die Dichte der Spots mit Farben an. So ist mit nur einem Klick zu erkennen, welche Ecken Baden-Württembergs bisher besonders häufig besucht und für die App fotografiert wurden und zu welchen Orten bisher nur wenige Beiträge existieren.

Vorlage: LABW

Vor drei Jahren startete die interaktive Landeskunde-App von LEO-BW mit dem Ziel, das reiche Erbe an Bau-, Kultur- und Naturdenkmälern in Baden-Württemberg durch Mithilfe der Bürgerinnen und Bürger zu kartieren. Nutzerinnen und Nutzer können so gemäß dem Konzept der Citizen Science selbst aktiv die Kultur- und Baugeschichte des Landes erforschen und dokumentieren. Das Prinzip der App ist einfach: Sie fotografieren beispielsweise Ihre persönlichen Lieblingsorte und hinterlegen diese selbst auf der interaktiven Karte der App. Ihre Aufnahmen können Sie anschließend mit einem kleinen Text versehen, um sowohl die Bedeutung Ihres Motives als auch Ihren persönlichen Bezug dazu mitzuteilen.

Landauf, LandApp soll dazu beitragen, dass wir uns intensiver mit der Kultur und Geschichte unserer Umgebung auseinandersetzen – ob im Heimatort oder bei Ausflügen. Und das mit Erfolg: Mittlerweile wurden durch die zahlreichen Nutzerinnen und Nutzer der App circa 15.000 Beiträge eingestellt. Neben bekannten Sehenswürdigkeiten wie Burgen, Schlössern, Kirchen oder Klöstern, zeugen gerade die Aufnahmen von weniger bekannten Orten oder lokalen Besonderheiten wie Wegkreuzen, Grenzsteinen oder Wohnhäusern von der kulturellen Vielfalt Baden-Württembergs. Vor allem aber wird deutlich, dass sich überall im Ländle – auch abseits bekannter Wege – geschichtsträchtige und spannende Orte finden lassen.

Dass Baden-Württemberg darüber hinaus ganz wesentlich durch die Vielfalt seiner Naturräume geprägt ist, spiegelt sich in den vielen Natur- und Landschaftsaufnahmen wider. Aber auch alltägliche Motive vor der eigenen Haustür wurden mithilfe der App eingefangen und dokumentiert, da gerade das (vermeintlich) Gewöhnliche Auskunft über regionale Besonderheiten oder den Fortbestand alter Traditionen geben kann. Die detaillierten Ortskenntnisse der Nutzerinnen und Nutzer machen die Beiträge zu einer wertvollen Ergänzung der landeskund-



1

2

lichen Inhalte auf LEO-BW. Die Aufnahmen und Beschreibungen aus der App werden sukzessive über das Portal zugänglich gemacht.

Wenn auch Sie Ihre Entdeckungen oder Lieblingsorte teilen wollen, dann machen Sie mit! Egal ob groß oder klein, gewöhnlich oder ungewöhnlich: Mit jedem weiteren geteilten Lieblingsort oder Fundstück füllt sich die interaktive Karte Baden-Württembergs ein bisschen mehr. Erhältlich ist die kostenlose *Landauf, LandApp*, deren hochgeladene Inhalte als frei nutzbare Open-Data unter CC0-Lizenz geführt werden, sowohl als Mobilversion für Smartphones als auch in einer Desktop-Version für den Heimcomputer. * **Johanna Hähner, Eva Rincke**

[www.leo-bw.de/
landauf-landapp](http://www.leo-bw.de/landauf-landapp)



Ausbildung im gehobenen Archivdienst erfolgreich abgeschlossen

Verabschiedung von acht Archivinspektorwärterinnen und -anwärtern im Hauptstaatsarchiv Stuttgart



1

1 Von links nach rechts: Lena Kirchner, Annika Stehle, Raphael Schmitz, Sophie Hildner, Jannik Staudenmaier, Christian Hofmann, Lisa Jahn, Dr. René Gilbert.

Aufnahme: LABW, HStAS

Am 29. September 2022 war es so weit. Acht Archivinspektorwärterinnen und anwärter konnten im Hauptstaatsarchiv Stuttgart ihre Zeugnisse über das erfolgreiche Bestehen der archivarischen Staatsprüfung in Empfang nehmen. Mit dem Abschluss ihres dreijährigen Vorbereitungsdienstes erlangten die Auszubildenden den Titel einer Diplom-Archivarin (FH) bzw. eines Diplom-Archivars (FH).

In einer kleinen Feierstunde wurde an die verschiedenen Stationen des Vorbereitungsdienstes erinnert. Die Anwärtterinnen und Anwärtter, deren Lehrgang am 1. Oktober 2019 begonnen hatte, absolvierten im ersten Ausbildungsjahr ihre berufspraktischen Studien im Hauptstaatsarchiv, dem koordinierenden Ausbildungsarchiv in Baden-Württemberg, sowie das Fachstudium Verwaltungswissenschaften an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg. In diese erste Phase des Vorbereitungsdienstes fiel der Beginn der Corona-Krise, welche die Ausbildung der Anwärtterinnen und Anwärtter von nun an nicht unerheblich prägen sollte.

Mit dem Wechsel an die Archivschule Marburg nahmen die jungen Kolleginnen und

Kollegen am 1. Oktober 2020 ihr 18-monatiges archivwissenschaftliches Fachstudium auf. Aufgrund der pandemiebedingten Einschränkungen mussten die Marburger Lehrveranstaltungen vielfach als Videokonferenzen durchgeführt werden. Den letzten Ausbildungsabschnitt bildete das fünfmonatige Abschlusspraktikum in einem nichtstaatlichen Archiv in Baden-Württemberg. Daran schloss sich die einmonatige Prüfungsphase an, die sich in einen schriftlichen und einen mündlichen Teil gliederte.

Bei der Verabschiedung wurde das große Engagement der Anwärtterinnen und Anwärtter gerade vor dem Hintergrund der nicht immer einfachen äußeren Rahmenbedingungen in den Jahren der Corona-Pandemie herausgehoben. Sehr erfreulich ist, dass alle acht Absolventinnen und Absolventen nach Beendigung ihrer Ausbildung eine Arbeitsstelle in einem staatlichen oder in einem kommunalen Archiv gefunden haben. Das Landesarchiv gratuliert den Auszubildenden zum erfolgreichen Abschluss des Vorbereitungsdienstes und wünscht ihnen für ihre berufliche und persönliche Zukunft alles Gute. ✨ **Wolfgang Mährle**



»Mit spitzer Feder« Neue Angebote für jung und jung Gebliebene im Grundbuchzentralarchiv

Information

Landesarchiv
Baden-Württemberg
Grundbuchzentralarchiv
Stammheimer Straße 10
70806 Kornwestheim
Telefon: 07154 17820-500
E-Mail: gbza@la-bw.de
www.landesarchiv-bw.de/gbza

Wenn man mit Jugendlichen spricht, interessieren sich viele für Geschichte. Gleichzeitig erfährt man, dass der Geschichtsunterricht als langweilig wahrgenommen wird. Ganz anders die Reaktionen bei den letzten Angeboten des Grundbuchzentralarchivs in Kornwestheim. Zur Ausstellung *Ich habe den Krieg verhindern wollen. Georg Elser und das Attentat vom 8. November 1939* entwickelte die Georg Elser Gedenkstätte Königsbronn eine Schülerführung und testete diese erstmals in Kornwestheim. *Unglaublich, in so kurzer Zeit!* So oder so ähnlich hörte man es immer wieder, als den Schülerinnen und Schülern der Realschule Bissingen klar wurde, dass die Nazis nur gut 100 Tage nach der Machtergreifung benötigten, um den Rechtsstaat komplett abzuschaffen.

Auch künftig wird das Grundbuchzentralarchiv Führungen für Schülerinnen und Schüler und andere Interessierte anbieten. Zudem hat es für die Klassenstufe 5-7 das archivpädagogische Angebot *Mit spitzer Feder* entwickelt. Hier erfahren die Schülerinnen und Schüler wie Geschichte *gemacht* wird und die Rolle der Archive in diesem Prozess. Dabei können sie selbst zur Feder greifen. Bevor jedoch die Feder ins Tintenfass gesteckt werden kann, muss diese natürlich noch hergerichtet werden. Schreiben als echte Handarbeit und Geschichte alles andere als öde!

An Oberstufenschülerinnen und -schüler, Studierende und Geschichtsinteressierte jeglichen Alters richtet sich der zweiteilige Workshop *Fit für's Archiv*. Im ersten Einsteiger-Teil geht es darum das Archivwesen kennenzulernen. Was ist ein Archiv? Wo und wie finde ich für meine Hausarbeit / Forschung die richtigen Quellen? Und wie kann ich Quellen lesen und verstehen? Im zweiten Teil geht es speziell um das Grundbuchzentralarchiv und die historischen Grundbuchunterlagen. Dabei steht die Frage im Vordergrund, wie kann man diese Unterlagen für die Familien-, Haus-, oder Ortsgeschichte fruchtbar machen? Die Workshops können unabhängig voneinander besucht werden.

Bei Interesse an den Führungen, dem archivpädagogischen Angebot oder den Workshops kommen Sie gerne auf uns zu!

✱ Michael Aumüller

1 Joachim Ziller (Leiter Georg Elser Gedenkstätte) mit Schülern der 9. Klasse der Realschule Bissingen.

Aufnahme: LABW, GBZA



Quellen griffbereit Aufgeblättert und online zugänglich

Zentrale Quellen zur Badischen Revolution 1848/49 online Mikroverfilmte Archivalien aus dem Generallandesarchiv Karlsruhe und dem Staatsarchiv Freiburg digitalisiert



1

1 »Die Preußen kommen!«
(Ausschnitt einer Lithografie mit insgesamt fünf Zeichnungen).

Vorlage: LABW, GLAK
J-G B 1 (12)

2 Gustav Struve und Friedrich Hecker. Führer der republikanischen Freischaren im badischen Oberlande, 1848 (Bildausschnitt).

Vorlage: LABW, GLAK
J-G H 3

Direkt zur Quellensammlung „Zentrale Quellen zur Badischen Revolution 1848/49“:

https://www2.landesarchiv-bw.de/ofs21/inventar/startbild.php?inventar=bad_revolution1848



2023/24 jährt sich die Badische Revolution von 1848/49 zum 175. Mal. Obwohl sie schließlich militärisch niedergeschlagen wurde, kommt ihr doch eine große demokratiegeschichtliche Bedeutung zu. Denn das revolutionäre Geschehen wurde wesentlich geprägt durch eine von weiten Teilen der Bevölkerung getragene Freiheitsbewegung, die ihrer Forderung nach angemessener politischer Partizipation durch landesweite Aktionen auf Straßen und Plätzen, in Versammlungen, mit Flugblättern und eigenen Presseorganen – in Wort und Schrift bis hin zur massiven bewaffneten Konfrontation – Aus- und Nachdruck verlieh.

Aus konservatorischen Gründen wurden bereits vor 25 Jahren – anlässlich der 150. Wiederkehr dieses Ereignisses – 680 zentrale und kundenseitig häufig nachgefragte themenbezogene Quellen aus amtlichen Aktenbeständen, Nachlässen und Sammlungsgut mikroverfilmt. Diese Mikrofilme standen bislang jedoch nur den Archivbesucherinnen und -besuchern an den Reader-Printern und Mikromedien-Scannern innerhalb der Lesesäle zur Verfügung. Die Nutzerinnen und Nutzer vor Ort konnten daraus für ihre Forschungen relevante Textseiten entweder auf Papier ausdrucken oder auf einem mitgebrachten USB-Stick speichern.

Im Vorfeld des aktuellen Jubiläums wurden nun Finanz- und Personalmittel bereitgestellt, um endlich einer breiten Öffentlichkeit freien Zugang zu diesen äußerst bedeutsamen schriftlichen Quellen zur Revolution, die vereinzelt auch bis in die Zeit des *Vormärz* zurückgehen und vielfach in die *Reaktionsära* hineinreichen, zu ermöglichen. Die themenbezogene Quellensammlung ist ein gemeinsames Projekt des Generallandesarchivs Karlsruhe, des Staatsarchivs Freiburg und der Abteilung Archivischer Grundsatz des Landesarchivs. Für das Projekt wurden die Schwarz-Weiß-Mikrofilme zunächst digitalisiert und strukturiert.



2

Mithilfe der Archivsoftware wurde die um Digitalisate angereicherte, bestände- und abteilungsübergreifende Quellensammlung erstellt. Das Webangebot, das thematisch die Quellensammlung <k>Von der Monarchie zur Republik 1918–1923</k> ergänzt, steht mit Beginn des Jubiläumsjahres über das Online-Findmittelsystem des Landesarchivs Baden-Württemberg zur Verfügung. Interessentinnen und Interessenten können fortan bequem von zuhause oder ihrer Forschungsstelle aus unmittelbar auf insgesamt ca. 150.000 Textseiten zugreifen, ohne Archivreisen auf sich nehmen zu müssen.

* Fabian Beller, Michael Bock

Parlamentsgeschichte in Bildern

Fotosammlung des Landtags von Baden-Württemberg erschlossen

- 1 Fußballspiel der Mannschaft des Landtags gegen eine Mannschaft der Stadt Stuttgart in den 1980er Jahren.

Vorlage: LABW, HStAS LA 3/210 Bü 1700 Nr. 16

- 2 Einweihung des neuen Landtagsgebäudes im Juni 1961 mit prominentem Besuch aus dem ganzen Land. Abgebildet ist u. a. Ministerpräsident Kurt Georg Kiesinger.

Vorlage: LABW, HStAS LA 3/210 Bü 838 Nr. 7

Die »Fotosammlung des Landtags von Baden-Württemberg« (LABW, HStAS LA 3/210) im Online-Katalog:

<http://www.landesarchiv-bw.de/plink/?f=1-2458213&a=fb>



Der Landtag von Baden-Württemberg blickt auf eine 70-jährige Geschichte zurück. In seiner Überlieferung spiegeln sich gesellschaftliche Entwicklungen, die sich auf die politische Diskussion und letztlich auf die Gesetzgebung auswirken. Der neu erschlossene Bestand LABW, HStAS LA 3/210 umfasst über 10.000 Fotoabzüge, Dias und Negative der Landtage von Württemberg-Baden (1945–1952) und Baden-Württemberg (seit 1952). Die Sammlung wurde von der Landtagsverwaltung angelegt für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, für den Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern und für eigene Publikationen, so etwa den Landtagsspiegel. Die Aufnahmen sind zum größten Teil nach 1945 entstanden, wobei der Schwerpunkt auf der Zeit seit den 1980er Jahren liegt.

Die Fotosammlung bietet ein breites Spektrum an Bildmotiven. Angefangen mit Porträts von mehr als 550 Landtagsabgeordneten und weiteren Persönlichkeiten der Politik seit der unmittelbaren Nachkriegszeit bis hin zu Sitzungen der verschiedenen Landtagsgremien vermitteln die Bilder einen umfassenden Überblick über die politischen Akteurinnen und Akteure und ihr Handeln. Über die Landesgrenzen hinaus führen weltweite Reisen von Ausschüssen und Delegationen des Landtags, welche in zahllosen Aufnahmen festgehalten sind. Das Geschehen

im Parlament dokumentieren Fotografien von Veranstaltungen im Landtag, Wahnächten zu Landtags- und Bundestagswahlen, Landesjubiläen und hohen Staatsbesuchen aus fernsten Ländern bis hin zu Besuchen von Gruppen von Schülerinnen und Schülern aus dem Ländle. Aufschlussreich sind überdies Bilder interner Veranstaltungen, so etwa Spiele der Fußballmannschaft des Landtags, Weihnachtsfeiern, Ordensverleihungen und persönliche Jubiläen. In einer Vielzahl von Innen- und Außenaufnahmen sind die Gebäude des Landtags in Stuttgart abgelichtet, aber auch die Bauwerke der früheren Landstände und Landtage in Baden, Hohenzollern und Württemberg liefern architektonisch wertvolle Einblicke. Aus der Fülle des Bildmaterials sollen beispielhaft die Einweihung des neuen Landtagsgebäudes im Jahr 1961, der Besuch eines Untersuchungsausschusses im Kernkraftwerk Obrigheim 1994 oder die Tage der offenen Tür mit ihren bunten und bürgernahen Programmen als Publikumsmagnet hervorgehoben werden.

In seiner Gesamtheit bietet der Bestand LA 3/210 eine spannende und anschauliche Ergänzung der schriftlichen Unterlagen des Landtags von Baden-Württemberg und lässt die großen und kleinen Ereignisse der Parlamentsgeschichte auf eindrucksvolle Weise Revue passieren.

* **Sophia Scholz**

1



2





Kulturgut gesichert Gespeichert und restauriert



1

Ein württembergisches Schloss nach badischem Vorbild in schlesischen Wäldern Plansammlung zum Schloss Carlsruhe in Schlesien für das Hauptstaatsarchiv Stuttgart gesichert

1 Lithografie von Schloss
Carlsruhe, Mitte des 19. Jh.

Vorlage: LABW, HStAS
N 230 Nr. 13

Im Frühjahr 2022 wurde vom Auktionshaus Neumeister eine Sammlung von Bauzeichnungen und Plänen des Schlosses Carlsruhe (Pokój) in Schlesien zur Versteigerung angeboten. Sie hatte sich im Familienbesitz der schlesischen Linie der Herzöge von Württemberg befunden und war zuletzt Eigentum von Herzog Ferdinand Eugen von Württemberg (1925–2020).

Die Schlossanlage geht auf Herzog Carl Christian Erdmann von Württemberg-Oels (1716–1792) aus der Ersten schlesischen Linie des Hauses Württemberg zurück. Er hatte von seiner Mutter Charlotte Philippine, einer geborenen Gräfin von Redern (1691–1758), eine kleine Grundherrschaft östlich von Oels geerbt, die die beiden Dörfer Gründorf und Krogullno

umfasste. Zu den Dörfern gehörten auch ausgedehnte Waldungen im Umfang von rund 70 Quadratkilometern. 1748 ließ der Herzog dort ein Wildgehege anlegen, das den Grundstein zu dem zukünftigen Schloss Carlsruhe legen sollte.

Als das dortige Jagdhaus 1751 abbrannte, wurde es als Steinbau neu errichtet und zum Ausgangspunkt einer neuen Nebenresidenz. Die badische Residenz Carlsruhe diente dem Herzog dabei offensichtlich als Vorbild: Nicht nur die Benennung – die auch mit dem ersten Vornamen des Herzogs übereinstimmt – verweist darauf, die ganze Anlage mit dem markanten kuppelgekrönten Schloss, dessen Stellung als Fluchtpunkt eines achtstrahligen symmetrischen Wegenetzes sowie die um den zentralen Schlossbau herum gruppierten Hof- und Verwaltungsgebäude erinnern deutlich an das badische Vorbild.

Nach dem Aussterben der Ersten schlesischen Linie des Hauses Württemberg 1792 übernahm Herzog Eugen Friedrich von Württemberg (1758–1822) das Erbe von Schloss Carlsruhe. Er war der dritte Sohn des regierenden Herzogs von Württemberg, Friedrich Eugen. Freilich war dieses Erbe zu diesem Zeitpunkt erheblich geschrumpft, da die zum Herzogtum Oels gehörenden Besitzungen an die Herzöge von Braunschweig gefallen waren, sodass letztlich die Herrschaft nur noch aus dem Schloss und den besagten zwei Dörfern bestand. Dennoch gelang es seinem Sohn Herzog Eugen (1788–1857) umfangreiche Umbauten und Erweiterungen der Schlossanlage vorzunehmen. Sein Ziel scheint es vor allem gewesen zu sein, die ausgedehnten Wälder um das Schloss nutzbar zu machen und die Schlossanlage zu einer kleinen Stadt auszubauen. Dies illustrieren die zahlreichen Parzellenpläne aus der Sammlung, die sehr detaillierte Angaben für die Aufteilung der Grundstücke und ihre Bebauung machen.

Mit finanzieller Unterstützung durch die Stiftung Kulturgut des Landes Baden-Württemberg und die Kulturstiftung der Länder gelang es dem Landesarchiv, die Sammlung vorab anzukaufen. Den Zeichnungen, Karten und Plänen kommt umso größerer Wert zu, da das Schloss von der Roten Armee 1945 vollständig zerstört worden ist und sie somit die einzige bekannte bauliche Dokumentation darstellen. ✨ **Thomas Fritz**



Archive geöffnet

Ausstellungen und Veranstaltungen

Ein Raum als Einladung ins Archiv

Das Hauptstaatsarchiv öffnet sein neues Foyer mit Präsentationen aus dem Audiovisuellen Archiv

* Ausstellung

Film goes born digital
Audiovisuelle Medien
im Landesarchiv Baden-
Württemberg

* Öffnungszeiten

Ab 20. April 2023
Mo bis Mi 8.30–17.00 Uhr
Do 8.30–19.00 Uhr
Fr 8.30–16.00 Uhr

* Information

Landesarchiv
Baden-Württemberg
Hauptstaatsarchiv Stuttgart
Konrad-Adenauer-Straße 4
70173 Stuttgart
Telefon: 0711/212-4335
E-Mail: hstastuttgart@la-bw.de
www.landearchiv-bw.de/hstas



1

Das Foyer des Hauptstaatsarchivs Stuttgart diente bisher vor allem als Ausstellungsfläche. Ab 20. April 2023 wird es sich in neuer Gestalt präsentieren, in attraktiver Lounge-Atmosphäre zum Aufenthalt einladen und Raum für Gespräche bieten. Leitgedanke war es, einen *Dritten Ort* zu schaffen, also einen Raum, der neben dem eigenen Zuhause und dem Arbeitsplatz die Möglichkeit gibt, sich in entspanntem Umfeld auszutauschen oder zu lernen, und der zugleich niedrigschwellig und gut erreichbar ist.

Verschiedene Sitzgelegenheiten laden im Eingangsbereich künftig zum Verweilen ein, es kann in Publikationen geblättert, eine Zeitung studiert oder der Lesesaalbesuch nachbereitet werden. Zur Nutzerberatung bietet sich der Bereich gleichermaßen an. Für ein angenehmes Ambiente sorgen Beistelltische und Leselampen. Neue digitale Angebote, allen voran ein Multitouch-Medientisch, regen dazu an, das Hauptstaatsarchiv und seine Bestände besser kennenzulernen. Daneben sind dort Inhalte aus der Landeskundeplattform LEO-BW für die spielerische, interaktive Erkundung aufbereitet. Auch für Führungen oder archivpädagogische Angebote eignet sich der Medientisch als Einstiegspunkt.

Bei der Ausstattung des Foyers wurde auf Flexibilität geachtet, sodass die Lounge-Fläche bei Bedarf temporär verkleinert werden oder

verschwinden kann. So bleibt die Nutzung des Eingangsbereichs auch für große Veranstaltungen und Ausstellungen möglich.

Das Konzept wurde gemeinsam mit der Agentur Demirag Architekten entwickelt. Die Neugestaltung greift den Charakter des aus den 1960er Jahren stammenden Hauses auf, versucht aber auch, es ästhetisch und technisch in eine neue Zeit zu führen. Design-Klassiker und hochwertige Materialien werden mit modernen Stücken kombiniert und mit freundlichen gelben Farbakzenten aufgehellt. Dass sich in der Gestaltung die Landesfarben spiegeln, ist kein Zufall.

Mit der Öffnung des neuen Foyers werden die Besucherinnen und Besucher auch eine kleine Ausstellung erleben: In einer überwiegend digitalen Präsentation gibt es unter dem Titel *Film goes born digital* ausgewählte audiovisuelle Medien des Landesarchivs zu sehen und zu hören.

Unser Archiv soll offener werden, einladen und stärker nach außen wirken – die Modernisierung des Foyerbereichs bildet hierfür einen wichtigen Baustein. Für die Zukunft ist angedacht, nach dem Wegfall der durch die aktuelle Baustelle am Haus bestehenden Einschränkungen, auch den Vorplatz aufzuwerten und ins neue Gesamtkonzept miteinzubinden.

* Wolfgang Krauth, Maren Volk

1 Blick vom Vorplatz ins geplante Foyer.

Vorlage: Demirag Architekten, Stuttgart



Junges Archiv

Forschen, entdecken, lernen



1

Zwischen Lehrerfortbildung und Kinderkulturwoche Erfahrungen aus dem FSJ-Kultur

Der Tag, an dem ich das Gefühl hatte, voll und ganz im Staatsarchiv Sigmaringen angekommen zu sein, war der, an dem ich meinen ersten Archivalienbestand zum Bearbeiten bekam. Der erste *eigene* Bestand dürfte für jede und jeden im Archiv etwas Besonderes sein. Dass ich bei den in meine Verantwortung übergebenen Akten lediglich die Aktendeckelaufschrift in unsere Datenbank übertragen sollte, erfuhr ich erst später. Ich hatte mich direkt Hals über Kopf in die Akten gestürzt.

Einen so tollen Start in mein *Freiwilliges Soziales Jahr* hätte ich mir nicht träumen lassen. Als Abiturient ohne irgendeine konkrete Idee, was ich in Zukunft machen wollte, hatte ich

mich auf die Suche nach einer für mich interessanten Tätigkeit gemacht. Eher zufällig wurde ich auf die Möglichkeit eines Freiwilligendienstes im Staatsarchiv Sigmaringen aufmerksam. Die Entscheidung war dann schnell getroffen, zumal ich mich schon als Schüler für Geschichte interessierte. Durch den herzlichen Empfang meiner neuen Kolleginnen und Kollegen fand ich mich in meiner Wahl bestätigt.

Wer sich nun trotz allem noch fragt, warum sich ein Studienberechtigter das eingestaubte und überaus langweilige Archiv antun sollte, dem muss ich in einer Hinsicht rechtgeben. Mit Staub kommt man hier des Öfteren in Berührung. Auf jahrhundertealten Dokumenten sammelt sich eben nach einiger Zeit Staub. Was für die Akten gilt, trifft aber noch lange nicht auf die Menschen hier zu. Im Staatsarchiv Sigmaringen durfte ich die Bekanntschaft mit einigen der interessantesten Personen machen, die ich kenne.

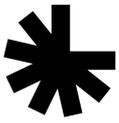
Nach einigen Wochen hatte ich dann auch meinen ersten richtigen Kontakt zur Öffentlichkeit im Archiv. Im Rahmen einer Lehrerfortbildung zum Thema Demokratiebeginn übernahm ich die Vorbereitung der historischen Tagungsräume, die Betreuung der Lehrkräfte und die Rolle des Fotografen. Durch den so entstandenen Kontakt zur Lehrerschaft konnte ich in den darauffolgenden Tagen direkt eine Lehrerführung durchs Staatsarchiv realisieren.

Hatte ich zu Beginn meines Jahres noch gedacht, ich würde den größten Teil dieser Zeit im Büro verbringen, wurde ich schnell eines Besseren belehrt. Durch die langsam gelockerten Corona-Regeln konnte sogar das interne Miteinander wieder etwas mehr stattfinden. Doch auch von außerhalb kam immer mehr Besuch und so durften wir zu unserer großen Freude in den Herbstferien neun Kinder zu einer Kinderführung bei uns willkommen heißen. Hierbei hatte ich die Ehre, als der altehrwürdige Fürst von *Tiefenzollern* durch meinen Wohnsitz führen zu dürfen. Die Kinder hatten so viel Spaß, dass sie unbedingt bei nächster Gelegenheit wiederkommen wollten.

Zwischen Lehrerfortbildung und Kinderkulturwoche kamen aber auch andere Aufgabengebiete nicht zu kurz. So freue ich mich schon darauf, bald wieder an meinem ersten Bestand weiterarbeiten zu können. Allen anderen, die sich für ein Freiwilliges Soziales Jahr interessieren, kann ich in der Zwischenzeit nur wärmstens empfehlen, dem Archiv eine Chance zu geben. Denn immerhin liegt bei uns weniger Staub als bei den meisten anderen Behörden. ✨ **Jonathan Nehenheim**

1 Kinder-Kultur-Woche in Sigmaringen. Der Fürst von *Tiefenzollern* und sein Hofstaat führen Kinder durch die früheren Wohnräume von Prinzen und Prinzessinnen. Heute ist in dem ehemals fürstlichen Wohnpalais das Staatsarchiv Sigmaringen untergebracht.

Aufnahme: Sabine Hennig



Der »Stuttgarter Tumult« 1948

Sozialer Protest zwischen Währungsreform und Weststaatsgründung



M1

M2

Mindestens 50.000 Demonstranten in der Stuttgarter Innenstadt, zerstörte Schaufensterscheiben in der Königsstraße, mehrere verletzte Polizisten und eine aufgebrachte Menge, die nur durch den Einsatz von Tränengas und gepanzerten Mannschaftswagen der US-amerikanischen Militärpolizei in Schach gehalten werden konnte – das war die Bilanz des 28. Oktober 1948. Zu diesem Tag hatten die Stuttgarter Betriebsratsvorsitzenden und Gewerkschaften zu einer Arbeitsniederlegung mit anschließender Protestkundgebung auf dem Stuttgarter Karlsplatz aufgerufen, der zahlreiche Arbeitnehmer aus dem Großraum Stuttgart Folge leisteten. Es war sicherlich eine, wenn nicht die größte Protestkundgebung der Arbeiterbewegung, die Stuttgart bis dahin gesehen hatte.

Die Demonstration und Massenkundgebung erhielt aufgrund des Einsatzes von US-amerikanischer Militärpolizei schon zeitgenössisch die Bezeichnung *Stuttgarter Tumult*. Anders als dieser Name es vermuten lässt, handelte es sich dabei aber weder um ein isoliertes, ausschließlich lokal zu erklärendes Geschehen, noch um bloße Randalie, wie es von Zeitgenossen zur Herabspielung der Vorfälle behauptet wurde. Der Stuttgarter Tumult muss vielmehr als wichtiger Teil, ja geradezu als Kulminationspunkt der Proteste gegen die Einführung der Währungsreform im Juni 1948 in den Westzonen gesehen werden. Die Unzufriedenheit in großen Teilen der Bevölkerung hatte sich nach der Währungsreform im Laufe des Sommers 1948 aufgeschaukelt und resultierte vor allem aus der Freigabe der

M1 »Die Neue Zeitung« war das zentrale Presseorgan der Propaganda- und Zensurabteilung (Information Control Division) der amerikanischen Besatzungszone und wurde seit 1945 zweimal wöchentlich in München publiziert. Obwohl von deutschen Journalisten verfasst und redigiert, war sie ganz dem US-amerikanischen Ziel der Umerziehungen und Demokratisierung verpflichtet. In den ersten Nachkriegsjahren erreichte sie eine Auflage von 2,5 Millionen und war damit die größte Zeitung in der amerikanischen Zone.

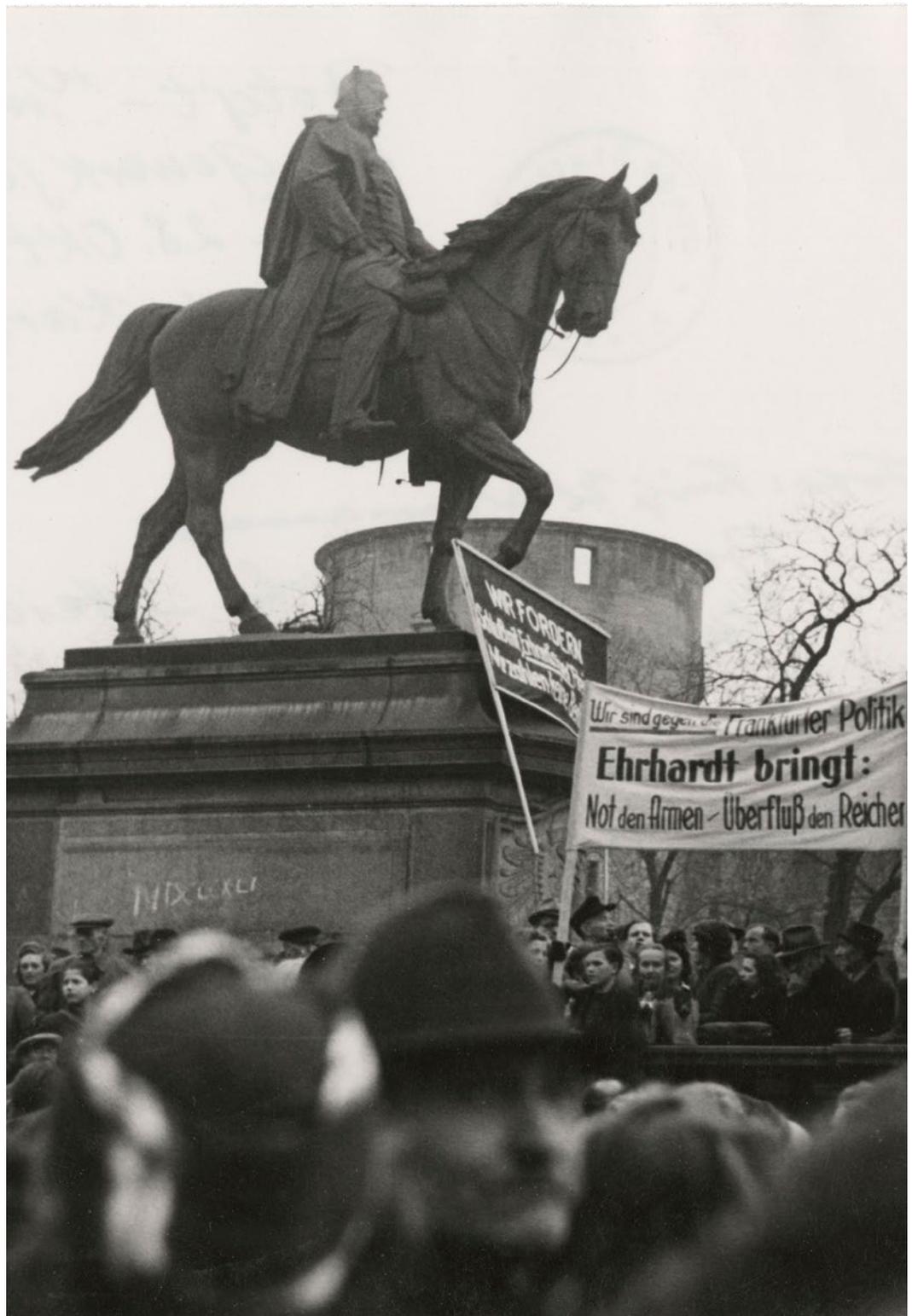
Vorlage: Die Neue Zeitung, 30.10.1948

M2 Die Stuttgarter Zeitung war als erste Zeitung in Württemberg-Baden am 18.09.1945 von der amerikanischen Militärverwaltung zugelassen worden. Unter ihrem Herausgeber Joseph Eberle wurde sie schnell zur führenden liberalen Tageszeitung im Südwesten. Ihr ausführlicher Bericht erschien am 30.10.1948.

Vorlage: Stuttgarter Zeitung, 30.10.1948

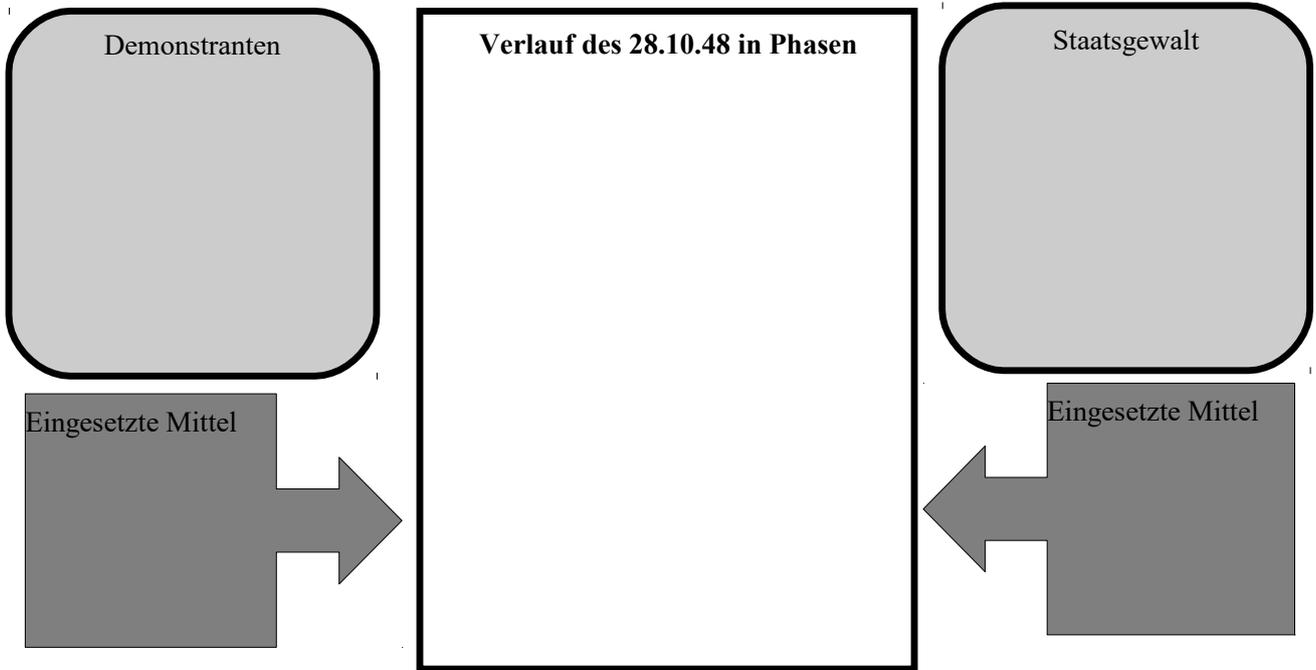
M3 Demonstranten mit Plakat auf dem Karlsplatz, vermutlich vor dem Beginn der Rede von Hans Stetter. Auf dem Plakat ist zu lesen: »Wir sind gegen die Frankfurter Politik - Ehrhardt [sic!] bringt: Not den Armen - Überfluß den Reichen«.

Aufnahme: Fritz Hartmann
Vorlage: Stadtarchiv Stuttgart - 9200 - F 539



M 3

Der Stuttgarter Tumult 1948 – eine Konfliktanalyse



Forderungen der Demonstranten	Wahrnehmung der Vorgänge in der internationalen Presse

Konfliktlösung und Reaktionen		
Reaktion der Gewerkschaften	Reaktion der US-Militärverwaltung	Reaktionen deutscher Politiker



M 4



M 5

Preisbildung durch den Wirtschaftsrat und seinen wichtigsten Vertreter, Ludwig Erhard, bei gleichzeitiger Beibehaltung des Lohnstopps aus dem Jahre 1936. Während sich die Schaufenster, wie auf der Stuttgarter Königstraße, mit teuren, ja luxuriösen Waren füllten, konnten sich nicht geringe Teile der Bevölkerung immer weniger Lebensmittel für ihren Lohn kaufen. Die aus dieser Diskrepanz resultierende Unzufriedenheit wurde von den Betriebsräten und Gewerkschaften aufgegriffen und politisch kanalisiert: Sie forderten eine Rücknahme des Lohnstopps, Preisdeckelungen und planwirtschaftliche Elemente. Höhepunkt dieser Bewegung war der erste und größte westzonale Generalstreik am 10. November 1948, der aber aufgrund der Stuttgarter Erfahrungen gewaltlos blieb und letztlich zu einem Einlenken des Wirtschaftsrates führte. Staatliche Intervention gerade bei der Grundversorgung sollte die Marktwirtschaft ergänzen. Nun war das Schlagwort der *Sozialen Marktwirtschaft* geboren, mit dem gerade die CDU 1949 in den Wahlkampf ging. Anders als in manchen Schulbüchern suggeriert, kann die Herausbildung dieser Sozialen Marktwirtschaft als Kennzeichen der späteren BRD aber ohne den Druck der Straße und ohne die Proteste nicht erklärt werden (vgl. Fuhrmann, Müller). Insofern bilden die Proteste, exemplarisch am *Stuttgarter Tumult* vorgestellt, die historische Brücke zwischen der Währungsreform und dem späteren Wirtschaftssystem der BRD.

Das Unterrichtsmodul

Das Unterrichtsmodul arbeitet vor allem mit der Presseüberlieferung (Zeitungen, Pressefotos) aus dem Stadtarchiv Stuttgart.

Im ersten Teil der Konfliktanalyse rekonstruieren die Schülerinnen und Schüler die Ereignisse am 28. Oktober 1948 in Stuttgart, deren Ursachen und Anlass sowie deren Ergebnisse, Folgen und Wahrnehmungen. Sie arbeiten dazu in Kleingruppen zusammen und stimmen ihre Arbeitsergebnisse ab und finden ein gemeinsames Ergebnis. Dabei entscheiden sie sich auch für ein passendes Pressefoto und reflektieren den Gebrauch und die Aussagekraft von Pressefotos als historische Quelle, z. B. im Hinblick auf Bedeutung der Perspektive.

Im zweiten Teil lernen sie die Bedeutung des westzonalen Generalstreiks und die Kehrtwende des Wirtschaftsrats als Ergebnis des Straßenprotests kennen und setzen sich mit historischen Urteilen aus heutiger Sicht auseinander. Während ein Text auf der Website der Bundesbank die Währungsreform eher als bloße Erfolgsgeschichte zeichnet, betont der Historiker Uwe Fuhrmann die Rolle der Protestbewegung für den Kurswechsel des Wirtschaftsrates unter Ludwig Erhard. Die Schülerinnen und Schüler üben sich so im Formulieren von zielführenden Fragen (Fragekompetenz), analysieren zeitgenössische Quellen (Methodenkompetenz) und erkennen den historischen Zusammenhang

M 4 Auf der Kundgebung wurden folgende Plakate gezeigt: „Wir wollen leben, nicht vegetieren“; „Wir fordern das Mitbestimmungsrecht in der Wirtschaft“; „Fort mit Professor Erhard“; „Herunter mit den Preisen“.

Vorlage: Stuttgarter Zeitung, 30.10.1948

M 5 Der „Manchester Guardian“ (heute: The Guardian) ist eine der ältesten Zeitungen des Vereinigten Königreichs mit internationalem Fokus und wurde 1821 gegründet. Nach dem Zweiten Weltkrieg vertrat er eine eher sozialdemokratische Richtung.

Vorlage: Manchester Guardian, 29.10.1948



M 6

M 6 Menschenmenge auf der unteren Königstraße, die sich vor dem Modehaus Stahl (rechts im Bild nicht zu sehen) versammelt.

Aufnahme: Fritz Hartmann
Vorlage: Stadtarchiv Stuttgart - 9200 - F 534

M 7 Menschaufmarsch vor dem verschlossenen und durch deutsche Polizei geschützten Modehaus Stahl in der unteren Königstraße.

Aufnahme: Fritz Hartmann
Vorlage: Stadtarchiv Stuttgart - 9200 - F 537

M 8 Blick auf den überfüllten Karlsplatz, aufgenommen entweder kurz vor oder nach der Rede von Hans Stetter. Im Hintergrund das Alte Schloss mit noch sichtbaren Schäden der Bombenangriffe.

Aufnahme: Fritz Hartmann
Vorlage: Stadtarchiv Stuttgart - 9200 - F 535



M 7

zwischen Währungsreform, der Protestbewegung und der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft (Reflexionskompetenz). Gleichzeitig erörtern sie Möglichkeiten und Grenzen individuellen und kollektiven Handelns in der historischen Situation 1948 (Orientierungskompetenz).

Im ersten Teil der **Konfliktanalyse** rekonstruieren die Schülerinnen und Schüler die Ereignisse am 28. Oktober 1948 in Stuttgart, deren Ursachen und Anlass sowie deren Ergebnisse, Folgen und Wahrnehmungen. Sie arbeiten dazu in Kleingruppen zusammen und stimmen ihre Arbeitsergebnisse ab und finden ein gemeinsames Ergebnis. Dabei entscheiden sie sich auch für ein passendes Pressefoto und reflektieren den Gebrauch und die Aussagekraft von Pressefotos als historische Quelle, z. B. im Hinblick auf Bedeutung der Perspektive. Im zweiten Teil lernen sie die Bedeutung des westzonalen Generalstreiks und die Kehrtwende des Wirtschaftsrats als Ergebnis des Straßenprotests kennen und setzen sich mit historischen Urteilen aus heutiger Sicht

auseinander. Während ein Text auf der Website der Bundesbank die Währungsreform eher als bloße Erfolgsgeschichte zeichnet, betont der Historiker Uwe Fuhrmann die Rolle der Protestbewegung für den Kurswechsel des Wirtschaftsrates unter Ludwig Erhard. Die Schülerinnen und Schüler üben sich so im Formulieren von zielführenden Fragen (Fragekompetenz), analysieren zeitgenössische Quellen (Methodenkompetenz) und erkennen den historischen Zusammenhang zwischen Währungsreform, der Protestbewegung und der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft (Reflexionskompetenz). Gleichzeitig erörtern sie Möglichkeiten und Grenzen individuellen und kollektiven Handelns in der historischen Situation 1948 (Orientierungskompetenz).

Im **Einstieg** werden die Schülerinnen und Schüler mit zwei entgegengesetzten Wertungen der Währungsreform konfrontiert: zum einen mit der weitgehend positiven Einschätzung der Einführung der Währungsreform unter Ludwig Erhard heute (z. B. in Schulbüchern oder auf





M 9

der Website der Bundesbank), zum anderen mit einer Zeitungsschlagzeile über den *Stuttgarter Tumult* 1948 und die Forderungen der Demonstranten damals, die eine Entlassung Erhards und einen sofortigen wirtschaftspolitischen Kurswechsel verfolgten. Aus dieser kognitiven Dissonanz können leitende **Fragestellungen** abgeleitet werden, wie z. B.:

- Warum reagierte man in Stuttgart ablehnend, ja mit Gewalt auf die Maßnahmen des Wirtschaftsrates/auf die Einführung der Währungsreform unter Ludwig Erhard?
- Wie passen die Ablehnung damals und die positive Bewertung heute zusammen?

Im Anschluss arbeiten die Schülerinnen und Schüler aus den zeitgenössischen Presseartikeln M 1 und M 2 in arbeitsteiliger **Gruppenarbeit** den Verlauf, die Akteure und deren Forderungen, die jeweils eingesetzten Mittel und die Reaktionen auf den *Tumult* heraus. Zusätzlich kann mit dem *Manchester Guardian* auch noch ein englischsprachiges Presseorgan (M 5) bearbeitet werden.

Gemeinsam soll die Gruppe die Pressefotografien (M 3, M 6–M 9) zum Tumult betrachten und sich für ein geeignetes Pressefoto entscheiden.

In der **Ergebnissicherung** werden die Resultate gemeinsam besprochen, eine erste Antwort auf die Leitfrage wird gegeben, z. B. im Hinblick auf die gewerkschaftliche Kundgebung, die Unzufriedenheit mit der Preisentwicklung oder den Effekt der Luxuswaren in den Schaufenstern. Im zweiten Teil der Doppelstunde werden die Ergebnisse in den Kontext von Währungsreform, Besatzungszeit und Rolle des Wirtschaftsrates eingeordnet. Dazu kann M 10 mit Hintergrundinformationen oder ein Arbeitsblatt mit aufbereiteten Historiker-Texte aus den Darstellungen von Uwe Fuhrmann und Roland Müller im Unterrichtsmodul auf dem Landesbildungsserver herangezogen werden.

M 9 Handgreifliche Auseinandersetzungen vor dem Modehaus Stahl, dessen Vorplatz von der Polizei geräumt wird.

Aufnahme: Fritz Hartmann
Vorlage: Stadtarchiv
Stuttgart - 9200 - F 538

M 10 Chronologie der Protestbewegung und deren Wirkungen 1948/49

Juli/August 1948

Nach Einführung der freien Preisbildung bei gleichzeitigem Lohnstopp kommt es zu teilweise erheblicher Teuerung von Produkten in den Westzonen. Die zuständigen Preisüberwachungsstellen sanktionieren nur selten. In fast allen größeren Städten Bayerns, Hessens, Niedersachsens, Nordrhein-Westfalens und im Südwesten kommt es zu teilweise handgreiflichen Auseinandersetzungen und Kaufstreiks auf den Wochenmärkten, auf denen die Preise z. B. für ein Ei auf 50 Pfennige gestiegen sind. Die zunehmend von örtlichen Gewerkschaften organisierten Streiks erreichen eine deutliche, aber nicht dauerhafte Preisreduktion. Auf den Kundgebungen werden die Aufgabe der freien Preisbildung, die Bewirtschaftung der Grundversorgung, Lohnerhöhungen, der Rücktritt Erhards und Mitbestimmung in den Betrieben gefordert.

14. August 1948

Tausende Demonstranten protestieren in Stuttgart unter dem Motto *Herunter mit den Preisen* gegen die Wirtschaftspolitik des Frankfurter Wirtschaftsrates.

25. August 1948

Höhepunkt der Proteste mit 100.000 gewerkschaftlich organisierten Demonstranten in München.

20. Oktober 1948

Gewerkschaftlich organisierte Protestkundgebung mit 80.000 Teilnehmern in Mannheim: Rücktrittsforderung an Erhard. Am gleichen Tag finden ebenso in Heidelberg, Karlsruhe und Weinheim Protestkundgebungen gegen *Preiswucher* statt.

22. Oktober 1948

Versammlung der Stuttgarter Betriebsräte unter der Leitung des Gewerkschaftssekretärs Hans Stetter im Zirkus Althoff mit folgendem Beschluss: *Die Arbeiter- und Angestelltenschaft wird dazu aufgerufen, am Donnerstag, dem 28. Oktober 1948 um 13 Uhr die Betriebe und Büros zu verlassen und um 15 Uhr auf den [sic] Karlsplatz gegen die gegenwärtige Preisentwicklung in einer Massenversammlung zu protestieren.*

27. Oktober 1948

Ludwig Erhard verteidigt in einem Vortrag in Stuttgart seine Wirtschaftspolitik. Die Stuttgarter Polizei zieht 800 Polizisten für den Folgetag zusammen.

28. Oktober 1948

Stuttgarter Tumult

12. November 1948

Generalstreik in den Westzonen: Von 12 Millionen Beschäftigten in den Westzonen beteiligen sich ca. 8 Millionen am Generalstreik. Neben einem Stopp von Preiserhöhungen und Bestrafung von Wucher wurde von den Gewerkschaften eine Rückkehr zur planerischen Lenkung der Wirtschaft und der Überführung der Großindustrie in Gemeineigentum gefordert. Nach Absprache zwischen dem DGB und den Militärverwaltungen blieben Protestkundgebungen und der Einsatz von Streikposten meist aus. Der Generalstreik verlief weitgehend friedlich.

November/Dezember 1948

Angesichts der Unruhen und des Generalstreiks erließ der Wirtschaftsrat der Westzonen unter seinem Direktor Ludwig Erhard folgende Maßnahmen:

- ein Gesetz zur Regulierung der Preise v.a. der Grundversorgung und gegen *Preiswucher*
- ein Gesetz zur Warenlenkung und Preisstabilisierung von Rohstoffen und importierten Gütern
- Aufhebung des Lohnstopps von 1936 (nach dem Generalstreik wurden die Löhne auch fast überall erhöht)
- Übertragung der Aushandlung von Löhnen und Gehältern in die Tarifautonomie von Unternehmen und Gewerkschaften (gilt im Grunde bis heute).

Ausblick

Preissteigerungen und daraus resultierender Unmut sind in die Lebenswelt der deutschen Wohlstandsgesellschaft zurückgekehrt, ebenso die Eingriffe des Staates in die Preisbildung. Mit den Schülerinnen und Schülern kann zum einen vor dem Hintergrund des *Stuttgarter Tumults* über Chancen und Möglichkeiten sozialen Protests in einer sozialen Marktwirtschaft diskutiert werden. Zum anderen lässt sich, wie es der Bildungsplan der Kursstufe an allgemeinbildenden Gymnasien fordert, auch grundsätzlich der Zusammenhang von Wohlstand und Demokratie seit Gründung der BRD in den Blick nehmen.

Literatur

Uwe Fuhrmann: Die Entstehung der „Sozialen Marktwirtschaft“ 1948/49. Eine historische Dispositivanalyse. München 2017.

Uwe Fuhrmann: Stuttgart 48 und die Soziale Marktwirtschaft. Von ignorierten Protesten und dem Ursprung einer Basiserzählung. In: Zwischen Ignoranz und Inszenierung. Die Bedeutung von Mythos und Geschichte für die Gegenwart der Nation. Hg. von Henning Fischer u.a. Münster 2012. S. 95–128.

Roland Müller: Der „Stuttgarter Tumult“ vom 29. Oktober 1948 – Protest im Spannungsfeld von Währungsreform und Kaltem Krieg. In: Wege in ein neues Leben. Die Nachkriegszeit. Hg. von Haus der Geschichte. Stuttgart 2017. S. 121–148.

Überblick für Lehrkräfte**28. Oktober 1948**

13.00 Uhr: Mehrere Demonstrationzüge treffen sich auf dem Karlsplatz, der auch schon am 9. November 1918 Ort der Proteste war. Ca. 40.000 Menschen versammeln sich dort, auf dem Schlossplatz und im Schlossgarten vielleicht weitere 40.000. Der Abschlussbericht der Polizei spricht von insgesamt 50.000 Teilnehmern.

15.00 Uhr: Hans Stetter spricht ca. 20 Minuten über Mikrofon zur Menge. Er kritisiert die Währungsreform, insbesondere die freie Preisbildung nach Angebot und Nachfrage als *Verbrechen*. Er fordert mehr Mitbestimmung für die Betriebsräte, staatliche Kontrolle der Preise für Grundnahrungsmittel, scharfe Strafen gegen Preistreiber und mehr Freiheit durch die Besatzungsmacht. Zum Schluss ruft er deutlich zum Kampf gegen die aktuelle Situation auf.

Ein Telegramm an den Frankfurter Wirtschaftsrat wird vorgelesen:

100 000 Schaffender [sic] demonstrierten am 28. Oktober in Stuttgart unter Führung der Gewerkschaften gegen Wucher und Preistreiberei. Sie forderten schärfste Massnahmen gegen diese Auswüchse und eine sofortige Änderung des falschen Wirtschaftskurses. Wenn nicht unverzüglich spürbare Abhilfe erfolgt, bleibt nur noch der Weg der Selbsthilfe. Zu dieser Selbsthilfe werden wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln greifen.

16.00 Uhr: Abziehende Demonstranten versammeln sich in der unteren Königsstraße, vor dem Modehaus Stahl versammeln sich ca. 200 Menschen; die Schau-fensterscheiben werden eingeworfen. Daraufhin beginnt deutsche Polizei die Straße mit Schlagstöcken zu räumen, wird aber von Fenstern und Dächern aus mit Steinen angegriffen. Die Lage ist kurzzeitig außer Kontrolle.

16.30 Uhr: Die US-Militärpolizei löst mit Tränengas und aufgepflanztem Bajonett die Menge auf, diese versammelt sich vor dem Hauptbahnhof.

Bis 19.00 Uhr: Gegen etwa 2.000 Demonstranten setzt die US-Constabulary zwölf gepanzerte Mannschaftswagen sowie deutsche berittene Polizei ein. Der Vorplatz ist geräumt. Bilanz: Mehrere Polizisten und vier US-Soldaten sind verletzt, mindestens ein Demonstrant schwer. 17 Menschen werden zunächst festgenommen, 5 davon sind Mitglieder der KPD.

30. Oktober 1948

In einer Vorladung droht US-Militärgouverneur Lucius Clay dem vorgeführten Hans Stetter ein Verbot der Gewerkschaften an. Für Stuttgart wird eine nächtliche Ausgangssperre und ein Versammlungsverbot verkündet (nach einer Woche wieder aufgehoben).

12. November 1948

Heinz Mokros aus Dresden wird von einem US-Militärgericht wegen Tragens eines Plakates und Aufwiegelung der Menge zu zehn Jahren Zuchthaus, drei weitere Demonstranten zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Januar 1949 werden weitere elf Personen von einem deutschen Gericht zu mehrmonatigen Haftstrafen verurteilt.



Ein ausführliches Modul zum „Stuttgarter Tumult“ ist auf dem Landesbildungsserver zu finden:

https://www.schule-bw.de/faecher-und-schularten/gesellschaftswissenschaftliche-und-philosophische-faecher/landeskunde-landesgeschichte/module/bp_2016/kursstufe-streben-nach-partizipation-und-wohlstand-in-der-brd/der-stuttgarter-tumult-1948-kampf-um-mitbestimmung-und-soziale-marktwirtschaft/index.html

✱ **Michael Hoffmann**
und Stadtarchiv Stuttgart

Dr. Michael Hoffmann ist Gymnasiallehrer für Geschichte und Latein am Peutingergymnasium in Ellwangen, Fachleiter für Geschichte am Seminar für Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte Stuttgart (Außenstelle Ellwangen) und Leiter des Kompetenzzentrums für Geschichtliche Landeskunde im Unterricht.

Neue Veröffentlichungen des Landesarchivs Baden-Württemberg



Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Kontinuität - Wandel - Herausforderungen

Band zur Auftakttagung der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus am 27. und 28. Januar 2021

Verlag W. Kohlhammer 2022

84 Seiten, kartoniert

€ 10,-

ISBN 978-3-17-042249-0



»Ich kan yetzo nit mee ...« Johannes Reuchlin unterwegs im Dienst Württembergs

Begleitbuch und Katalog zur Ausstellung des Landesarchivs Baden-Württemberg, Hauptstaatsarchiv Stuttgart

Bearbeitet von Erwin Frauenknecht, unter Mitarbeit von Peter Rückert und Maren Volk

Verlag W. Kohlhammer 2022

118 Seiten, kartoniert

€ 12,-

ISBN 978-3-17-042567-5



Trauer unterm Davidstern. Malerei und Druckgrafik von Sibylle Möndel

Begleitpublikation zur Ausstellung im Landesarchiv Baden-Württemberg, Staatsarchiv Ludwigsburg

Verlag W. Kohlhammer 2022

100 Seiten, kartoniert

€ 10,-

ISBN 978-3-17-042250-6



Starke Frauen?

Adelige Damen im Südwesten des spätmittelalterlichen Reiches

Herausgegeben von Klaus Oschema, Peter Rückert und Anja Thaller

Verlag W. Kohlhammer 2022

292 Seiten, gebunden

€ 28,-

ISBN 978-3-17-042251-3



Die Bände sind im Buchhandel oder direkt beim Verlag erhältlich. Alle Neuerscheinungen finden Sie auf der Website des Landesarchivs Baden-Württemberg (www.landesarchivbw.de) unter »Landesarchiv > Publikationen«.



Archivnachrichten und Quellen für den Unterricht finden Sie auch auf der Website des Landesarchivs Baden-Württemberg (www.landesarchivbw.de) unter »Landesarchiv > Publikationen > Archivnachrichten«.



Zudem finden Sie auf der Website des Landesarchivs (www.landesarchiv-bw.de) aktuelle Berichte, Veranstaltungshinweise und vielfältige digitale Angebote.

Kontakt

**Landesarchiv
Baden-Württemberg**
Präsident
Urbanstraße 31A
70182 Stuttgart
Telefon: 0711/212-4272
Telefax: 0711/212-4283
E-Mail: landesarchiv@la-bw.de

**Landesarchiv
Baden-Württemberg**
Zentrale Dienste
Urbanstraße 31A
70182 Stuttgart
Telefon: 0711/212-4272
Telefax: 0711/212-4283
E-Mail: zentraledienste@la-bw.de

**Landesarchiv
Baden-Württemberg**
Archivischer Grundsatz
Urbanstraße 31A
70182 Stuttgart
Telefon: 0711/212-4272
Telefax: 0711/212-4283
E-Mail: grundsatz@la-bw.de

**Institut für Erhaltung von
Archiv- und Bibliotheksgut**
Schillerplatz 11
71638 Ludwigsburg
Telefon: 07141/64854-6600
Telefax: 07141/64854-6699
E-Mail: ife@la-bw.de

Staatsarchiv Freiburg
Colombistraße 4
79098 Freiburg im Breisgau
Telefon: 0761/38060-0
Telefax: 0761/38060-13
E-Mail: stafreiburg@la-bw.de

Generallandesarchiv Karlsruhe
Nördliche Hildapromenade 3
76133 Karlsruhe
Telefon: 0721/926-2206
Telefax: 0721/926-2231
E-Mail: glakarlsruhe@la-bw.de

**Grundbuchzentralarchiv
Kornwestheim**
Stammheimer Straße 10
70806 Kornwestheim
Telefon: 07154/17820-500
Telefax: 07154/17820-510
E-Mail: gbza@la-bw.de

Staatsarchiv Ludwigsburg
Arsenalplatz 3
71638 Ludwigsburg
Telefon: 07141/64854-6310
Telefax: 07141/64854-6311
E-Mail: staludwigsburg@la-bw.de

**Hohenlohe Zentralarchiv
Neuenstein**
Schloss
74632 Neuenstein
Telefon: 07942/94780-0
Telefax: 07942/94780-19
E-Mail: hzaneuenstein@la-bw.de

Staatsarchiv Sigmaringen
Karlstraße 1+3
72488 Sigmaringen
Telefon: 07571/101-551
Telefax: 07571/101-552
E-Mail: stasigmaringen@la-bw.de

Hauptstaatsarchiv Stuttgart
Konrad-Adenauer-Straße 4
70173 Stuttgart
Telefon: 0711/212-4335
Telefax: 0711/212-4360
E-Mail: hstastuttgart@la-bw.de

**Staatsarchiv Wertheim
im Archivverbund Main-Tauber**
Bronnbach 19
97877 Wertheim
Telefon: 09342/91592-0
Telefax: 09342/91592-30
E-Mail: stawertheim@la-bw.de